



Sezession

Netzwerke

Autorenporträt
Niklas Luhmann

Siegfried Kabisch
Linke Netzwerke

Thomas Schmidt
Clan-Strukturen

Götz Kubitschek
Widerstandsnetzwerk

Ellen Kositzka
Mediennetzwerke

72

Juni 2016
11 EURO
ISSN 1611-5910
www.sezession.de

Sezession

Herausgegeben vom
Institut für Staatspolitik (IfS)

Unter Mitarbeit von Wolfgang
Dvorak-Stocker, Ellen Kositzka,
Götz Kubitschek (verantwortlich)
und Erik Lehnert.

14. Jahrgang, Heft 72,
Juni 2016

Sezession erscheint im Februar, April,
Juni, August, Oktober und Dezember.
Der Preis für das Einzelheft beträgt
11 € zzgl. Versandkosten.
Wer *Sezession* für mehr als lesenswert
hält, kann ein Förderabonnement
(75 €/sechs Hefte) zeichnen. Das nor-
male Jahresabonnement (sechs Hefte)
kostet 50 €, ermäßigt 35 € (junge Leser
in Ausbildung), jeweils inkl. Versand.
Auslandsabonnenten bezahlen zusätzlich
10 € Porto im Jahr. Wird das Abonne-
ment nicht bis zum 30. November
gekündigt, verlängert es sich um ein
weiteres Jahr.

Alle Rechte für sämtliche Artikel im
Heft vorbehalten. Für Anzeigenkunden
gilt die Preisliste Nr. 11
vom Oktober 2012.

Manuskripte sind stets willkommen
und sollten als Kurzbeitrag 9000 und
als Grundlagenbeitrag 15 500 Zeichen
(inkl. Leerzeichen) umfassen.

Satz & Layout:
satz@sezession.de

Sezession
Rittergut Schnellroda
06268 Steigra
Tel/Fax: (03 46 32) 9 09 42

redaktion@sezession.de
vertrieb@sezession.de
www.sezession.de

ISSN 1611-5910

1 Editorial

Bild und Text

- 2 Netz und Dreizack
Erik Lehnert

Thema

- 4 Niklas Luhmann, oder: Der Mensch
im Netzwerk
Michael Wiesberg

- 8 Mediennetzwerke
Ellen Kositzka

- 12 Network – ein Filmklassiker über
das System der Systeme
Martin Lichtmesz

- 16 Antideutsche Netzwerke und
ihre Ideologie
Siegfried Kabisch

- 22 Linke Netzwerke und die Syrien-
Berichterstattung
Benedikt Kaiser

- 26 Schlingen im Widerstandsmilieu
Götz Kubitschek

Bildinnenteil

- 30 Der Clan als Lebens- und
Geschäftskonzept
Thomas Schmidt

- 34 In der Amerikanisierungsfalle
Michael Wiesberg

- 38 Transatlantische Netzwerke
Benedikt Kaiser/Nils Wegner

Bücher

- 42 Der Mythos von Putins fünfter Kolonne
Thomas Fasbender

- 44 Schwarzers Silvester
Ellen Kositzka

- 46 Rezensionen

Vermischtes

- 56 Café Schnellroda · Che auf CD · *Merkur* ·
Netzwerke · *Kursbuch*

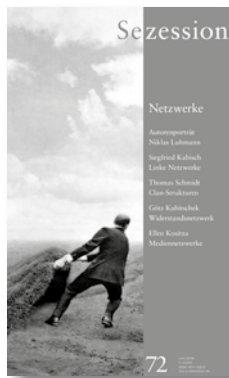
Die Autorenangaben finden Sie in dieser
Ausgabe auf Seite 21.

Der erzwungene Salto

von Götz Kubitschek

Das ist eine Kindheitserinnerung: bei der Oma am Fernseher eine Gala-Vorstellung des »Zirkus Krone« zu verfolgen, oder sogar eine vom »Russischen Staatszirkus«, wobei in diesem Fall die mulmige Gewißheit das Schauen würzte, es müsse in den Vororten Moskaus oder am Ural Räume des letzten Schliffs geben, die uns auf immer unzugänglich blieben. Höhepunkte: Trapezkünstler oder Seiltänzer ohne Sicherung, schwingend und tanzend in tödlicher Fallhöhe, ohne Netz, und nie war klar, ob ein leichtes Schwanken, ein gerade noch gepackter Arm und die (gespielte?) Angst des Akrobaten zur Show gehörten oder tatsächlich die haarfeine Linie zwischen Leben und Tod berührten. Es passierte nie etwas.

Ende April waren in Stuttgart die Teilnehmer des AfD-Programmparteitags nicht in schwindelnder Höhe unterwegs, sondern einfach vor Ort, um über die künftige Ausrichtung ihrer Partei mitzuentcheiden. Jedoch wurden von linken Hackern die Adressen jener, die sich online angemeldet hatten, im Internet veröffentlicht, und seither sieht sich mancher gute Bürger in einen beruflichen und privaten Salto mortale geworfen, den er nicht geübt hat, den er nie ausführen wollte, der ihm nun aber von der »Zivilgesellschaft« aus dem Stand heraus abverlangt wird: Mindestens ein Dutzend Lehrer hat sich seit Stuttgart vor den Kollegen, Schulämtern und Elternvertretern für eine AfD-Mitgliedschaft zu verantworten – für mindestens drei nicht-verbamtete Lehrer mündete die Denunziation in eine Freistellung vom Unterricht, faktisch also in eine Entlassung. Man wird dagegen klagen können, aber derlei endet wie damals, als ich zusammen mit einem Kameraden mein erstes Buch schrieb, eine Reportagensammlung über den Bosnien-Einsatz der Bundeswehr: Mir als Reserveoffizier war von Stund an keine Wehrübung mehr möglich, ich legte dagegen Beschwerde ein, wurde voll rehabilitiert, hätte aber nicht mehr in Sarajevo, sondern fortan im Rahmen des Heimatschutzes als Verantwortlicher für eine Pontonbrücke bei Chemnitz meine soldatische Erfüllung suchen müssen. Der Kamerad aber, Berufssoldat, wurde vor die Wahl gestellt, entweder den aktiven Dienst zu quittieren oder seine Karriere als Kommandant einer Lagerhalle zu beenden, in der eingemottete Panzer zu bewachen und einmal im Jahr zu zählen waren.



Wie lautet die Botschaft, die das Establishment mit Hilfe seiner diensteifrigen, denunziationsbereiten, zivilgesellschaftlichen Kräfte durch das Beispiel der freigestellten AfD-Lehrer aussendet? Die Adressaten sind all jene, die auf dem Sprung in ein widerständigeres Denken und Leben sind, und sie sollen vernehmen: Überlegt es euch gut, ob ihr euch engagieren wollt gegen die Umsetzung unserer Gesellschaftsutopie. Schaut euch eure Kollegen an: Deren unnötige innere Unruhe ist nun leider, leider bekanntgeworden und kommt als Bumerang zurück – nichts läßt sich eben auf immer geheimhalten, nicht? Denkt also zu Hause, was ihr wollt, aber treibt es nicht zu weit. Denn wir lassen euch nicht aus den Augen ...

Ich bin mir sicher, daß diese Botschaft dort ankommt, wo sie gehört und verstanden werden soll. Die Frage ist: Gibt es irgend etwas, das wir tun könnten, um der Abschreckung ihre Wirkung zu nehmen? Ich sprach im Rahmen einer unserer Veranstaltungen in Schnellroda neulich mit einem Mann, der als Inhaber einer großen Kanzlei privat den Aufbau eines Gymnasiums unter kirchlicher Trägerschaft mitbetrieben hatte und quasi zum Bestand der guten Seele dieser Einrichtung in NRW gehört. Nun ist seine AfD-Mitgliedschaft ruchbar geworden, und nun will sich »seine« Schule von ihm distanzieren und droht damit, sollte er nicht aus freien Stücken fernbleiben, seinen Klienten die ganze Wahrheit über seine politische Pädophilie zu erzählen. Der Mann sagte mir, er würde lieber in der Fußgängerzone Würstchen verkaufen als zurückweichen.

Das ist das eine: innere Freiheit und ein Vertrauen auf die Kraft zu einer Lebenswende. Und das andere? Wir brauchen ein Netzwerk. Es soll nicht mehr so sein, daß diejenigen, die etwas riskieren (und sei es ungewollt, also bloß aufgrund einer »aufgedeckten« Parteimitgliedschaft), in den Ruin getrieben werden können. Nein: Diese Opfer der repressiven Toleranz brauchen sofort ein Netz, das ihren Sturz abfängt. Denn sie sind nicht Trapezkünstler oder Seiltänzer geworden, sondern Lehrer, Angestellte oder Selbständige, und sie haben ihre politische Entscheidung im guten Glauben an diesen Staat nicht als Salto begriffen, sondern – zu Recht, aber: wie treuherzig! – als Standpunkt. Für sie muß ein Netz geknüpft werden. ■

Netz und Dreizack

von Erik Lehnert

Ein Netz bietet viele Möglichkeiten und hat ebenso viele Tücken. So, wie man seine Unsichtbarkeit ausnutzt, um ahnungslose Geschöpfe, vor allem Vögel und Fische, zu fangen, so leicht kann man sich selbst darin verheddern. Im Alten Rom war das der Ausgangspunkt für eine ungewöhnliche Duellsituation. Bei Gladiatorenkämpfen wurde ein Mann, der lediglich mit einem Wurfnetz und einem Dreizack bewaffnet war, der Retiarius, einem klassisch mit Schild und Schwert bewaffneten Gegner gegenübergestellt. Der Sinn dieser Paarungen war es, den Zuschauer durch einen möglichst interessanten Kampf zu unterhalten. Gelang es dem Retiarius, den Gegner im Netz zu fangen und damit zumindest kurzzeitig bewegungsunfähig zu machen, hatte er eine realistische Chance, ihn zu besiegen. Verhedderte er sich selbst oder verfehlte mit seinem Netz das Ziel, ging es für ihn in der Regel übel aus.

Diese Doppelgesichtigkeit des Netzes setzt sich bis in die Gegenwart fort und ist so etwas wie ein ewiges Gleichnis dafür, daß nicht die Dinge selbst, sondern der Gebrauch der Dinge über ihren Wert entscheidet. Es sei nur an Jesus erinnert, der den nach erfolglosem Fischzug Netze reinigenden Petrus noch einmal auf den See hinausschickt und ihm die Netze füllt. Dem überwältigten und gläubigen Petrus gibt Jesus die Worte mit auf den Weg: »Fürchte dich nicht, von nun an wirst du Menschen fangen.« Das Netz, das Petrus jetzt benutzt, ist der Glaube; er wird zum Menschenfischer und macht reiche Beute für das Himmelreich. Man kann die Gemeinde der Gläubigen als vernetzt bezeichnen (untereinander und mit Gott), aber dabei gerät aus dem Blick, daß es hier gar nicht um die Vernetzung, sondern um die Handhabung des Netzes geht.

In Zeiten der virtuellen »sozialen Netzwerke« gewinnt dieser Aspekt eine ganz neue Dimension. Das Netz ist öffentlich, wir alle können uns daran beteiligen, und vor allem ist es sichtbar (hier wird die Forderung nach Transparenz, Durchsichtigkeit, gleichsam umgedreht) und damit nicht geheim. Es wird suggeriert, daß in einem solchen Netzwerk ein Haufen Gleichberechtigte am Werke seien und daß es keine Hierarchien oder Autoritäten gebe: Autonome Individuen bastelten gemeinsam und gleichberechtigt an der besseren Welt. Daß es

sich dabei um eine Illusion handelt, sollte selbstverständlich sein. Allein die Tatsache, daß sich immer wieder Netzwerker im eigenen Netz verheddern, wenn ihnen selbst nicht klar ist, wer alles noch dazugehört, sollte bezüglich der Beherrschbarkeit des Netzes demütig machen.

Der Gedanke, daß alles »Netz« sei, ist omnipräsent. Wenn keines offenkundig ist, wird eines konstruiert: Wer hängt mit wem über welche Knoten zusammen? Auf diesem Wege läßt sich jedes beliebige Netz knüpfen, da über zig Knoten irgendwie jeder mit jedem vernetzt ist – und sei es nur, daß man die gleiche Zeitung liest oder jeden Morgen die S-Bahn benutzt.

Der Vorwurf an den politischen Gegner lautet, er habe ein Netz geknüpft, um darin die Ahnungs- oder Wehrlosen zu fangen. Man unterstellt ihm Hinterlist. Das Sichtbarmachen des Netzes ist daher als Anklage zu verstehen, die mindestens den unlauteren Wettbewerb mittels Öffentlichkeit aus der Welt schaffen will. Und ganz selbstverständlich sucht man sich dabei selbst eines Netzwerkes zu bedienen, um den Vorwurf und die Aufklärung über den Gegner entsprechend verbreiten zu können.

Aber jenseits dieser denunziatorisch gemeinten Konstruktionen und wohlmeinenden Illusionen gibt es natürlich Netzwerke, und es hat sie immer gegeben. Daß man sie nie so genannt hat, ist leicht einzusehen, weil es sich auch hier um die Übernahme eines englischen Begriffs handelt, dem eine doppelzüngige Konnotation anhaftet. Wendet man den Begriff des Netzwerkes auf historische Konstellationen an, wird deutlich, daß es sich dabei zumindest um eine Verschleierung von Tatsachen handelt. Welchen Erkenntnisgewinn hat es, Ernst Jünger als Netzwerker zu klassifizieren, weil er mit der halben Welt in Briefkontakt stand?

Und kaum jemandem würde es einfallen, die Borgias als gute Netzwerker zu bezeichnen, obwohl sie in der Lage waren, über Jahrhunderte ein Netz aus Beziehungen zu knüpfen, zu pflegen und für sich zu nutzen. Der Vorstellung vom Netzwerker haftet doch zu sehr die Illusion der Gleichheit an, die bei den Borgias nicht gegeben war. Hier müßte man dann eher von der Spinne reden, die ein Netz knüpft, das nur ihr nützt und sonst eigentlich niemandem. Sollte auch noch jemand anders davon profitieren, so

nur aus dem Grund, weil man nach dem Grundsatz »eine Hand wäscht die andere« gezwungen war, gemeinsam zu handeln, wenn keine anderen Mittel zur Verfügung standen.

Das alles ist recht banal, und schon der Blick auf die schlichten Tatsachen des Lebens lehrt die Grundsätze: Ein Mensch existiert in Beziehungen und kann ohne diese kaum sein Leben bewältigen. Dabei ist es zunächst gleichgültig, welcher Natur diese Beziehungen sind, ob es sich um Geschäfts- oder Liebesbeziehungen

nach einer Hürde hinzutreten kann). Dieses mag in dem Ruf des anderen begründet sein, beginnt aber üblicherweise damit, daß man seinesgleichen mehr vertraut als Fremden, mit denen also auch das Netzwerken deutlich schwieriger ist.

Vielleicht sollte man dabei nicht unterschätzen, daß viele Beziehungen darauf beruhen, daß man jemand anders etwas schuldet. Und wer mir etwas schuldet, auf den kann ich im Zweifel zurückgreifen und von ihm einen Gefallen verlangen.



Besiegter Retiarius – »Pollice Verso« von Jean-Léon Gérôme, 1872

handelt. Werden diese Beziehungen nach dem Nutzen sortiert, kommen wir in den Bereich dessen, was man meint, wenn davon die Rede ist, daß man gut vernetzt sei. Familienbände zählen nicht. Die sind in der Regel gegeben, man kann sie pflegen oder vernachlässigen, muß sie aber nicht erst knüpfen.

Da der Mensch seine Umwelt sortieren muß, weil er sonst vor lauter Eindrücken nicht weiß, wie er sich verhalten soll, kann er auch nicht jede Beziehung gleich behandeln. Neben den Nutzen, den eine Beziehung haben kann, also den aktiven Part, tritt gleichsam der passive: das Vertrauen, das da ist, ohne daß es erst gebildet wurde (was als sekundäres Moment erst

Will man etwas erreichen, muß man Beziehungen knüpfen. Weil wir es hier mit etwas zu tun haben, das weder anonym noch virtuell noch demokratisch funktioniert, ist der Begriff »Netzwerk« ungeeignet, um es zu beschreiben. Abgesehen von der Brauchbarkeit des Wortes ist eine Welt voller Netzwerker eine Vorstellung, die irgendwo zwischen Geheimpolizei und Management angesiedelt ist. Wer die Welt in diesem Sinne für beschreibbar hält, will auch, daß sie so ist. Und er wird blind für all die anderen Beziehungen, die es gibt und aus denen im Zweifel eine viel größere Gefahr für ihn erwächst. Wer nur auf das Netz starrt, übersieht vielleicht den Dreizack. ■

Niklas Luhmann, oder: Der Mensch im Netzwerk

von Michael Wiesberg

Aus dem umfangreichen Nachlaß des 1998 verstorbenen Soziologen und Gesellschaftstheoretikers Niklas Luhmann hat der Suhrkamp Verlag drei Aufsätze aus den 1960er Jahren, darunter einen bisher unveröffentlichten, zu einem handlichen Brevier kompiliert, das durch seine Signalfarbe Orange unübersehbar ins Auge sticht. *Der neue Chef* heißt das Büchlein und trägt damit den Titel eines der drei Aufsätze. Der FAZ-Mitherausgeber und Luhmann-Schüler Jürgen Kaube (Nachfolger des im Juni 2014 verstorbenen Frank Schirrmacher und ebenso wie dieser für das Feuilleton zuständig) hat ein Nachwort beigeuert, in dem er die diskursiven Rahmenbedingungen dieser drei Aufsätze aufzeigt, die im Umfeld von Luhmanns 1964 publiziertem Buch *Funktionen und Folgen formaler Organisation* entstanden sind.

Welchen Wert hat ein Aufsatz des Ministerialbeamten Luhmann – in dieser Funktion war er von 1954–1962 tätig – über Probleme, die beim Wechsel von Vorgesetzten entstehen können, aus heutiger Perspektive? Luhmann nimmt die Erschütterungen, die ein Wechsel an der Führungsspitze in jeder Organisation auslöst, akribisch unter die Lupe und spiegelt das komplizierte Beziehungsgeflecht zwischen Vorgesetzten und Untergebenen wider. Da sind einmal Kommunikationsschwierigkeiten und Rollenfindungsprobleme, aber auch unterschiedliche Wertvorstellungen zu nennen. Der neue Chef bekommt es womöglich mit innerbetrieblichen Cliquen (heute würde man wohl »Netzwerke« sagen) zu tun, die sich einen mehr oder weniger großen Einfluß verschafft haben. Damit steht die Machtfrage im Raum, die nicht a priori zugunsten des neuen Chefs entschieden ist. Verstehen es nämlich die Untergebenen, ihren Chef subtil zu lenken, stellt sich die Machtfrage differenzierter dar. Luhmann hat diesem Phänomen einem eigenen Aufsatz gewidmet: »Unterwachung oder die Kunst, Vorgesetzte zu lenken«. Bei der Diskussion darüber, welche Mittel dabei anzuwenden wären, demonstriert Luhmann, warum ihn der *Spiegel* als »Ikone der Kühle und der intellektuellen Mokanz« charakterisiert hat, empfiehlt er doch folgenden Kunstgriff: »Hilfreich ist dabei die Vorstellung, der Vorgesetzte habe keine Kleider an.«

Ein neuer Chef mag zwar die formalen Zuständigkeiten beherrschen, wird sich aber mit der »informalen Ordnung« von »Cliquen« – wie sie unter anderem in dem Aufsatz »Spontane Ordnungsbildung« diskutiert werden – erst noch vertraut machen müssen. »Jedenfalls gehören Unbefangenheit und Pietätlosigkeit gegenüber lokalen Gewohnheiten« zur Anfangsrolle eines neuen Chefs. Eine solche Einstellung werde erwartet und dessen Umgebung »skeptisch und zurückhaltend stimmen. Sie hält sich in Verteidigungsbereitschaft«. Es liegt im Ermessen des neuen Chefs, mit welchen Mitteln, die Luhmann ausführlich darstellt, er dieser Umgebung seinen Stempel aufdrückt und den »Hostile Native«-Komplex – wie er mit Blick auf die neuen Chefs nach dem Einzug der Eisenhower-Verwaltung in den USA genannt wurde – durchbricht.

»In jeder Organisation entwickelt sich daher unter der formalen eine informale Ordnung mit eigenen Rollen, mit individueller geformten, persönlicheren Erwartungen, mit kleineren Gruppen und Cliquen, die brauchbare Abweichungen in ihrem Kreise legitimieren, Macht-schwerpunkte bilden und ihre Mitglieder in allerlei Fehden unterstützen.«

Niklas Luhmann: *Der neue Chef* (2016)

Gelegentlich eingestreute Formulierungen wie »Jede soziale Ordnung kann funktional analysiert werden« lesen sich heute als ein Art Indikator jener Einflüsse auf Luhmann, die der US-Soziologe Talcott Parsons und dessen strukturfunktionale Systemtheorie im Rahmen eines Fortbildungs-Stipendiums für die Harvard-Universität in den Jahren 1960/61 bewirkt haben mögen. Luhmann erweiterte in der Folge die Theorie Parsons, verwendete aber nicht mehr den Handlungsbegriff, sondern den allgemeineren Begriff der Operation. Wenn Operationen aneinander anschließen, entstehen Systeme. Kommunikation ist nach Luhmann die Operation, in der soziale Systeme entstehen. Schließt eine Kommunikation an eine andere an, entsteht ein sich selbst beobachtendes soziales System. Kommunikation wird durch Sprache und durch »symbolisch generalisierte Kommunikationsmedien« wie Geld, Wahrheit, Macht oder Liebe – einem zentralen Topos in der Systemtheorie Luhmanns – wahrscheinlichgemacht.



Im Hinblick auf Luhmanns Kommunikationsbegriff ist die Besonderheit zu beachten, daß er Kommunikation nicht als Handeln deutet, das einzelne Menschen in den Blick nimmt. Statt von Menschen geht Luhmann von der Kommunikation konstruierter Einheiten (»Identifikationspunkten«) aus; er argumentiert, so erläutert beispielsweise Norbert Bolz den Luhmannschen Ansatz, bewußt am Menschen vorbei; weder sei dieser ein System noch das Element eines Systems. Das gipfelt in dem provokanten Satz: »Die Gesellschaft besteht nicht aus Menschen, sie besteht aus Kommunikationen zwischen Menschen.«

Luhmann unterscheidet drei Typen sozialer Systeme, nämlich Interaktions-, Organisations- und Gesellschaftssysteme. Interaktionssysteme bestehen aus einmaligen Begegnungen in Gesprächen, die an der Supermarktkasse, auf Partys oder bei einem Geschäftstreffen stattfinden können. Organisationen (z. B. Unternehmen) fußen auf einer Mitgliedschaft und klar verteilten Kompetenzen. Die Gesellschaft umfaßt nach Luhmann alle Kommunikationen und ist weder personell noch territorial abgrenzbar. Gesellschaft ist das umfassende System, das sich in Funktionssystemen ausdifferenziert. Auf diese Weise entstehen unter anderem das Recht, die Wirtschaft, die Wissenschaft, die Politik, die Religion als funktional ausdifferenzierte Systeme. Die soziale Welt besteht also, versucht man Luhmann auf den Punkt zu bringen, aus Systemen und kann deshalb mithilfe der Systemtheorie beschrieben werden. Wo in diesen Systemen wären dann Netzwerke zu verorten?

Bezeichnenderweise wird der Begriff Netzwerk im Luhmannschen Werk nur gelegentlich benutzt; so zum Beispiel in der grundlegenden Konzeption des Autopoiesis-Begriffs, später dann auch mit Blick auf Phänomene wie Mafia, Favelas oder Organisationsnetzwerke. Autopoiesis definierte Luhmann einmal dahingehend, »daß ein System seine eigenen Operationen nur durch ein Netzwerk der eigenen Operationen erzeugen kann. Und das Netzwerk der eigenen Operationen ist wiederum erzeugt

»Netzwerke des wechselseitigen Gunsterweises haben nicht die Kapazität, eigene Institutionen zu bilden. Sie operieren ad hoc, auf der Basis dyadischer Beziehungen, häufig mit Vermittlern, deren Anrufbarkeit wieder entweder durch die persönliche Bekanntschaft oder durch Vermittler gesichert ist. Das macht die Netzwerke als ganze ungreifbar. ... Wer etwas erreichen will, muß mitmachen. Wer sich ausschließt oder ausgeschlossen wird, kann nur eine Privatexistenz führen.«

Niklas Luhmann: *Soziologische Aufklärung 6* (1995)

»Trotz zum Teil auch noch so großer Unterschiede haben diese Finanztitane ... vor allem eines gemein: Sie alle haben erfolgreich persönliche Beziehungen und Netzwerke ... aufgebaut, und wie wir nachfolgend sehen werden, hat der Faktor Mensch in unserem Finanzsystem eine besonders große Bedeutung.«

Sandra Navidi: *Super-Hubs. Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren* (2016)



durch diese Operationen«. Die »basale Ressource des Netzwerks scheint zu sein«, so Luhmann Mitte der 1990er Jahre, »daß man jemanden kennt, der jemanden kennt; und daß das Bitten um Gefälligkeiten derart verbreitet ist, daß man, wenn man überhaupt die Möglichkeit hat zu helfen, es nicht ablehnen kann, ohne binnen kurzem aus dem Netz der wechselseitigen Diskurse ausgeschlossen zu werden«. Das Netz erzeuge einen eigenen »Exklusionsmechanismus«, der bewirken könne, daß man zur »Unperson« wird, die niemand kennt und die eben deshalb »trotz aller formalen Berechtigungen auch keinen Zugang zu den Funktionssystemen findet«.

Die Grenze zwischen Exklusion und Inklusion werde durch netzwerkartige Strukturen von wechselseitigen Gunsterweisen konstituiert. Wer in solche Netzwerke eingebunden sei, könne auch in den Funktionssystemen auf Inklusion rechnen. Netzwerke entstehen nach Luhmann aus der Gewohnheit, in »Netzwerken der Hilfe, der Förderung und der erwartbaren Dankbarkeit zu denken«. Netzwerke sind aus der Sicht von Luhmann damit »reale soziale Strukturen«, die durch das Denken in diesen Strukturen konstituiert werden.

Luhmann hat sich, darauf hat unter anderem der Soziologe Jan Fuhse hingewiesen, nie grundsätzlich über das Verhältnis von System- und Netzwerk-begriff geäußert. Ob er die von ihm beschriebenen Netzwerkphänomene auch als soziale Systeme aufgefaßt hat, darüber kann nur speku-

liert werden. Möglicherweise hängt dieser theoretische »Schwebezustand« der Luhmannschen Beobachtungen im Hinblick auf das Phänomen Netzwerke mit dem oben bereits angesprochenen methodischen Antihumanismus seiner Systemtheorie zusammen. Der Mensch ist im Denken Luhmanns, so Norbert Bolz mit unüberlesbar ironischem Unterton, kein System, und immer dann »wenn der Mensch im Mittelpunkt steht, steht er der Wissenschaft im Weg«. Luhmann brachte diese methodische Grundentscheidung knapp und klar mit der Einlassung: »Der Mensch interessiert mich nicht.« auf den Punkt. Es überrascht vor diesem Hintergrund nicht, daß er das Thema Netzwerke, in dem bestimmte Charakteristika der Natur des Menschen zum Tragen kommen, eher cursorisch streifte. Daß Luhmann zuletzt den Faktor Mensch in seinen systemtheoretischen Reflexionen doch wieder in den Blick nahm, war unter anderem durch seine Beobachtungen in den brasilianischen Favelas motiviert.

In diesem Zusammenhang wäre es aufschlußreich, wie Luhmann heute ein Phänomen wie das der transnationalen Netzwerke der Finanzeliten und deren Inklusions- und Exklusionsmechanismen bewertet hätte, das jüngst von der Finanzexpertin Sandra Navidi in ihrem Buch *Super-Hubs* umfassend thematisiert wurde. Navidi macht gleich in der Einleitung klar, was das »exklusivste und wertvollste Gut« der Finanzchefs und »hochrangigen Entscheidungsträger« ist, nämlich »ein allumspannendes Netzwerk höchstpersönlicher Beziehungen«. »Vernetzt-Sein« sei angesichts »fortschreitender Globalisierung« unerlässlich, denn es werde als »Teil des Humankapitals bei Führungskräften vorausgesetzt« und stelle gegenüber gleich qualifizierten Konkurrenten »einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil« dar. Das »Netzwerk-Kapital«, zu denen Navidi »Status, Reputation und das Transaktionspotenzial des sozialen Kapitals« zählt, korrelieren direkt mit »finanziellem Gewinn und Macht«.

Als »Super-Hubs« bezeichnet Navidi die am besten vernetzten Knotenpunkte im Zentrum der transnationalen Finanznetzwerke. Hierbei handele es sich um ein paar hundert Führungskräfte weltweit, die »den Dialog dominieren«. Sie mögen nicht so bekannt oder prominent wie Politiker sein, »aber einer globalen ›Überregierung« gleich verfügen sie über eine größere Machtfülle als gewählte Volksvertreter«. Das US-Nachrichtenmagazin *Newsweek* kommentierte diese Entwicklung mit der bezeichnenden Schlagzeile »Der Aufstieg der Überklasse«. Im »Nervenzentrum« internationaler Netzwerke sieht Navidi unter anderem George Soros, seit zwei Jahrzehnten zum Beispiel Stammgast beim Weltwirtschaftsforum in Davos, »wo er das Orchester der Netzwerk-Symphonie virtuos dirigiert«. Netzwerke bestehen aus »Noden« (Knoten), die durch »Leitungen« mit-

einander verbunden seien. Alle »Noden« konkurrierten fortwährend um neue Verbindungen; je mehr Verbindungen eine »Node« habe, desto größer sei ihre Überlebenschance. Alle »Noden« orientierten sich an den »Super-Hubs« (wie Soros) in dem Bedürfnis, anzudocken. Diese seien begehrt, weil ihr »Sozialkapital« Zugang zu allem und jedem eröffneten.

Menschliche Netzwerke entwickelten sich fortwährend, so stellt Navidi mit Blick auf neuere Forschungsergebnisse fest, »im Einklang mit den Gesetzen der Homophilie« (Vorliebe für das Gleichartige), was nichts anderes bedeute, als daß sich Menschen »vorzugsweise mit Menschen zusammentun, die ihnen ähnlich sind«. Gemeint ist damit ein ähnlicher beruflicher, gesellschaftlicher, bildungsmäßiger oder wirtschaftlicher Hintergrund. Hier beginnen die Exklusions- und Inklusionsmechanismen zu wirken, von denen mit Blick auf Luhmann oben die Rede war. Die »Noden« und erst recht die »Super-Hubs« der Finanznetzwerke bringen einen ähnlichen »kulturellen Fit«, sprich: den passenden »sozioökonomischen Hintergrund« mit, der sich in einer »gewissen Weltläufigkeit, Kultiviertheit und Gravität« manifestiert. Hier sind jene »Strukturen der Distinktion« am Wirken, die der französische Soziologe Pierre Bourdieu in einem seiner wichtigsten Werke auf die Formel »Feine Unterschiede« brachte. Diejenigen, die über gutes Benehmen, Wissen und Bildungstitel verfügen, also über ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, können, ähnlich wie die Besitzer von Eigentum, auf einen größeren Teil des gesellschaftlich hervorgebrachten Kapitals zugreifen. Ebenso haben jene Vorteile, die hohes soziales Kapital (z. B. ein einflußreiches Netzwerk hoher sozialer Verpflichtungen) besitzen.

Navidi macht klar, warum die Fähigkeit, in transnationalen Finanznetzwerken Beziehungen zu knüpfen, in Zeiten der Globalisierung massiv an Bedeutung gewonnen hat. Ab einer bestimmten Karrierestufe werde von Spitzenkräften das »Vorhandensein eines exzellenten Netzwerkes« erwartet. Beziehungskapital schaffe Netzwerkkapital, was die »Beziehungserndite« erhöht. Aus dem »Vernetztsein« ist im Zuge der Globalisierung eine gesonderte Wettbewerbskategorie geworden, da diese »einen Aufwärtsdruck auf Qualität und einen Abwärtsdruck auf Preise« ausübt, was es für Unternehmen schwieriger mache, ihre Produkte und Dienstleistungen von Konkurrenten abzuheben. Menschliche Beziehungen bekommen in diesem Kontext eine steigende Bedeutung, weil sie das »Zünglein an der Waage« sein können.

Daß auch »Super-Hubs« nicht vor einem kompletten Netzwerkzusammenbruch gefeit sind, zeigt Navidi anhand des tiefen Falles des ehemaligen IWF-Chefs Dominique Strauss-Kahn, dem sexuelle Übergriffe zum Verhängnis wurden. Sein Fall ist ein schlagender Beleg für Luhmanns oben genannte These, daß das Netz »einen eigenen Exklusionsmechanismus« erzeuge, der bewirken kann, »daß man zur Unperson wird«. Navidi faßt dieses Phänomen in ihre eigenen Worte: Strauss-Kahn war »politisch und persönlich so toxisch geworden«, daß sich Großteile seines persönlichen Netzwerk und schließlich auch seine Ehefrau »von ihm distanzieren«.

Offen indes bleibt bei Navidi mit Blick auf Strauss-Kahn und andere Beispiele die Frage, inwieweit das beispiellose Machtpotential, mit der die Netzwerke der Finanzeliten die Geschicke der Welt beeinflussen, korrumpiere – verstanden als Mißbrauch einer Machtposition zum Erzielen persönlicher Vorteile. Ihr Vorschlag nämlich, die »Bevölkerung« solle Druck auf ihre Politiker ausüben, damit diese wiederum »Druck auf die Super-Hubs« machen, nimmt sich vor dem Hintergrund der Tatsache, daß etliche Politiker ja mehr oder weniger Teil dieser Netzwerke sind, doch reichlich naiv aus. Womöglich bedarf es im Sinne des österreichischen Nationalökonom Joseph Schumpeter doch wieder einer »schöpferischen« oder »kreativen Zerstörung«, die die bedrohliche Machtakkumulation der transnationalen Finanzeliten und ihrer »Super-Hubs« neu justiert.

Im Sinne Luhmanns könnte sich die Gesellschaft als umfassendes System dann neu ausdifferenzieren. Eine »schöpferische Zerstörung« würde auch das unterstreichen, was Luhmann lakonisch einmal in folgende Worte gefaßt hat: »Wir leben, wie man seit dem Erdbeben von Lissabon weiß, nicht in der besten der möglichen Welten, sondern in einer Welt voller besserer Möglichkeiten.« ■

Literaturhinweise:

- Norbert Bolz: *Ratten im Labyrinth. Niklas Luhmann und die Grenzen der Aufklärung*, Paderborn 2012;
- Pierre Bourdieu: *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt a.M. 1982;
- Jan Fuhse: »Verbindungen und Grenzen. Der Netzwerkbegriff in der Systemtheorie«, in: Johannes Weyer (Hrsg.): *Soziale Netzwerke. Konzepte und Methoden der sozialwissenschaftlichen Netzwerkforschung*, 3. Aufl., München 2014;
- ders.: »Die kommunikative Konstruktion von Akteuren in Netzwerken«, in: *Soziale Systeme* 15 (2009), Heft 2;
- Niklas Luhmann: *Der neue Chef*, Frankfurt a.M. 2016;
- ders.: »Inklusion und Exklusion«, in: *Soziologische Aufklärung, Bd. 6: Die Soziologie und der Mensch, Opladen*, 2. Auflage 2005;
- ders.: *Soziale Systeme. Grundriß einer allgemeinen Theorie*, Frankfurt a.M. 1984;
- Sandra Navidi: *Super-Hubs. Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren*, München 2016;
- Veronika Tacke: »Systeme und Netzwerke – oder: Was man an sozialen Netzwerken zu sehen bekommt, wenn man sie systemtheoretisch beschreibt«, in: *Journal der Deutschen Gesellschaft für Systemische Soziale Arbeit (dgssa): Netzwerke, Systemtheorie und Soziale Arbeit*, 2011.

Mediennetzwerke

von Ellen Kositzka

Neon ist gewissermaßen die Jugendausgabe der Politillustrierten *Stern*. Kernzielgruppe: überdurchschnittlich verdienende Jungakademiker. Die Mai-Nummer wartet mit Porträts überdurchschnittlich gutaussehender pornoschauender Studenten auf und mit einem Extra zum Thema Miete («Was ist eine Mietkaution eigentlich?»). Normale Fragen normaler Postadoleszenten! Mittendrin aber unternimmt der Journalist Marco Maurer ein unerhörtes Wagnis: Er besucht mit seinem leicht-nach-rechts-tickenden Vater eine AfD-Veranstaltung. Aus jeder Zeile dieser Langreportage sind bohrende Skrupel, gepaart mit dem Gefühl, ein konventionenbrechender Draufgänger (man geht zu den wirklich Krassen!) zu sein, herauszulesen: »Viele meiner Freunde sagen, sie können sich diesen innerfamiliären Konflikt nicht vorstellen. Konservatismus kennen sie nur aus den Artikeln des FAZ-Journalisten Jasper von Altenbockum. Wir leben alle in einer Filterblase, die Freunde und twitter haben ähnliche Meinungen, die Familie meist auch.« Problem (Filterblase, Meinungstrichter, Sagbarkeitsenge) erkannt – Problem gebannt? Mitnichten. Herr Maurers Blick verbleibt in seiner betonierte Fokussierung, deshalb sieht er bei seiner Expedition vor allem dicke Bäuche und häßliche Nasen (ausgerechnet!).

Von meinen halb- und dreiviertelpolitisierten Freundinnen kenne ich diese Gemengelage. Heißt, diesen Meinungskorridor, der so schmal ist, daß sogar Menschen mit stromlinienförmig trainierten Körpern den Bauch einziehen müssen, um ohne anzuecken passieren zu können. Wiebke, so will ich sie hier nennen, präsentiert mir häufig WhatsApp-Nachrichten und Facebook-Meldungen ihrer »Freunde«: »Hier, lies mal. Heute bereits über tausendmal geteilt. Ich sag dazu ja nie was. Es ist mir zu bescheuert.« Mit Johnny – ihrem Freund – lache sie sich manchen Abend schlapp über die Willkommenshysterien und linkslinken Empörungseinträge ihrer Freunde. Frage: Warum nicht mal einen kessen Gegenstandspunkt setzen? Wiebke: »Ach, hör auf. Im Grunde ticken wenigstens Johnnys Leute doch alle ganz anders. Ich mein, das sind Leute, die im Leben stehen. Was wirklich los ist, spielt in diesen Netzverbindungen aber keine Rolle. Der Micha beispielsweise, Expunk, hatte mal halbironisch auf so ein Bestmenschen-Posting reagiert. Da war die Hölle los. Für nichts! Außer, daß man sich von Micha entfremdet hat. Du mußt dich halt entscheiden. Du kannst mit dem Mainstream gehen und auf all diese Empörungszüge aufspringen, man kann sich ja völlig problemlos reinsteigern in diesen linken Kitsch, oder du kannst einfach die Klappe halten und dir das gepostete Zeug im doppelten Wortsinne durch den Kopf gehen lassen. Oder aber du hältst dagegen, *worst case*: Das heißt in der Konsequenz, daß du ade sagst zu deinem sozialen Umfeld, zu Leuten, die dir aufgrund gemeinsamer Erlebnisse was bedeuten. Das heißt, daß du dich biszumgehtnichtmehr rechtfertigen mußt. Und daß die ganze Argumentiererei, egal, welche Fakten du anbringst, zu nichts führt. Du hast deinen Stempel, du bist markiert. Johnny und ich, wir haben unsere Meinung, wir haben aber

keine politischen Ambitionen, wir sind auch keine Helden. Also: Klappe halten. Umso schöner, wenn man mal durch Zufall und übrigens immer öfter erfährt, daß es diesem oder jenem, von dem man es nicht gedacht hätte, ähnlich geht.«

Dies wäre eine Zustandsbeschreibung zum Stichwort »Mainstream« aus dem Nähkästchen. Sowohl Wiebke und Johnny als auch Marco Maurer (zumal die *Neon* allenfalls in Lifestyle-, nicht aber in politischen Fragen eine leitmediale Stellung innehat) sind Adressaten und im letzteren Fall nur mittelbar Generatoren einer »veröffentlichten Meinung«. Alles Wesentliche zum Zusammenhang zwischen Meinungstaktgebern und dem individuellen Rezipienten und Meinungsweiterverbreiter – also: zum erzwungenen Wohlfühl- und Mitmachbad unter meinungsklimatischen Bedingungen – hatte die Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Noelle-Neumann bereits vor vier Jahrzehnten in ihrem epochalen Werk über die *Schweigespirale* herausgearbeitet. Bereits damals, als Terminus und Phänomen des »Gutmenschen« noch nicht in der Welt waren und beispielsweise die Verortung »rechts« (außerhalb der dezidiert Linken) keineswegs dämonisiert war, konstatierte Noelle-Neumann hohen Konformitätsdruck, Angst vor Isolation aus Gründen einer abweichenden Meinung und die Tatsache, daß im medialen Meinungskampf strittige Themen nicht sachlich, sondern mit eiserner Moralität propagiert würden.

Aus dem großen aktuellen Schneiderbetrieb der Meinungsherstellung hat uns der in Leipzig lehrende Medienwissenschaftler Uwe Krüger (Jahrgang 1978) mittels zweier Publikationen Bericht erstattet. 2013 hatte er seine vielbeachtete Dissertation veröffentlicht. Der Titel gibt den Inhalt bereits reichlich präzise wieder: *Meinungsmacht. Der Einfluß von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*.

Krüger stellt zunächst kritische (US-amerikanische) Forschungsansätze vor, mit deren Hilfe die informelle Kommunikation zwischen Journalismus und Machtelite begründet wird. Das wäre zum einen die »Indexing-Hypothese« (verkürzt: Journalisten orientieren sich gemäß einer eher unbewußten Verhaltensregel allein an der Meinungsbandbreite des politischen Establishments), dann das »Propagandamodell« (u. a. vom linken Vordenker Noam Chomsky entwickelt), das von einer symbiotischen und ökonomischen Nähe zwischen Politik und Medien ausgeht. Hier spielt der »Experte«, der sich zu einem strittigen Thema äußern darf, eine wichtige Rolle, zumal es in der Regel »Experten« seien, die einem bestimmten Konzern angehören oder am Tropf einer staatlichen Institution hängen. Interessant ist ferner das »Konzept der sozialen Kontrolle«, das zugleich das »Protestparadigma« wiedergibt: Über Protestformen, die das System herausfordern, wird einseitig berichtet. Ihr eigentliches Anliegen wird gar verschwiegen. Gezeigt oder zitiert werden Äußerungen »kopfschüttelnder« Außenstehender; zudem greifen »Techniken der Delegitimation, Marginalisierung und Dämonisierung«.

Die Wirkung des jeweiligen nichtstromlinienförmigen Protests wird einerseits heruntergespielt, andererseits die angebliche Gefährlichkeit der Gruppe übertrieben. Oft folge simple »Nichtberichterstattung«. Krüger ergänzt diese Großtechniken des berichterstattenden Gewerbes um kleinformatige Formen der Kommunikation (Hintergrundgespräche, Vier-Augen-Treffen) und geht all diesen Thesen und Vermutungen – bezogen auf die Lage in Deutschland – dann anhand einer empirischen Untersuchung nach: Welcher Top-Journalist sitzt in welchen Gremien, Vereinen, Räten, sonstigen Netzwerken? Welchem sozialen Milieu entstammen diese Taktgeber (erwartbar: homogen)? Welche Partei (2005: 36 Prozent Grüne) präferieren sie?

Krügers Doktorarbeit war – logisch – einer strikt wissenschaftlichen Vorgehensweise verpflichtet. Weil das Werk dadurch a) jeglichen unbelegbaren »Verschwörungswissens« entbehrte und dennoch b) auch für den Laien gut rezipierbar sich darstellte, wurde diese Dissertation zu einem gewissen Geheimtip. 2016 hat der Autor nun mit *Mainstream – warum wir den Medien nicht mehr trauen*, publiziert in einem großen Publikumsverlag, nachgelegt und seine Befunde nicht nur leserfreundlich zusammengefaßt, sondern um massenpsychologische Befunde erweitert.

Krüger lehnt die polemische Rede von der »Lügenpresse« ab, zumal es hier und heute weder Zensur noch direkte Lenkung gebe. Und, klar, wer (selbst gewohnheitsmäßig) nur einen Teil des Ganzen abbildet, ist

»Besteht zu einem Thema Konsens unter den Eliten, gibt es drei Möglichkeiten: 1.) Wird der Elitenkonsens von der Bevölkerung mitgetragen, ist unkritische Berichterstattung zu erwarten, weil die Eliten ein Interesse haben, mit öffentlicher Zustimmung ihre Politik zu legitimieren, 2.) Steht dem Elitenkonsens eine geschlossen ablehnende Bevölkerung entgegen, ist keine oder wenig Berichterstattung zum Thema zu erwarten, da die Eliten kein Interesse an einer Diskussion haben. 3.) Steht dem Elitenkonsens eine gesplante Bevölkerung gegenüber, ist entweder unkritisch-persuasive Berichterstattung oder Nichtberichterstattung zu erwarten, je nachdem, ob die Eliten den zustimmenden Teil der Bevölkerung mobilisieren und den ablehnenden überzeugen wollen oder ob sie dieses Risiko nicht eingehen wollen. Von diesem Muster sind Abweichungen zu erwarten, denn das System ist keinesfalls monolithisch wie in totalitären oder autoritären Regimen.«

Krüger: *Meinungsmacht*, 2013, S. 84f.

»Für viele Journalisten ist Journalismus vor allem eine Sache der Gesinnung, und zwar der richtigen. So wissen sie meist im voraus, was sie am Ende der Recherche schreiben oder zeigen werden. Sie wissen, welche Stimmen gar nicht und welche nur in geringschätziger Absicht zitiert werden dürfen. (...) Sie wollen Betroffenheit erzeugen; sie wollen Überzeugungsarbeit leisten. Die Nachrichten müssen sich halt danach richten.«

Burkhard Müller-Ullrich: *Medienmärchen. Gesinnungstäter im Journalismus*, 1998, S. 19

noch kein Lügner, sondern eher ein Ausblender oder Verschweiger. Krüger spricht lieber von »Mainstream«, »hoher Konformität« und einem »Meinungskorridor«. Wie kommt's? Daß auch subalterne Berichterstatter (die nicht an Elitenklüngeln beteiligt sind) sich an dieser besorgniserregenden »Meinungskonsonanz« beteiligen?

Der Wissenschaftler spricht von einem sozialen Konformitätsdruck, dem eben nicht nur Rezipienten, sondern auch die Seite der Meinungsmacher ausgesetzt sei. Wer schreibend oder sendend auf den etablierten *common sense* einschwenke, arbeite als Journalist innerhalb einer »Niedrigkostensituation«:

»Er kann offensiv agieren, ihm steht eine breite Palette etablierter Argumente und bekannter Phrasen zur Verfügung.« Standpunkte einer Gegenöffentlichkeit hingegen bewegen sich für den Journalisten in einer »Hochkostensituation«: Argumente müssen besonders sorgsam und defensiv aufgebaut werden, und als Abweicher läuft man dabei Gefahr, sozial sanktioniert zu werden. Die Rolle als »schwarzes Schaf« innerhalb einer Redaktion muß man sich leisten wollen! Krüger geht davon aus, daß es sich hierbei um selbsttätige Mechanismen handelt, die den wenigsten Medienmenschen überhaupt bewußt seien:

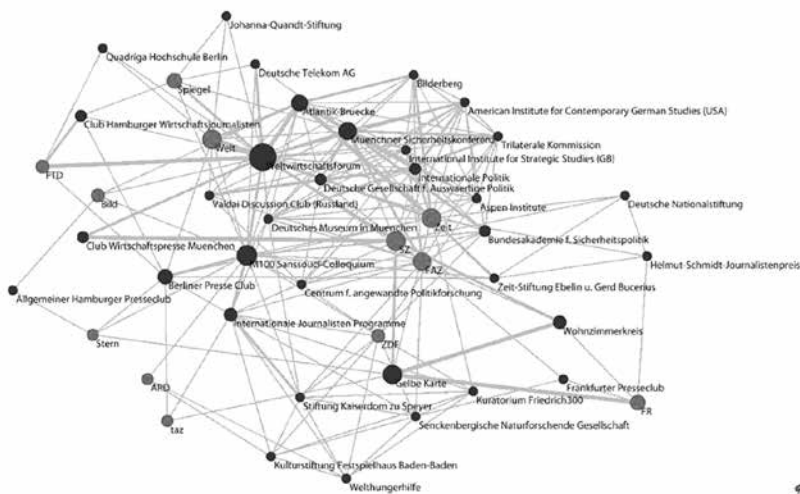
»Man kann sich und den Betrieb, in dem man steckt, schwer selbst beobachten.« Daß in den Leitmedien (*FAZ*, *Spiegel*, *SZ*, *Die ZEIT*, Fernseh-talkshows) »auch mal eine andere Meinung« zu Wort kommt, ist für Krüger übrigens mitnichten ein Beleg für echte Pluralität, sondern ein Beweis dafür, daß die Ausnahme die Regel bestätigt und mithin systemstabilisierend wirke. Solcherart sieht er eine wichtige Funktion der Medien in die Binsen gehen: Indem nämlich die Rolle des »Aufpassers« zu der des »Anpassers« wird.

Insgesamt sieht Krüger ein Gestell aus Konformitätsdruck, Erziehungsabsichten und handfester Lobbyarbeit ins Werk gesetzt, die unsere Medienlandschaft zu einer Art Kartell betonierten. Burkhard Müller-Ullrich, jener wortmächtige Achse-des-Guten-Autor, der bereits in den Anfangszeiten des Internets ein fulminantes Buch über Gesinnungstäter im Journalismus vorgelegt hatte, faßt den Dreiklang ein wenig anders; nämlich wahlweise als »Feigheit, Naivität und gute Absicht« oder als »Weltanschauung, Arroganz, Angst«.

Müller-Ullrich weist im übrigen auf ein anderes, nicht zu unterschätzendes Phänomen hin: »Alles Veröffentlichte wird immer dümmer, weil es von immer jüngeren Autoren stammt.« Wie wahr! Überdeutlich sichtbar ist, daß selbst als aufwendig gepriesene Rechercheartikel etwa in der *ZEIT* oder dem *Spiegel* immer häufiger aus der Feder halbflügler Jüngstjournalisten stammen, die der Generation Bildungslücke angehören und sämtliches Halbwissen zusammengegoogelt haben: »Wenn die Fernsehzuschauer eine Ahnung hätten, wieviel Lebenserfahrung den als Stimmen aus dem Off so autoritativ wirkenden Dokumentarfilmen tatsächlich zu Gebote steht [Müller-Ullrich schlägt vor, politische Bewertungen oder »abschätzigte Bewertungen« mit dem Lebensalter des Kommentierenden zu kennzeichnen], würde wahrscheinlich eine Revolte ausbrechen.«

Naja. Revolten haben bekanntlich ein besonderes Brutgeheimnis. Man vergleiche bitte im Rahmen der Berichterstattung die Unterschiede in den medialen Reaktionen auf friedlich-empörte »Lügenpresse«-Rufe der PEGIDA mit den gewalttätigen Attacken gegen die »Springer-Presse« von anno 1967ff.

Die viel später, 1978, gegründete *taz* etwa trat mit dem Anspruch an, »eine linke, auch radikale« Gegenöffentlichkeit zu vertreten – dort waren sogar RAF-Mitglieder mit langjähriger Knasterfahrung an Bord: Wagnisse, die für die Gegenseite undenkbar wären. Heute, so *taz*-Chro-



Quelle: Graphik »Gesamtnetzwerk« aus Uwe Krüger

»Für eine kleine Zeitung mit begrenztem Einfluß ist es noch schwerer, dem Mainstream der Themen zu widerstehen und eigene Dringlichkeiten dagegenzusetzen. Angesichts der Übermacht der Aktualitätsbestimmer kann das Eigene auch bloß hoffnungslos daneben wirken. Auf Langsamkeit und Ausführlichkeit zu setzen könnte leicht als bloße Verschlafenheit gewertet werden. Und doch gibt es für eine kritische Zeitung keine Alternative dazu, gegen die Erinnerungslosigkeit hektischer Nachrichtenproduktion anzuarbeiten, Geschichtsbewusstsein zu fördern und über den Tag hinaus zu denken.«

Jörg Magenau: *Die taz*, München 2007, S. 258

nist Jörg Magenau, sei die tazsche »Gegenöffentlichkeit« kein »Dagegen«, sondern ein »selbstbewußtes Mitspielen« innerhalb des Konsenses. Vielleicht deshalb war jene Ausgabe, die einmalig 2003 redaktionell den »Lieblingsfeinden« wie Kai Diekmann und Hans-Olaf Henkel übergeben wurde (unausgesprochenes Motto: »Alles Spiel!«), die bestverkaufte Einzelausgabe.

Die in manchen Kreisen gängige Rede von der »Lizenzpresse« dürfte übrigens nicht weiterführend sein. Bis Herbst 1949 war die Herausgabe von Druckmedien von einer Genehmigung der jeweiligen Besatzungsmacht abhängig gewesen. Damit sollte verhindert werden, daß überzeugte Nationalsozialisten wieder an die Schalthebel einer »vierten Macht« kämen. Die neuen, bald (und bis heute) großen Medienmänner jedoch waren keineswegs ausgewiesene NS-Gegner. Augstein etwa war Träger des Eisernen Kreuzes, Nannen hatte für den *Völkischen Beobachter* Durchhalteparolen verfaßt, Holtzbrinck war Mitglied im Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbund, Bertelsmann gab es seit 1835, und auch Franz Burda gründete sein erstes Blättchen bereits 1927. Selbst Axel Springer wurde erst deutlich später zum ausgewiesenen Philosemiten. Daß all die genannten Medienfürsten heute – mehr oder minder – mit ihren Blättern grosso modo für eine One-World-Agenda stehen, steht auf einem anderen Blatt, mit den Lizenzen von damals dürfte es wenig zu tun haben.

Der US-amerikanische Politologe Joseph Nye hatte 1990 den Begriff der Soft power als Gegensatz zur Hard power eingeführt. Nye war einst Vorsitzender des National Intelligence Council, später stellvertretender US-Verteidigungsminister, heute ist er Direktor der Aspen Strategy Group. Etabliert hatte Nye den Terminus in seiner 2004 erschienenen, unübersetzten Schrift *Soft Power* (etwa: »Weiche Macht. Wie man erfolgreich Weltpolitik betreibt«) und späterhin in seinem auch auf Deutsch erschienenen Buch *Macht im 21. Jahrhundert. Politische Strategien für ein Neues Zeitalter* (2011). Während Hard power militärische, wirtschaftliche und industrielle Macht umfaßt, soll die smarte Soft power sämtliche Globalisierungseffekte attraktiv flankieren. Hier geht es um die komplexen, oft subkutanen Interdependenzen zwischenstaatlicher Beziehungen – letztlich um einen Imagegewinn zugunsten der US-Einflußsphäre. Die Mechanismen der Soft power greifen nicht über Zwang, sondern – ganz im Gegenteil – über Anziehungskraft. Die Einflußnahme geschieht nicht über Gesetze oder echte Eingriffe, sondern subtil über medial vermittelte Werte wie Freiheit, Individualismus, soziale Mobilität oder die Intergration von Minderheiten. Institutionen wie Google, Youtube und Facebook dienen laut Nye als Katalysatoren in dieser »Geopolitik der Kultur« (Frédéric Martel).

Womöglich jedoch spielen die leitmedialen Kommentatoren, Themensetzer, scheuklappenbehängten Reporter und selbst der Schwarm der Nach-Twitterer und Folgefreunde eine weit geringere Rolle in der Etablierung von Standpunkten, Annahmen und Emotionen, als man mit Blick auf die Politmedien und Tagesmeldungen anzunehmen geneigt ist. Man sollte nicht vergessen, daß das Interesse an politischen oder metapolitischen Fragen auf eng begrenzte Milieus beschränkt ist. Die weltweit größte Partizipation findet im Rahmen der Konsum- und Unterhaltungsindustrie statt. Hier wirken die – lässig gestreuten – Inhalte subkutan und umso mächtiger. Daß beispielsweise Pepsi Ende der sechziger Jahre in seiner Reklame die sogenannten People of Colour als Marktsegment entdeckte, daß der rasante Aufstieg der Multiplexkinos mit ihren filmischen Botschaften (jeden Tag[!] wurde in China eines eröffnet, schrieb der Soziologe Frédéric Martel 2010; für Brasilien, Mexiko und Ägypten verzeichnet er eine ähnliche Entwicklung) bis heute unaufhaltsam ist, daß Disney zigmal mehr Kinderherzen erreicht als jede Verlautbarung der Bundeszentrale für politische Bildung oder *Zeit Leo* oder *Dein Spiegel*: Die Durchschlagskraft solcher Propagandawirkung liegt auf der Hand.

Eins von zigtausenden Beispielen: Ich bin nicht sicher, wie viele Leser die linken und offenkundig in ideologischer Absicht schreibenden Topkolumnisten auf *Spiegel Online* erreichen (ein paar Tausend? Gar fünfstellig?). Das neue Video des Singesternchens »Rihanna« jedenfalls (in der Hauptsache zeigend, wie sich der Sängerinpopo am kleidungsbedeckten Glied eines schwarzen Mannes reibt) ist kurz nach Veröffentlichung rund 260 Millionen mal angeschaut worden. Was sind dagegen Worte? Gründe? Argumente? Gegenöffentlichkeiten? ■

»Die vielen Wahrheiten (...) liegen nicht auf der Straße und warten darauf, entdeckt zu werden, sondern sie müssen bewußt provoziert/produziert werden. Die Herstellung von Wahrheiten und das Bewußtmachen dieser Produktion, das ist die Aufgabe einer den Umsturz der bestehenden Verhältnisse anstrebenden Tageszeitung. Sie ist eben kein Stück Papier, auf das geschrieben wird, was ist, sondern sie stellt ihre Wahrheit allererst her.«

Arno Widmann: »Herzblatt mit Körpersprache«, in: *taz* vom 17. April 1979

»Es ist ein Weltkrieg um die Inhalte. Mein Thema ist nicht die Kunst-, sondern jene Kultur, die ich als »Marktkultur« bezeichne. Denn die Fragen, die diese Kreativindustrien in Bezug auf Inhalte, Marketing oder Einflußnahme aufwerfen, sind selbst dann von Interesse, wenn das, was sie produzieren, uninteressant ist. Über diese Fragen läßt sich der neue Kulturkapitalismus verstehen, der weltweite Kampf um Inhalte und Soft power.«

Frédéric Martel: *Wie funktioniert, was allen gefällt*, München 2011, S. 14

Literaturhinweise:

Dieter Baukloh/Carsten Wittmaack: *Medienmotive und Meinungsmacher*, Düsseldorf 2003;

Jörg Magenau: *Die taz. Eine Zeitung als Lebensform*, München 2007;

Uwe Krüger: *Mainstream. Warum wir den Medien nicht mehr trauen*, München 2016;

Uwe Krüger: *Meinungsmacht. Der Einfluß von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*, Köln 2013;

Frédéric Martel: *Mainstream. Wie funktioniert, was allen gefällt*, München 2011;

Burkhard Müller-Ullrich: *Medienmärchen. Geisteswissenschaft im Journalismus*, München 1998;

Elisabeth Noelle-Neumann: *Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut*, Zürich/München 1980.

Network – ein Filmklassiker über das System der Systeme

von Martin Lichtmesz

Network, ein Film unter der Regie von Sidney Lumet nach einem Originaldrehbuch von Paddy Chayefsky, lief im November 1976 in den amerikanischen Kinos an und gewann im Folgejahr vier Oscars. Vierzig Jahre später gilt er in den USA als kanonisierter nationaler Klassiker, während einer seiner Hauptcharaktere, der »zornige« Fernsehprophet Howard Beale, wie der *Pate* oder *Dirty Harry* zu den ikonischen Figuren des Kinos der siebziger Jahre zählt. In der zentralen Szene, an die sich wohl jeder erinnert, der *Network* gesehen hat, hält der aus Verzweiflung übergeschnappte Nachrichtensprecher Beale, der kurz vor seiner Entlassung steht, vor laufender Kamera eine spontane Brandrede zum Status quo des Landes und der »miesen« Zeiten voller Depression, Arbeitslosigkeit und Kriminalität, an deren Ende er seine Zuschauer aufruft, zu »Wutbürgern« zu mutieren und endlich ihren Frust in die Welt hinauszuschreien: »Ich weiß nicht, was man gegen die Depression tun kann, gegen die Inflation, gegen die Russen und die Verbrechen auf den Straßen ... Ich weiß nur, daß ihr erst einmal wütend werden müßt. Ihr müßt sagen: ›Ich bin ein menschliches Wesen, verdammt noch mal, mein Leben hat einen Wert!‹ Also: Ich will jetzt, daß ihr aufsteht! Ich will, daß ihr sofort aufsteht, zum Fenster geht, es aufmacht, den Kopf raussteckt und schreit: IHR KÖNNT MICH ALLE AM ARSCH LECKEN, ICH LASS MIR DAS NICHT MEHR LÄNGER GEFALLEN!« – woraufhin es tatsächlich landesweit zu »thymotischen« Ausbrüchen kommt.

Pars pro toto zeigt Lumet den Hinterhof eines Miethauses, dessen Fenster und Balkone sich mit zunehmend durcheinanderschreienden, lustvoll protestierenden Menschen füllen, während gleichzeitig ein Gewitter mit Blitzen und Regengüssen tobt. In der Originalfassung lautet der Satz: »I'm as mad as hell and I'm not going to take it anymore!« – »Ich bin stinksauer, und ich laß mir das nicht länger gefallen!« Dieser berühmte Höhepunkt kommt etwa in der Mitte eines Films, dessen Zielscheibe zunächst hauptsächlich das grelle, verdummende Busineß des kommerziellen Fernsehens zu sein scheint. Drehbuchautor Chayefsky, ein 1923 geborener Sohn jüdischer Einwanderer aus der Ukraine, hatte 1976 bereits zwei Oscars in der Tasche, war einer der erfolgreichsten Broadway- und TV-Autoren und galt als unkonventioneller Linker, zu einer Zeit, als Linke noch durchaus »kulturkonservativ« argumentieren konnten. Seinem Biographen Dave Itzkoff zufolge haßte Chayefsky am Fernsehen »die grelle Dummheit, das Hinterherhecheln nach Moden und seine Vorliebe für Effekthascherei; die Reduktion all dessen, was an der amerikanischen Kultur unverwechselbar und wertvoll war, zur Grundnahrung der Spielshows, Lieder und Tänze; seine Tendenz, jeden Zuschauer zur gleichen Zeit zur selben Denke zu zwingen; und seinen allgemeinen Mangel an künstlerischer Integrität«.

Mit dem etwa gleichaltrigen Sidney Lumet kam ein weiterer jüdischstämmiger Linker ins Spiel, der als künstlerisch und politisch integer galt;

»Konsumenten aller Länder, vereinigt euch! Die Erde muß planiert werden in ein gigantisches Kaufhaus. Der Mensch muß reduziert werden auf die Persönlichkeitsstruktur einer permanenten Produktions- und Konsumtionsmonade.«

Ulrich Schacht

sein nüchterner, naturalistischer Stil kühlt Chayefskys Neigung zur überbordenden Groteske etwas ab, wodurch *Network* zu einem eigentümlichen Balanceakt zwischen absurdistischer Überzeichnung und distanzierter, intellektueller Kulturkritik geriet. Kühne erzählerische Ellipsen und Schnitte zerlegen den Film in beinahe fragmentarische Szenen, die der Zuschauer selbst miteinander verbinden muß; antithetisch zur Ästhetik des Fernsehens spielen sich wesentliche Szenen beinahe beiläufig ab. Viele Details bleiben einer vollständigen Erklärung entzogen. Der abgehalfterte, dem Suff verfallene, Selbstmordgedanken hegende Beale (Peter Finch) agiert zunächst aus purer Verbitterung, außerstande, das Theater der »Lügenpresse« noch länger mitzuspielen, mit der asozialen Dreistigkeit eines Mannes, der nichts mehr zu verlieren hat. Zunächst verkündet er, öffentlich Selbstmord begehen zu wollen, was er in der nächsten Sendung so kommentiert: »Zugegeben, ein bißchen verrückt. Aber ich fand plötzlich alles beschissen.« Original: »I just ran out of bullshit«, etwa: »Mir ist einfach kein Mist mehr eingefallen, den ich erzählen kann.« Plötzlich bringt er Dinge zur Sprache, die keinen Platz in der Opiumhöhle des Entertainments haben: »Beschissen«, das ist die richtige Bezeichnung für unser Leben. Wir alle wissen nicht, warum wir diese Qualen und sinnlosen Erniedrigungen durchmachen müssen.«

Beales »authentische« Offenheit läßt die Einschaltquoten seiner Sendung wieder dramatisch nach oben schnellen, und vor allem die von Faye Dunaway gespielte, karrieregeile Programmchefin wittert gigantischen Profit mit »zornigen Anti-Kultur-, Anti-Establishment-Programmen«. Dabei soll ihr nicht nur Beale, der »Prophet« des »Mannes auf der Straße«, dienen, sondern auch eine militante schwarze Kommunistin nach dem Vorbild von Angela Davis, die ihr einen Deal mit der linksextremen Terrorgruppe »Ökumenische Befreiungsarmee« vermittelt, die sich für die Reality-Show »Die Mao-Tse-Tung-Stunde« mit aufregendem Filmmaterial von echten Anschlägen, Entführungen und Banküberfällen engagieren läßt. Damit wird natürlich jeder Anspruch des politischen Radikalismus wie auch des thymotischen Aufstandes gegen die sekundäre Welt ad absurdum geführt und erneut in eine Pose, eine Show, einen Konsumartikel und bloßes Entertainment umgewandelt und damit neutralisiert.

Die Wende kommt, als Beale eines Nachts eine nahezu dämonische Vision hat, die er als göttliche Stimme interpretiert, die seine Mission nun endgültig bekräftigt. Fortan scheint Beale einer waschechten, euphorisierenden Psychose verfallen zu sein. Erst nach dieser Vision folgt seine legendäre »Mad as hell«-Rede. Während die Vermarktung seines »Propheetums« augenscheinlich immer sensationistischer und fadenscheiniger wird, verfolgt Beale unbeirrt seinen Kurs, offenbar blind für den erneuten »bullshit«, der um ihn herum aufgebaut wird und der seine Botschaft auf paradoxe Weise bekräftigt: »Diese Röhre ist das Evangelium, die letzte Offenbarung. Diese Röhre kann krönen und stürzen, Präsidenten, Päpste, Premierminister. Diese Röhre ist die gefährlichste, furchterregendste gottverdammte Macht in dieser gottlosen Welt. Wehe uns, wenn sie je in die Hände der falscher Leute kommt, Freunde ... Das Fernsehen ist nicht die Wahrheit. Das Fernsehen ist ein Zirkus, ein Jahrmarkt, eine reisende Truppe von Akrobaten, Märchenerzählern, Tänzern, Sängern, Jongleuren, Abnormitäten, Löwenbändigern und Fußballspielern.« Seine Rede kulminiert in dem Aufruf, die Apparate endlich abzdrehen, worauf er in prophetischer Verzückung kollabiert, während der Kamerakran für eine Nahaufnahme des am Boden Liegenden heranschnellt wie eine Viper, ein jazziger Tusch erklingt und sich das Publikum applaudierend von den Sitzen erhebt, angeheizt durch professionelle Animatoure.

Der Spaß hat allerdings ein Ende, als Beale in der nächsten Rede den Ausverkauf amerikanischer Medien und Unternehmen an ausländische Mächte anprangert – die Saudis würden nicht nur kurz davor stehen, den Sender zu übernehmen, sie hätten bereits das halbe Land und Dutzende amerikanische Gesellschaften aufgekauft. »Es gibt nur eine Macht, die das verhindern kann«, wettet Beale, »und das seid ihr!« Er fordert seine Zuschauer auf, das Weiße Haus mit Protesttelegrammen zuzudecken. Nun hat Beale exakt jene rote Linie überschritten, die bis heute niemand überschreiten darf, der als Rebell oder Widerständler geduldet oder gar in das Spektakel eingebunden werden will: Denn er ruft den demokratisch-patriotischen Volksaufstand aus, um die Souveränität der Nation

»Die Gesellschaft, die das Spektakel unterhält, beherrscht die unterentwickelten Gebiete nicht allein durch ihre wirtschaftliche Hegemonie. Sie beherrscht sie auch als *Gesellschaft des Spektakels*. Dort, wo die materielle Grundlage noch fehlt, hat die moderne Gesellschaft bereits spektakulär auf die gesellschaftliche Oberfläche jedes Kontinents übergreifen. Sie definiert das Programm einer herrschenden Klasse und leitet deren Herausbildung. Wie sie die zu begehrenden Pseudogüter zeigt, so bietet sie den lokalen Revolutionären die falschen Vorbilder von Revolutionen dar.«

Guy Debord: *Die Gesellschaft des Spektakels* (1967)

vor dem Zugriff durch raumfremde, plutokratische Kräfte zu retten. Dies ist der Rubikon, vor dem auch heute jeder Linke steht, der es mit seiner Globalismus- und Kapitalismuskritik ernst meint: Wenn er die Dinge konsequent zu Ende denkt, wird er erkennen müssen, daß ganz besonders das Big Business daran interessiert ist, die Souveränität der Nationen und ihrer Völker aufzulösen. Beale hat allerdings seine Lektion noch nicht vollständig begriffen.

Die endgültige Erleuchtung erlangt er in der wohl genialsten Szene des Films, in der sich ihm erneut auf beinahe surreale Weise ein »göttliches« Wesen offenbart. Die Fernsehhauptlinge sind entsetzt, daß Beale den Deal mit den Arabern ausgeplaudert hat. Jensen, der Chef des Senders, bestellt Beale in einen riesigen, fürstlich mit barocker Kunst eingerichteten Konferenzsaal, wo er am Ende einer langen Tafel Platz nimmt. Jensen zieht die Vorhänge zu und verdunkelt dieses »Walhalla«, wie er es nennt. Nur noch die Kronleuchter und die Lampen auf dem Tisch brennen gedämpft. Jensen hebt plötzlich, mit unerwartet donnernder Theatralik, zu einer Rede an, in der die wahren kosmischen Kräfte enthüllt werden, die Netzwerke aller Netzwerke, und die Mächte, die sie steuern. Und sie haben nichts mit der Macht des Volkes und dem Zorn der Wutbürger zu tun: »Sie haben sich in das Spiel der Uргewalten der Natur eingemischt, Mr. Beal! Sie sind ein alter Mann, der noch in Begriffen wie Nationen und Völker denkt. Es gibt keine Nationen, es gibt keine Völker, es gibt keine Russen, es gibt keine Araber, es gibt keine Dritte Welt, es gibt keinen Westen, es gibt nur ein einziges, großes, holistisches System der Systeme. Ein riesiges, ungeheuer mächtiges, verflochtenes, sich gegenseitig beeinflussendes, multivariables, multinationales Dominion von Dollars. Petro-Dollars, Elektro-Dollars, Multi-Dollars, Deutsche Mark, Gulden, Rubel, Pfund, also jede Art von Geld. Es ist das internationale Währungssystem, das die Globalität des Lebens auf diesem Planeten bestimmt. Das ist die natürliche Ordnung der Dinge. Das ist die atomare und die subatomare und die galaktische Struktur der Dinge heutzutage. Sie erscheinen da auf ihrem lächerlichen kleinen Bildschirm und wehklagen über Amerika und Demokratie. Es gibt kein Amerika, es gibt keine Demokratie. Es gibt nur IBM und ITT und AT&T und DuPont, Dow, Union Carbide und Exxon. Das sind die Nationen der Welt heutzutage.«

»Die neue bürgerliche Herrschaft braucht nämlich Konsumenten mit einer ausschließlich pragmatischen und hedonistischen Mentalität; denn der Zyklus von Produktion und Konsum vollzieht sich am reibungslosesten in einer technizistischen und rein irdischen Welt.«

Pier Paolo Pasolini



Diese Welt unter der Herrschaft der Manager, der weltumspannenden Konzerne und der Totalökonomisierung aller Lebensbereiche wird allerdings eines Tages das friedvolle Ende der Geschichte einläuten, die Politik durch Wirtschaft ersetzen und die Utopie des Kapitalliberalismus verwirklichen: »Unsere Kinder werden sie erleben, die perfekte Welt, in der es weder Krieg noch Hungersnot gibt, weder Unterdrückung noch Brutalität. Eine riesige ökumenische Holdinggesellschaft, für die alle Menschen arbeiten werden, um einen gemeinsamen Profit zu erwirtschaften, und alle Menschen werden an dieser Gesellschaft einen gewissen Anteil haben. Alle Bedürfnisse werden befriedigt. Angst und Schrecken werden verschwunden sein, und auch Langeweile wird es nicht mehr geben.« Jensen erklärt Beale, er habe ihn »auserkoren, dieses Evangelium zu verkünden«. Warum? »Weil Sie beim Fernsehen sind, Sie Dummkopf. 60 Millionen Menschen sehen Sie jeden Abend.«

»Ich habe das Antlitz Gottes gesehen«, antwortet Beale ehrfürchtig. Als er erneut auf dem Bildschirm erscheint, um diese »Konzernkosmologie« zu verkünden, gibt er ihr jedoch eine überraschende Wendung. Zu-

nächst preist er zwar den Erfolg des millionenfachen Protests der Fernsehzuschauer und ihres Kampfes »für ihr Erbe«, denn angeblich wurde der Deal mit den Arabern in letzter Sekunde abgewehrt: »Das Volk hat gesprochen, das Volk hat gewonnen. Es war eine grandiose Demonstration der Demokratie.« Aber mehr dürfe man sich nicht mehr erwarten. »Es ist nicht anzunehmen, daß sowas nochmal passiert. Denn tief in unserem Inneren wissen wir, daß die Demokratie ein sterbender Riese ist, ein alters-



schwaches, todkrankes politisches Konzept, das sich in den letzten Qualen windet.« Damit sei nicht die USA als Weltmacht gemeint, weit entfernt. Nein, »es ist das Individuum, das am Ende ist. Es ist das einzigartige, einzelne menschliche Wesen, das am Ende ist. Jeder von euch, jeder einzelne von euch ist am Ende«.

War seine Botschaft zuvor noch »Alle Macht dem Volke«, und den angeblich souveränen Individuen, aus denen es sich zusammensetzt, so malt Beale nun ein düsteres Bild der »Schönen neuen Welt«, in der das Individuum zur austauschbaren, ohnmächtigen Ziffer wird: »Die Völker der ganzen Welt werden massenproduzierte, massenprogrammierte, nummerierte, gefühllose Gegenstände.« Dies scheint die Kehrseite oder Kritik von Jensens Utopie zu sein; jedenfalls predigt Beale nun aufrichtig, was er gelernt hat: daß demokratische Mittel gegen die herrschenden Mächte nutzlos sind, daß jeder Aufstand ein Surrogat und jeder populistische Appell eine Illusion ist. Eine deprimierende Botschaft, die niemand mehr hören will, besonders nicht das bisherige Stammpublikum der 18- bis 35jährigen. Beales Einschaltquoten sinken wieder ins Bodenlose, aber Jensen besteht aus einem unerfindlichen Grund darauf, die Sendung im Programm zu behalten. Die Programmchefs beschließen daraufhin, die Stars der »Mao-Tse-Tung-Stunde« auf den lästig gewordenen Propheten anzusetzen. Beale wird vor laufender Kamera von den Terroristen erschossen, und natürlich fährt auch dieses Mal der Kamerawagen routiniert auf das blutverschmierte Gesicht des Toten zu. »Das war die Geschichte von Howard Beale, der erste bekanntgewordene Fall eines Mannes, der erschossen wurde, weil seine Einschaltquote zu niedrig war.« Wie auch heute, hat sich bereits in Lumets Film die extreme Linke zum Erfüllungsgehilfen und Vollstrecker des Globalkapitalismus gemacht. Die von Jensen formulierte Utopie bleibt weiterhin das Leitbild der globalen Eliten, die auch den großen Bevölkerungsaustausch in Europa vorantreiben, der ideologisch ebenfalls auf einer ökonomischen Reduktion des Menschen basiert.

1996 schrieb Panajotis Kondylis: »Der Kern der heutigen Weltlage ist die Ausbreitung der produzierenden und konsumierenden Massendemokratie, das ständige Wachsen der Erwartungen in der Welt und daher auch eine Verschärfung der Konkurrenz, die unter dem Druck ökologischer und demographischer Faktoren bedenklich werden kann.« Wobei diese »Massendemokratie«, so könnte man anmerken, eigentlich eine Postdemokratie oder Simulationsdemokratie ist, die mit der Bealeschen »populistischen« Auffassung von Demokratie, wie sie heute etwa von »Occupy« und PEGIDA vertreten wird, nichts mehr gemein hat. Der Mythos, daß der demokratische Furor der mündigen Bürger den globalistischen Leviathan bezwingen könne, ist weiterhin einer der letzten Strohhalme, an den sich politische Opponenten und Dissidenten von links und rechts klammern; der Kommentar von *Network* fällt hierzu eher pessimistisch aus. ■

»Wir handeln mit Illusionen, nichts davon ist wahr. Aber ihr, Freunde, ihr sitzt da, Tag für Tag, Abend für Abend, alle Altersgruppen, Hautfarben, Glaubensbekenntnisse, wir sind alles, was ihr kennt. Ihr fangt an, den Blödsinn zu glauben, den wir hier verzapfen, ihr fangt an, zu glauben, daß die Röhre die Wirklichkeit ist und euer eigenes Leben unwirklich ist. Was immer die Röhre euch auch sagt, ihr tut es. Ihr zieht euch so an, ihr eßt so, ihr erzieht eure Kinder so, ja ihr denkt sogar wie die Röhre. Das ist Massenwahnsinn, ihr Verrückten! Im Namen Gottes, ihr Menschen seid die Realität, wir, wir sind die Illusion. Also schaltet eure Fernseher aus, schaltet sie aus, schaltet sie auf der Stelle aus, dreht sie ab und macht sie nicht wieder an!«

Howard Beale

Antideutsche Netzwerke und ihre Ideologie

von Siegfried Kabisch

Als die Wochenzeitung *Jungle World* im Juni 2015 die Ausgabe zu ihrem 18. Jubiläum veröffentlichte, gab sich nicht nur ein buntes Sammelsurium des linksradikalen Spektrums zur Gratulation die Klinke in die Hand. Vielmehr ergab sich mit den durchaus herzlichen Glückwünschen von Robin Alexander (*Welt*) über David Harnasch (*Magazin liberal* der Friedrich Naumann Stiftung) bis zu dem österreichischen Journalisten jüdischer Abstammung Karl Pfeifer ein stimmiges Bild aus neokonservativen bis extrem linken Gratulanten, die sich wohlwollend in eine gemeinsame Glückwunschfront einreihen.

Verwundern kann dieser Umstand nur denjenigen, der das »linksliberale Stühlerücken« (Benedikt Kaiser) der letzten Monate und Jahre nicht zur Kenntnis genommen hat. Ausgangspunkt und Avantgarde des neokonservativ-linksextremen Bündnisses in den Gazetten ist ein Spektrum, das mit dem Geburtsschrei »Nie wieder Deutschland« im Zuge der Wiedervereinigung das Licht der Welt erblickte und bis heute mannigfache Wandlungen vollzogen hat – das Spektrum der Antideutschen. Wer verstehen will, wie eine linksextrem ausgerichtete Szene zum Bündnispartner der hiesigen neokonservativen Transatlantiker des Establishments werden konnte, muß sich die antideutsche Theoriegeschichte vergegenwärtigen, die vor allem eine Geschichte des Bruchs war – eines Bruchs mit den ehemals eisernen, »altlinken« Dogmen von Antiimperialismus und Antizionismus.

Wurde die Israelsolidarität unter Antideutschen anfänglich eher affektiv auf der Schimäre einer »Viertes-Reich-Rhetorik« begründet, in der die Konstellation des Zweiten Weltkriegs eins zu eins auf die hiesigen Verhältnisse übertragen wurde und teilweise bis heute übertragen wird, entwickelten sich Ende der 1990er Jahre unter der Obhut der »Initiative Sozialistisches Forum« (ISF) aus Freiburg und der Berliner Zeitschrift *Bahamas* nach und nach zwei neue Argumentationsstränge. So bemüht sich die ISF seit Anfang der 1990er Jahre, eine antideutsche Israelsolidarität zu begründen, die mit dem postmarxistischen Ansatz der Werttheorie Israel als lebenden Beweis für den Kommunismus präsentiert. Aus wertkritischer Sicht sei jede kapitalistische Gesellschaftsformation in »krisenhafter Notwendigkeit« dazu getrieben, den Antisemitismus auszubrüten, »wie die Raupe den Faden spinnt«. Daß der Antisemitismus im Holocaust zur fleischgewordenen »Ideologie der Barbarei« wurde, weist die Staatsgründung Israels ganz unfreiwillig als Vorhut des Kommunismus aus. Durch Israel schimmere unter negativen Vorzeichen ein Schein der Emanzipation, der dem Staat der Holocaustüberlebenden so lange bedingungslose Solidarität zusichert, bis die Voraussetzungen des Antisemitismus – die Zwangsimperative von Staat und Kapital – im Kommunismus aufgehoben sind, und mit ihnen auch der Staat Israel.

Darüber hinaus hat sich allerdings ein Teil der Szene durch die Ereignisse nach dem 11. September 2001 einem Politikstil zugewandt, der mit

»Denn der Kommunismus, die staaten- und klassenlose Weltgesellschaft, verlangt etwas Unmögliches: Rache für die Toten, für die Barbarei; zugleich aber auch, daß niemand anders behandelt werde als nach seinem eigenen Maß: Gerechtigkeit für die Lebenden. [...] In dieser Perspektive ist Israel der bewaffnete Versuch der Juden, den Kommunismus noch lebend zu erreichen.«

ISF: »Der Kommunismus und Israel«, S. 17.

dem materialistischen Verständnis von »Kritik« der ISF nur noch wenig gemein hat. Ausgangspunkt hierfür sind Paradigmen, die vor allem von der Zeitschrift *Bahamas* vorgegeben wurden. In dem Wissen, daß es etwas Schlimmeres als die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaftsform geben kann, fordert das Organ um Justus Wertmüller, das Emanzipationspotential des Liberalismus in Form der westlichen Zivilisation vor dem Einschlag des globalen »Islamfaschismus« zu verteidigen.

Auf dem Nährboden der zwanglosen Individualität der »freien Welt« würde die kommunistische Idee aufkeimen und schließlich in der »freien Assoziation« ihre Vollendung finden, wenn die vielbeschworene antideutsche Kritik auch den letzten aus den organisierten Zwangsimperativen von Staat und Wert herausreißt. Mit Blick auf die kommunistische Vollendung verteidigen die Antideutschen damit nicht nur den Staat Israel, sondern im gleichen Atemzug die unilaterale Politik der USA und ihrer europäischen Helfer, die vor dem Hintergrund einer zutiefst negativen Dialektik den abermaligen Umschlag in die Barbarei unter nunmehr islamischen Vorzeichen verhindern soll.

Im Windschatten von *Bahamas* und ISF hat sich derweilen ein Netzwerk etabliert, das weitestgehend auf antideutsche Zuspitzung verzichtet und dafür ein – auch materiell verstandenes – Auskommen in etablierten israelsolidarischen Kreisen sucht. Bereinigt von den materialistischen Einschlügen der Kritischen Theorie wurden die Paradigmen der Solidarität mit Israel und der Verteidigung des Westens zur Eintrittskarte in die transatlantische Riege der Medien, Politik und Lobbybündnisse. Zu deren Vorzeigepersonen gehört unbestritten der Politikwissenschaftler Matthias Küntzel, der sich aus einem originären Antideutschen zu einem gefragten »Experten« für Antisemitismus- und Nahostfragen mausern konnte. War Küntzel bis 1991 noch Mitglied im dahinscheidenden linksextremistischen Kommunistischen Bund, gehörte er anschließend als Redaktionsmitglied der *Bahamas* zu den Antideutschen der ersten Stunde und stilisierte die Bewertung eines Sir Arthur »Bomber« Harris zum Lackmustest der extremen Linken. Nachdem er bis 2001 auch regelmäßig als Autor für das Monatsheft *konkret* tätig war, nutzte er die Terroranschläge vom 11. September 2001 dazu, die allzu ostentativ antideutschen Wurzeln Schritt für Schritt abzutrennen und sich ein seriöses Auftreten als Wissenschaftler anzueignen, wie die Selbstdarstellung auf seiner hauseigenen Netzseite peinlich genau dokumentiert (vgl. matthiaskuentzel.de).

Dabei tragen seine Mühen in den letzten Jahren durchaus Früchte. So ist Küntzel Mitglied im »Vidal Sassoon International Center for the Study of Antisemitism« und schreibt dank guter persönlicher Kontakte in die Redaktionen mittlerweile in genuin bürgerlichen Medien wie *Die Welt*, *Die Zeit* und *Cicero*. In ungezählten Vorträgen beschäftigt sich Küntzel mit Antisemitismus und Islamismus sowie mit dem Iran und Israel. Als Antisemitismus- und Nahostexperte ist er in der Mitte der Gesellschaft angekommen, obschon seine Thesen nach wie vor die antideutsche Melodie summen: So gereiche der nationalsozialistische Antisemitismus der arabischen Welt bis heute zum Vorbild, und eine iranische Atombombe sei schlichtweg der erneute Versuch, einen Großteil der Juden nunmehr in ihrem Heimatland Israel auszurotten und jenes Werk der Nationalsozialisten zu einem Ende zu bringen, das durch die Alliierten 1945 unterbrochen wurde.

Eine Person, die Küntzel in dieser Einschätzung in nichts nachsteht, ist der Publizist und Geschäftsführer der entwicklungspolitischen Organisation WADI e.V. Thomas von der Osten-Sacken. Im Gegensatz zu Küntzel ist Osten-Sacken weniger um Seriosität bemüht; seine Weltanschauung beruht auf einem radikal westlerischen Universalismus. Dabei ist es schon beinahe ein Treppenwitz der Geschichte, daß Osten-Sacken ausgerechnet aus Kreisen des »informationszentrums 3. welt« (iz3w) in das antideutsch-transatlantische Gefilde fand, geht es der gleichnamigen Zeitschrift doch darum, die Widersprüche zwischen Gewinnern und Verlierern des globalen Kapitalismus nicht unter den Schlagwörtern der Zivilgesellschaft oder Universalität von Demokratie und Menschenrechten verschwinden zu lassen. Nun ist Osten-Sacken genau jenes antideutsche Sturmgeschütz, das gar nicht deutlich genug die universalistischen Werte des Westens wie eine Monstranz vor sich hertragen kann. So feuert er seine Salven seit 2001 unregelmäßig in *Bahamas* und *konkret*, seit 1998 durchgehend in der *Jungle*

»Stehen doch Judentum, Amerikanismus und Kommunismus allesamt, jeder auf seine Art, für die Verheißung, daß die Menschen dereinst mehr und anderes sein könnten als ohnmächtiges, in Kollektiven mit vorgeschriebener Hackordnung eingepaßtes Anhängsel übermächtiger Prozesse.«

Redaktion: »Zur Verteidigung der Zivilisation«, in: *Bahamas* 37/2002, S. 61.

»Das ganze Appeasement, das in den letzten zehn Jahren von ganz links bis ganz rechts in einem fort präsentiert wurde, drückt nichts anderes aus als den Willen zur Kollaboration. Der Mensch soll doch gar nicht frei sein; eine unerhörte Perspektive wäre das, selbst im Rahmen einer liberalen, bürgerlichen, parlamentarischen, föderalen Demokratie. Schon gar nicht soll er das im Nahen Osten!«

Osten-Sacken/Piecha/
Feuerherdt: »Der ›Sozialismus des 21. Jahrhunderts‹, S. 25.

»Und deshalb werden sie [die USA] von den deutschen Nachgeborenen (einschließlich ihrer Linken) beizeiten aus dem Kreis der ›zivilisierten Nationen‹ exkommuniziert; schließlich hat man hierzulande seine Lektion in Sachen ›Vergangenheitsbewältigung‹ derart gründlich gelernt, daß man Mörder nicht nur nicht abknallt, sondern ihnen sogar ein ruhiges Hinterland bietet, von dem aus sie Mordtaten wie jene des 11. September 2001 ungestört planen können.«

Alexander Feuerherdt: »9/11«

World ab und betreibt auf deren Internetpräsenz seit 2011 den Internetblog »Von Tunis nach Teheran«, in dem er aus einer maßlosen Apologie des Westens heraus die Ereignisse im Nahen und Mittleren Osten kommentiert. Tatsächlich steht Osten-Sacken für die neue Ausrichtung der Antideutschen seit der Jahrtausendwende. Mit den sprichwörtlich antideutschen Themen der frühen Jahre hat er nur noch wenig gemein, weshalb er in allerlei bürgerlichen Medien als Nahost-Experte vorgestellt werden kann, ohne daß der antideutsche Hintergrund zum Hindernis würde. So befaßt er sich hauptsächlich mit außenpolitischen Kategorien und nimmt dabei in seinen Artikeln eine wenig differenzierte, bisweilen ideologisch indoktrinierte Haltung ein, die all jene Gegebenheiten bewußt ausblendet, die sich nicht in das dichotome Weltbild aus heilsbringendem Westen einerseits und »islam-faschistischer« Welt andererseits einpassen. Vor allem auf die Dämonisierung des Iran hat er sich den letzten Jahren eingeschossen, den er – wie Küntzel, wie aber auch die transatlantischen Leitmedien um *Welt* und *Bild* – als die größte Bedrohung für Israel und damit gar den weltweiten Frieden sieht. Darüber hinaus ist es Osten-Sackens Spezialität, auch vor unverblühten Forderungen nach einer militärischen Intervention »des Westens« nicht zurückzuschrecken, solange diese unter dem Zeichen eines Glücksversprechens der bürgerlichen Revolution gegen die »regressiven« Tendenzen »des« Islam steht – wobei seine pauschalisierende Islamkritik meist den schiitischen Islam trifft, während er zu den Schandtaten etwa des sunnitisch-wahabistischen Saudi-Arabien wenig zu sagen hat, da diese Diktatur ein positives Verhältnis zu den USA und Israel pflegt. Daß Osten-Sacken über gute Kontakte zu Journalisten aus dem Hause Axel Springer verfügt, verwundert angesichts solch westlicher Dramatik kaum.

Ein weiterer Protagonist antideutscher Provenienz mit Vernetzung ins bürgerliche Lager hinein ist der Publizist und gelernte Buchhändler Alexander Feuerherdt. Mit seinem Blog »Lizas Welt« ist er seit 2006 angetreten, in einer Mischung aus Polemik und Aufklärung eine Art »kritische Gegenöffentlichkeit« zu schaffen, die sich neben typisch antideutschen Gebieten wie Antisemitismus, dem Nahostkonflikt und Islamismus auch auf Fußballthemen konzentriert. So sieht er etwa im Unmut, der Fußballvereinen wie dem FC Bayern München oder dem RB Leipzig entgegenweht, nichts weniger als antisemitische Ressentiments, die einer verkürzten Kapitalismuskritik entspringen würden. Trotz des eigenwilligen Ansatzes erfreut sich der Blog zunehmender Beliebtheit, so daß Feuerherdt seine kritische Intervention zusätzlich nicht nur in szeneeigenen Blättern wie *konkret* oder *Jungle World* plazieren kann, sondern darüber hinaus – man kennt und schätzt sich schließlich – in der *Jüdischen Allgemeinen*, dem *Tagesspiegel* und seit 2015 auch noch als Stammautor der Broderschen »Achse des Guten«.

Tritt Feuerherdt auch für die Verteidigung Israels ein und wird so im bürgerlichen, proamerikanischen Milieu anschlussfähig, geschieht dies dennoch aus einem radikal antideutschen Blickwinkel. Danach beschuldigt Feuerherdt die Bundesrepublik Deutschland eines subversiven Feldzugs gegen Israel, der sich im Rahmen von NGOs und der UN des Antisemitismus' der arabischen Welt und allen voran einer bevorstehenden Atombombe des Iran bedienen würde. Als wahren Endkampf haben die Antideutschen dahingehend den Konflikt zwischen Teheran und Tel Aviv im Streit um die iranische Atombombe ausgelotet.

Ein Bündnis, das sich ganz im Geiste antideutscher Kritik dem Konflikt zwischen Israel und dem Iran verschrieben hat und weit über das linksextreme Milieu hinaus als reputabel gewertet wird, ist die österreichische Initiative »Stop the Bomb« (STB). Hauptinitiator ist der Politikwissenschaftler Stephan Grigat, der sich neben seinen Tätigkeiten als Mitbegründer und wissenschaftlicher Direktor bei STB mit einer Lehrtätigkeit an der Universität Wien sowie Gastprofessuren an den Universitäten Gießen und aktuell Potsdam beschäftigt. Neben Österreich ist die Initiative besonders in Deutschland aktiv und muß als eine Art Lobbyorganisation für die Belange der politischen Rechten Israels gesehen werden, die gezielt Druck auf Politik und Wirtschaft ausübt, um den Iran bis zum Sturz des Regimes durch Sanktionen zu isolieren. Sind in dem Bündnis auch eine Vielzahl Protagonisten aus den unterschiedlichsten politischen Lagern organisiert, gilt es doch, den ambivalenten Charakter hervorzu-

heben, der Hand in Hand mit der sich ändernden Haltung der Antideutschen als Ganzes geht. So ist der Einschätzung Rudi Bigalkes zu widersprechen, wenn er in einem Artikel für das renommierte *Jahrbuch Extremismus & Demokratie* zwar den österreichischen, nicht aber den deutschen Ableger von STB im linksextrem-antideutschen Spektrum verortet; ja diesen vielmehr auf dem Weg in das »demokratische Gefilde« sieht – ohne letzteres Feld näher zu bestimmen. Nur weil sich der gespielte Ton bei den Antideutschen bisweilen verändert, bleibt doch die Melodie auch bei STB dieselbe. Nur weil sich die »Mitte« für Linksextreme öffnet, verlieren letztere nicht ihre Standpunkte.

Während mit Grigat in Österreich klar wird, wieviel antideutsche Theorie noch immer in dem Bündnis steckt, schafft der bundesdeutsche Ableger Strukturen, die den antideutschen Einfluß bis weit über die eigenen Kreise hinaus sichern sollen. So organisiert die Initiative Demonstrationen, Konferenzen und Vorträge, bei denen all jenen Protagonisten ein seriöser Touch verschafft werden soll, die doch nur Fleisch vom Fleische extrem linker antideutscher Züchtung sind: Jörg Rensmann, Andreas Benl, Ulrike Becker, Jonathan Weckerle, Simone Dinah Hartmann usw. Sie alle suchen ein Auskommen im israelsolidarischen Zirkus, bis sie zeitnah doch nur von einem bundesrepublikanischen Parteisoldat ohne links-extreme Vergangenheit ersetzt werden und als ehemals seriöse Aushängeschilder der antideutschen Israelsolidarität wieder in den Spalten von *konkret* und *Jungle World* verschwinden werden – oder aber eine gutdotierte Stelle im akademischen Betrieb erlangen.

Denn einige Antideutsche konnten durchaus im wissenschaftlichen Betrieb Fuß fassen, wie etwa die Autoren der *Bahamas* Jan Gerber und Magnus Klaue am Simon-Dubnow-Institut in Leipzig oder der bereits genannte Stephan Grigat beweisen. Ein regelrechtes Glanzstück hat demgegenüber Samuel Salzborn fertiggebracht. Als Professor für die Grundlagen der Sozialwissenschaften am Institut für Politikwissenschaft der Universität Göttingen konnte Salzborn seine wissenschaftliche Laufbahn krönen, die noch in den Spalten der üblichen antideutsch-linksradikalen

»Es handelt sich bei der deutschen Zuneigung zu den Mullahs vielmehr um eine Mischung aus Kulturrelativismus und postnazistischem Bewußtsein, aus Naivität, Feigheit und Bösartigkeit, aus Bewunderung für den antiwestlichen Furor des Regimes und ökonomischen Interessen, aus Appeasement, historischer Verbundenheit und geopolitischer Bündnisüberlegung.«

Grigat/Hartmann:
»Freundschaft statt Freiheit«, S. 61.

»Wer großdeutsch denkt, fühlt sich vertrieben.«

Samuel Salzborn: »Sind die nicht eh' bald tot?«, S. 39.

IV. Staatspolitischer Kongreß

IM WELTBÜRGERKRIEG – 100 JAHRE VERDUN UND 75 JAHRE »BARBAROSSA«

18. und 19. Juni 2016 in Schnellroda

Programm u.a.:

»100 Jahre Verdun – Die Jahrhundertschlacht als Tragödie und Mythos« · N.N.

»Fluchtpunkt Europa – der Weltkrieg als Angriff der Weltmächte auf den Kontinent im Jahr 1941« · Dr. Stefan Scheil

»Deutschland im Weltbürgerkrieg der Ideologien« · Siegfried Gerlich

Gemeinsames Abend- bzw. Mittagessen, offener Abend, Kaffee und Bücher im Rittergut Schnellroda

Anmeldung unter:

Institut für Staatspolitik

Rittergut Schnellroda

06268 Steigra

Tel./Fax: (034632) 9 09 42

institut@staatspolitik.de

www.staatspolitik.de

staatspolitik.de

»Sollte der antizionistische Antisemitismus am Ende doch die Dominanz behalten [...], bleibt zu hoffen, daß ein Grundsatz der bisherigen deutschen Politik gewahrt bleibt: Antisemiten können keine Koalitionspartner sein.«

Salzborn/Voigt: »Antisemiten als Koalitionspartner?«

Periodika wie *konkret*, *Jungle World* und *Bahamas* begann. Der wissenschaftliche Karriereerfolg kommt dabei nicht von ungefähr, erreichte Salzborn doch mit Wortmeldungen, Gastbeiträgen und Interviews in regionalen und überregionalen Tages- und Wochenzeitungen sowie einer Reihe wissenschaftlicher Aufsätze, Monographien und Herausgeberschaften eine breite Öffentlichkeit. Dazu weist ihn die Bundeszentrale für politische Bildung seit 2016 als Experten für Rechtsextremismus aus. Mit wem wir es bei Samuel Salzborn zu tun haben, zeigen dagegen erst Beiträge aus einer Zeit, bevor er sich an Posten der aufblühenden »Staatsantifa« unter der Kanzlerschaft Schröders anbot. So befaßte er sich in einer Mehrzahl seiner Artikel mit dem Bund der Vertriebenen (BdV), dem er in klassisch linksextremistischer Diktion vorwirft, eine »Regermanisierung Osteuropas« voranzutreiben. Eine Kritik des BdV könne daher nur mit einer »vollständigen Absage an das nationale Kollektiv« einhergehen.

Was die Deutschen im Innersten zusammenhalte, sei, so Salzborns Denke, schon immer der unausgesprochene Willen gewesen, in Zeiten der Krise auch die letzten Überbleibsel des Fremden durch Wiederholung der Untaten von damals auszulöschen. Salzborn bringt dies auf die bündige Formel: »Soziale Frage in Deutschland ist notwendig Pogromaufruf.«

Wenn Salzborn heute auch eher »altersmilde« daherkommt und weniger deutliche Texte in renommierten Organen verfaßt, so zeigt dies, wie anschlussfähig das antideutsche Spektrum dank zwischenmenschlicher Kontakte in der deutschen Publizistik geworden ist. So nimmt gerade die Kritik eines Antisemitismus, der sich in allen Facetten der Gesellschaft zeige, einen maßgeblichen Platz in Salzborns Schriften ein. Daß der Antisemitismusvorwurf dann ausgerechnet mit Verve die Partei Die Linke erwischen sollte, kann nur denjenigen verwundern, der Salzborn als einen Wissenschaftler mit genuin antideutscher Vergangenheit erkennt. Zusammen mit Sebastian Voigt veröffentlichte er im Jahr 2011 einen Beitrag, der der Linkspartei nicht weniger vorwirft, als unter dem Banner eines »antizionistischen Antisemitismus« an einer »links-jihadistischen Querfront« gegen Israel zu arbeiten, und der Partei damit eine kaum zu bändigende Antisemitismusdebatte in allen bürgerlichen Medien einbrachte.

Salzborns Weggefährte Voigt wiederum ist kein außenstehender Kritiker, sondern Mitbegründer des »Bundesarbeitskreises Shalom« (BAK Shalom). Diese organisatorische Plattform innerhalb der Partei Die Linke hat es sich zur Aufgabe gemacht, gegen Antisemitismus, Antizionismus, Antiamerikanismus und »regressiven Antikapitalismus« in den eigenen Reihen vorzugehen. Hierbei sollen bewußt Parteimitglieder an den Pranger gestellt werden und mit dem Vorwurf des Antisemitismus überhäuft werden, selbst wenn die eigene Partei davon Schaden nimmt. Dazu werden Vorträge und Demonstrationen veranstaltet, auf denen das antideutsche Netzwerk aus Grigat, Osten-Sacken und Co. nicht fehlen darf.

Und damit schließt sich eine Entwicklung, die spätestens in der 37. Ausgabe der *Bahamas* begann und mit der Gründung eines antideutschen Kreises in der als antiimperialistisch geschmähten Partei Die Linke endet.

Daß ausgerechnet das Abrisunternehmen der deutschen Linken, die *Bahamas*, diesem Treiben mit Argwohn entgegentritt, ist vielleicht der Wehrmutstropfen in der antideutschen Geschichte. Der *Bahamas* sei es nie um eine neue »Volksfront« zwischen Deutschland und Israel gegangen, sondern um Kritik der bestehenden Verhältnisse. Daß diese Kritik bisweilen eigenartige Züge annehmen konnte, beweisen die Auswüchse des antideutschen Netzwerks mehr als deutlich. Tatsächlich treibt die Kritik der Bahamiten in Zeiten der sogenannten Flüchtlingskrise solch ungewohnte Blüten, die bei ihren Landsleuten selbst dann nicht auf Zustimmung treffen dürfte, wenn sie auch zivilisatorische Standards hochleben lassen.

Mittlerweile mahnt Justus Wertmüller ausdrücklich, die deutsche Souveränität gegen die Merkelsche Politik der offenen Grenzen zu verteidigen. In Zeiten der »Faschisierung ohne Faschisten«, in Zeiten der »Aufhebung des Staates ohne Revolutionäre« müsse der schlichte Vorrang des Rechts gegen die im »Bündnis von Regierung und Helfersdeutschen betriebenen Abschaffung« bewahrt werden; in diesen »vorfaschistischen« Zeiten müsse die antideutsche Kritik alles daran setzen, die »Funktionen des Staates und Aspekte der Nation zu bewahren und zu stärken«. Wertmüller als Verteidiger des deutschen Staates, Salzborn an der Uni, Küntzel in der Welt – antideutsche Situationskomik im Jahr 2016. ■

Literaturhinweise:

Alexander Feuerherdt: »9/11: Der Offenbarungseid (nicht nur) der Linken«, *achgut.com*: 15. März 2016;

Stephan Grigat/Simone Dinah Hartmann: »Freundschaft statt Freiheit. Warum die Mullahs Deutschland lieben und die Bundesrepublik Israel im Stich läßt«, in: von der Osten-Sacken/Piecha/Feuerherdt: *Verratene Freiheit. Der Aufstand im Iran und die Antwort des Westens*, Berlin 2010;

Initiative Sozialistisches Forum: »Der Kommunismus und Israel«, in: *Bahamas* 38/2002, Nr. 38, S. 17;

Matthias Küntzel: *Djihad und Judenbass. Über den neuen antisemitischen Krieg*, Freiburg 2002;

Thomas von der Osten-Sacken/Oliver M. Piecha/Alex Feuerherdt: »Der ›Sozialismus des 21. Jahrhunderts‹ oder Die Globalisierung des Mahdi«, in: von der Osten-Sacken/Piecha/Feuerherdt: *Verratene Freiheit. Der Aufstand im Iran und die Antwort des Westens*, Berlin 2010;

Samuel Salzborn: »Sind die nicht eh' bald tot? Zur Kritik der Kritik an den ›Vertriebenenverbänden‹«, in: *Bahamas* 25/1998, S. 39;

Samuel Salzborn/Sebastian Voigt: »Antisemiten als Koalitionspartner?«, in: *ZfP* 3/2011, S. 290–309;

Justus Wertmüller: »Sind wir nicht alle Staatsfeinde? Antideutsche finden keine Antwort auf den islamischen Terror«, in: *Bahamas* 72/2015, S. 17–21.

Autoren dieses Heftes

Thomas Fasbender, 1957, lebt seit 1992 als Unternehmer und Journalist in Rußland.
Freiheit statt Demokratie. Rußlands Weg und die Illusionen des Westens, Waltrop 2014

Siegfried Kabisch, 1985, überlebt nach dem Abschluß eines Studiums der Mathematik in Saarbrücken. Als geläuterter Antideutscher beobachtet er die Szene mit passivem Interesse.

Benedikt Kaiser, 1987, studierte Politikwissenschaft mit europaspezifischer Ausrichtung in Chemnitz. Er arbeitet beim Verlag Antaios.
Phänomen Inselfaschismus, Kiel 2013

Ellen Kositzka, 1973, arbeitet als Redakteurin der *Sezession* und als freie Publizistin. Sie erhielt 2008 den Gerhard-Löwenthal-Preis für Journalisten.
Gender ohne Ende, 4., erweiterte Auflage, Schnellroda 2016

Götz Kubitschek, 1970, gründete und führt den Verlag Antaios und ist verantwortlicher Redakteur der *Sezession*.
Die Spurbreite des schmalen Grats. 2000–2016, Schnellroda 2016

Dr. Erik Lehnert, 1975, ist Philosoph und arbeitet als Geschäftsführer des Instituts für Staatspolitik (IfS). Tätigkeit als Herausgeber:
Deutsche Orte, Band 4 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2014;
Deutsche Daten, Band 5 des *Staatspolitischen Handbuchs*, Schnellroda 2016 (in Vorbereitung);
Armin Mohler: *Lieber Chef ... Briefe an Ernst Jünger 1947–1961*, Schnellroda 2016

Martin Lichtmesz, 1976, ist freier Journalist.
Kann nur ein Gott uns retten? Glauben, Hoffen, Standhalten, Schnellroda 2014;
Ich bin nicht Charlie. Meinungsfreiheit nach dem Terror, Schnellroda 2015

Thomas Schmidt, 1978, ist Politikwissenschaftler, beschäftigt sich beruflich mit Sicherheitsthemen und gehört zu den Betreibern der Seite ernstfall.org.

Nils Wegner, 1987, studierte Geschichts- und Kulturwissenschaften in Gießen und Hamburg. Er arbeitet für den Verlag Antaios sowie das Institut für Staatspolitik.
Die deutsche Geschichte geht weiter ... Die Brüder Marcel und Robert Hepp und ihr politischer Weg in den 1950er und 1960er Jahren, Berlin 2015

Michael Wiesberg, 1959, in Kiel, Studium der Evangelischen Theologie und Geschichte. Arbeitet als Lektor und als freier Journalist.
Botho Strauß. Dichter der Gegen-Aufklärung, Dresden 2002

Linke Netzwerke und die Syrien-Berichterstattung

von Benedikt Kaiser

Sommer 2014: Zwei Kabarettisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nehmen sich in der ZDF-Politsatiresendung »Die Anstalt« die »Medienschaffenden« vor, speziell jene der schreibenden Zunft, von der *FAZ* bis zur *Zeit*. Thema: Außenpolitische Berichterstatter und ihre Beeinflussung durch transatlantische Lobbys. Die informative Aufklärungsarbeit endet damit, daß einer der beiden Satiriker die (überspitzte wie treffende) Folgerung äußert: »Aber dann sind ja alle diese Zeitungen nur so etwas wie die Lokalausgaben der Nato-Pressestelle!«. Antwort des Partners: »Das haben jetzt Sie gesagt. Aber Sie haben es schön gesagt.«

Es kam, wie es kommen mußte. Einige der Porträtierten, darunter die prominentesten »Meinungsmacher« der bundesdeutschen Presselandschaft, versuchten, die Verbreitung der Sendung – insbesondere natürlich der darin enthaltenen Botschaft: kaum ein Journalist ist nicht transatlantisch gebunden – zu stoppen. Es ging unter anderem um die Atlantik-Brücke, den American Council on Germany, das Aspen Institute und ähnlich ausgerichtete Netzwerke zur Beeinflussung öffentlicher Meinung. Sie alle haben zahllose prominente Mitglieder, sie alle profitieren vom lancierten Ping-Pong-Spiel zwischen Lobby-Journalisten und Lobby-Politikern, die sich gegenseitig die Bälle zuspielen. Noch bekannter und global hyperaktiv ist der Multimilliardär George Soros. Dessen Open Society Foundations arbeiten recht erfolgreich in Dutzenden Staaten, vor allem in Osteuropa und im Nahen Osten, auf »gesellschaftlichen Wandel« hin. Das meint in Soros' Lesart: offene Grenzen und freie Märkte, Abbau von ethnokulturellen Traditionen und religiösen Werten, Förderung einer politisch korrekten »One-World«-Terminologie oder auch die unverhohlene Absicht, der liberalkapitalistischen Globalisierung widerspenstige Regierungen und Staaten mit »Regime Change« heimzusuchen – die Souveränität eines Staates ist längst irrelevant.

Wir bewegen uns hier im obersten, effektivsten und geläufigsten Bereich der außenpolitischen Meinungsbeeinflussung durch Netzwerke und Lobbygruppen. Aber auch unterhalb dieser Seilschaften und Strukturen gibt es Netzwerke, die mittels außenpolitischer Initiativen und dank zwischenmenschlicher Kontakte Meinungen »setzen« und geschult auch außerhalb ihres genuinen Umfelds plazieren können. Dies gilt gerade auch für kleinere linksliberale und extrem linke Netzwerke, die durch geschickte Vernetzung mit Akteuren der Leitmedien ihre eigenen Inhalte in die massenmediale Berichterstattung einfließen lassen. Die Größe der jeweiligen Interessengruppe ist dabei weniger bedeutend als die personelle Schnittstelle zu Verteilerknoten öffentlicher Meinungsbildung. Besonders deutlich wird dies anhand der seit mehreren Jahren dominierenden Syrien-Berichterstattung, bei der unterschiedliche Akteure relevant sind, darunter – als Versuch einer Kategorisierung – »scheinseriöse«, »extreme« und »humanitäre«. Für jeden dieser Typen gibt es ein Musterbeispiel.

»Viele Menschen träumen zwar davon, die Welt zu verbessern, aber ich bin in der glücklichen Lage, es zu tun.«

George Soros, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 19. Mai 2010

»Das Recht der Souveränität mancher Staaten, wie Syrien oder Irak, spielt in den Gedanken und Handlungen der NATO bzw. einzelner Mitgliedstaaten seit langem keine Rolle mehr.«

Erklärung von Alexander S. Neu (MdB, Die Linke) am 29. Juli 2015

I. Der Scheinseriöse

Kurz nach Beginn des von außen importierten und angefachten Syrienkrieges stützten sich die Leitmedien dieser Welt – von CNN über TFR bis ARD, von *New York Times* über *Le Monde* bis FAZ – auf die Informationen einer sogenannten Syrian Observatory for Human Rights (Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte). Man schätzte wohl schon den Klang des Namens: »Syrisch«, das macht die Informationen glaubwürdiger, authentischer, »Beobachtung«, das wirkt hellwach und aufmerksam, und die Rhetorik von durchzusetzenden »Menschenrechten« als »ideologischer Verkleidung der Globalisierung« (Alain de Benoist) gilt immer dann als nutzbringend, wenn ein beliebiger »Tyran« – diesmal: Baschar al-Assad – den ökonomischen und politischen Interessen der transatlantischen Fronde im Wege steht. Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte also, zitiert in allen relevanten Medien Deutschlands, angeführt als Quelle für Verletzten- und Todeszahlen, Frontverläufe oder auch angebliche Verwerfungen innerhalb des regierungstreuen Lagers. Ein großes Netzwerk syrischer Journalisten, Publizisten, Vor-Ort-Informanten und Regime-Insidern? Nein, nur eine einzige Person: Rami Abdurrahman (bzw. mit bürgerlichem Namen: Osama Suleiman). Es ist kaum bekannt, wen Herr Abdurrahman in Syrien tatsächlich kennt und von wem er Informationen bezieht, denn er lebt nicht in Damaskus oder Aleppo, sondern im englischen Coventry, in einer mittelenglischen Stadt rund 150 Kilometer nördlich von London. Dort, in einer Zweizimmerwohnung im Hause des Bekleidungsgeschäfts seiner Ehefrau, surft der britische Staatsbürger durch die virtuelle Welt der Kriegsberichterstatte und sucht sich seine Themen zusammen, die er, nun ideologisch in Schwung und in Form gebracht – also die Opposition verklärend, das Regime diabolisierend, dem Westen die gewünschten Schlagzeilen soufflierend – wiederum über seinen Blog verbreitet. Dann speisen die sich ihm verbunden zeigenden Akteure des medialen Mainstreams dessen Schätzungen und Wertungen auf direktem Wege in die Berichterstattung von Tagesschau und anderen Nachrichtenformaten ein. Was wie ein Ammenmärchen klingen mag, was in einer modernen, mündigen und »aufgeklärten« Gesellschaft schier unglaublich erscheint, ist Alltag. Wie so oft liegt dieser Konstellation aber keine Verschwörung ominöser, klandestin agierender Kreise zugrunde, sondern die Banalität des Netzwerkes. Der prowestliche Linkliberale Abdurrahman verstand es durch eine geschickte Mischung aus Marktschreierei und scheinbarer Ausgewogenheit bei brandaktueller Berichterstattung von Konfliktbeginn an, sich als Informant der Medienwelt in Szene zu setzen. Die auf transatlantischer Linie stehende europäische Öffentlichkeit fordert, er liefert; er googelt Neuigkeiten zusammen und spitzt zu, die Medienwelt greift es entsprechend auf und transportiert die gewünschten Informationen in die Wohnzimmer der hiesigen Medienkonsumenten, denen freilich nicht offenbart wird, daß es sich nicht um eine unabhängige Institution handelt, sondern um eine One-Man-Show mit rasendem persönlichem Haß auf ein Land und seine Regierung. Abdurrahman, der schon seit 2006 auf entsprechend eintönige Anti-Assad-Berichterstattung fokussiert war, knüpfte als »authentischer« Oppositioneller – er war vor seinem Exil wohl mehrfach in syrischer Haft – mit Ausbruch des Konflikts in der Levante rasant Kontakte und wurde von britischen Journalisten popularisiert. Bereits im Herbst 2011 – der Syrienkrieg steckte in den Kinderschuhen – erhielt er dann eine Audienz des (damaligen) britischen Außenministers William Hague: Eine Erfolgsgeschichte begann, die bis heute anhält. Sie zeigt, mit welchem geringem Aufwand Informationen und Thesen globale Verbreitung finden können, aber auch, wie gleichförmig die vorgeblich vielfältige Presselandschaft gerade in Deutschland ist, wenn »linke«, »liberale« und als »konservativ« geltende Publikationen stets dieselbe Ursprungsquelle anführen. Ein breiter Wahrnehmungshorizont ist eo ipso ausgeschlossen.

II. Die Extremen

Ebenfalls von einem sehr eingeschränkten Blickwinkel aus agiert die bundesdeutsche Initiative »Adopt a Revolution« des Vereins »about:change«. Die aus der äußersten Linken stammende Gruppe operiert ebenfalls weder von Damaskus noch von Aleppo aus, sondern hat ihren Sitz in Leipzig – an der Meldeadresse eines Cateringunternehmens. Adopt a Revolution

»Der Krieg in Syrien wurde vom ersten Tag an von außen angeheizt und lockte die linken »demokratischen Interventionisten« aller westlichen Länder an, als deren Bodentruppe Dschihadisten verschiedener Nationen fungieren.«

Arnold Schölzel: »Möbilmachung im Mehrringhof«, in: *junge Welt* vom 25./26. Juli 2015

»Ich bin es leid, dauernd diese Reden von Menschenrechten und Demokratie zu hören, die ja nur dann gültig sind, wenn die betroffenen Länder wirtschaftlich oder strategisch in das westliche Konzept passen.«

Peter Scholl-Latour, in: *Münchener Merkur* vom 10. März 2015

»Was die meisten Medien als »Wahrheit« verkaufen, haben sie von der »Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte« erfahren, die (...) von einem ausgewiesenen Assad-Gegner betrieben wird. Er gibt vor, in Syrien ein weit verzweigtes Netz von Informanten zu besitzen. Allerdings nur auf seiten der Rebellen, was eine gewisse Färbung der Berichte aus Syrien vermuten läßt.«

Gerrit Hoekman: »Die tauben Ohren der Medien«, in: *junge Welt* vom 24. Juni 2015

»Die Antideutschen als unbedeutende Sekte innerhalb des politischen Linksextremismus zu charakterisieren, verkennt die Tatsache, daß mittlerweile nicht nur das gesamte Spektrum der »autonomen Antifa« in ein antiimperialistisches und ein antideutsches Lager gespalten ist. Vielmehr kennen die Antideutschen innerhalb des Milieus der bürgerlich-demokratischen Mitte einen gewissen Einfluss geltend machen. So besetzt ein (...) Teil (...) universitäre Posten, publiziert in Medien wie *Die Welt* oder wird realpolitisch über Kampagnen wie »Stop the Bomb« aktiv, ohne daß der antideutsche Hintergrund der Protagonisten hinreichend zur Kenntnis genommen wird.«

Rudi Bigalke: »Mit Israel zur staaten- und klassenlosen Weltgesellschaft«, in: E. Jesse, R. Sturm (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland und Europa. Geschichte, Herausforderungen, Perspektiven*, Berlin 2015, S. 247–263, hier S. 248

»Dass weiterhin die überwiegenden Fluchtursachen die Angriffe durch Fassbomben, Belagerungen, aber auch die stetig steigende Präsenz der russischen Luftangriffe sind, davon berichten unsere syrischen Partner ebenso wie die vielen Vertriebenen, die in Europa angekommen sind. Ihnen haben wir in einer einzigartigen Umfrage zu Fluchtursachen eine Stimme hierzulande gegeben – denn hier wie dort streitet die junge syrische Zivilgesellschaft für eine bessere Zukunft.«

[Fehler im Original]

Online:
adoptrevolution.org

»Die syrische Regierung setzt Faßbomben gegen die Zivilbevölkerung ein, heißt es allenthalben. Belege dafür gibt es kaum. Die tausendfache Wiederholung der Behauptung begründet aber für den Westen die Notwendigkeit des Sturzes Assads.«

Vorbemerkung zu: Joachim Guillard: »Mittel der Kriegführung«, in: *junge Welt* vom 26. Januar 2016

hat es sich zum Ziel gesetzt, die syrische »Zivilgesellschaft« zu stärken und – darunter geht es offenbar nicht – die Regierung Assad zu bekämpfen. Man soll eifrig spenden und wird – auch darunter geht es nicht – sogleich »Pate der Revolution«, und das ganz bequem auf dem WG-Sofa, während das syrische Volk unter den zivilisationsbrechenden Folgen der »Revolution« darbt. Eine der Hauptprotagonisten des dazugehörigen Periodikums *adopt a revolution* ist Hannah Wettig, die als Autorin der als »antideutsch« geltenden Wochenzeitung *Jungle World*, dem Autonomen Monatsblättchen *analyse & kritik* oder auch – wen wundert es angesichts der »transatlantischen Einheitsfront« noch – in der Springer-Tageszeitung *Die Welt* publizistische Erfahrungen sammelt. Man ist vernetzt, man kennt sich, man spielt sich die Bälle zu. Größter Coup der Mini-NGO war bis dato eine fragwürdige »Umfrage« unter syrischen Flüchtlingen in Deutschland, die besonders anschaulich darlegt, wie man sich dieses Zusammenspiel vorstellen muß.

Im Oktober 2015 lud die Initiative ins Haus der Bundespressekonferenz ein, um eine Erhebung vorzustellen. 900 syrische »Refugees« wurden in verschiedenen bundesdeutschen Städten befragt, und zwar vor allem nach dem Grund für die Flucht sowie den Schuldigen an der Gewalt. Erwartbar reißerisch war der Titel der begleitenden, wie üblich die syrische Regierung dämonisierenden und die sunnitisch-fundamentalistische Barbarei relativierenden Pressemitteilung: »Umfrage: Mehrheit syrischer Flüchtlinge flieht vor Assad-Regime, nicht vor Islamischem Staat (IS)«. Ob *Spiegel* oder *Süddeutsche Zeitung* – man gab die krude Botschaft, die als »empirische« Bestätigung der eigenen ideologischen Syrien-Agenda erschien, so weiter. Im Gespräch mit Anne Will nutzte gar Kanzlerin Angela Merkel die steilen Adopt-a-Revolution-Thesen zu Flüchtlingsmotiven vor über drei Millionen Fernsehzuschauern.

Die Onlineplattform »Krautreporter« hat die Fakten geprüft und stellte fest, daß diese bereitwillige Adaption der Umfrageergebnisse durch Massenmedien und Politik gänzlich unbegründet war, denn, so lautet die Kritik, wenn »grundlegende wissenschaftliche und journalistische Standards eingehalten (worden) wären, hätte sie nicht so viel Aufmerksamkeit bekommen dürfen«. Die wichtigsten Gründe sind einleuchtend:

- ◆ Die Umfrage war nicht repräsentativ (man weiß nicht, wer und warum befragt wurde; man weiß noch nicht mal, welche und wie viele Syrer in die BRD kommen).
- ◆ Die Umfragenmacher ignorierten bereits vorhandene Daten (etwa vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge).
- ◆ Bei der wohl entscheidenden Frage – vor wem wird geflohen (Mehrfachantwort möglich)? – stand Assad an der Spitze, aber nur, da alle »oppositionellen« Akteure (d. h. auch: IS, al-Nusra und Co.) getrennt aufgeführt wurden.

Rechnet man diese Terrorbanden zusammen, sind freilich sie der Hauptfluchtgrund, und Krautreporter Rico Grimm stellte folgerichtig fest, daß anhand dieser nun anders berechneten Ergebnisse die Überschrift ebenso hätte lauten können: »Umfrage: Mehrheit syrischer Flüchtlinge flieht vor Assads Gegnern, nicht vor Assad-Regime«. Gewiß wäre das aber nicht im Sinne der bereitwillig wartenden Medienlandschaft gewesen; diese Überschrift war weder ideologisch gewollt noch hätte sie für Aufmerksamkeit für die Urheber der Umfrage gesorgt. Der »Propagandatrupp« (*junge Welt* über das Leipziger Regime-Change-Netzwerk) ignorierte freilich die Kritik, verbreitet weiterhin die Mär von Faßbomben als Fluchtmotor und wirbt für einen Kollaps der syrischen Regierung (und damit des Staates an sich) – trotz aller unfäßbarer humanitärer Katastrophen, die bekanntermaßen daraus resultieren würden bzw. in jenen Teilen Syriens bereits eingetroffen sind, die nicht mehr von der Regierung und ihren Verbündeten gehalten werden.

III. Der Humanitäre

Eine solch extrem ignorante Haltung, wie sie bei Adopt a Revolution Usus ist, dürfte auch dem Publizisten Thomas von der Osten-Sacken gefallen. Der Kopf einer kleinen NGO namens WADI e.V. ist nicht nur Stammautor der *Jungle World*, sondern ist als »Experte« mitunter auch in den Spalten der Springer-Presse oder in den Nachrichten des bundesdeut-

schen öffentlich-rechtlichen Rundfunks aktiv. Auch hier gilt: Sein persönliches Netzwerk mit Kontakten in den Mainstream (*Bild*-Zeitung, *Die Welt*, ARD etc.) hinein erleichtern die Positionierung eigentlich randständiger, da bizarrer Standpunkte. Und: Auch er gehört dem antideutschen Spektrum der Linken an und sieht in Syriens Regierung und seinen Verbündeten das größere Übel gegenüber wohl vernachlässigbaren Faktoren wie islamistischen Mörderallianzen oder den Golfstaaten als »Patzen des Terrors« (Christian Ortner). Dreh- und Angelpunkt des humanitären Aktivistens, der so stark an der Unversehrtheit von Zivilisten interessiert ist, daß er militärische Interventionen – mit all ihren häufig genozidalen Folgen – gegen Syrien und den Iran fordert, ist dabei Israel. Wie im antideutschen Milieu üblich, wird dieser Staat, der erwiesenermaßen in Syrien mordende Extremisten in Krankenhäusern versorgt (was hierzulande beschwiegen wird), zur »quasi-religiösen Heilstätte verklärt« (Rudi Bi-galke). Alles weitere leitet sich von diesem Fetisch ab, nimmt die Gedankenfolge bisweilen auch groteske Züge an. Osten-Sacken kritisierte etwa ausgerechnet Adopt a Revolution dafür, eine Protestdemonstration im Jemen gegen saudische Einmischung in jemenitische Angelegenheiten auf Facebook hervorgehoben zu haben. Immerhin, so Osten-Sacken, wären da doch wohl auch schiitische Protestler zusammengekommen, die wiederum möglicherweise den Houthi-Rebellen nahestanden, die wiederum pro Assad eingestellt sind und überdies eine Nähe zum Iran aufweisen, der wiederum nichts anderes als die baldige Vernichtung Israels anstrebe. Diese beinahe als paranoid zu klassifizierende Projektion hat selbstredend wenig mit der realen Lage im Nahen und Mittleren Osten, viel aber mit der Stärkung der israelischen und westlerischen Position zu tun, an der es Osten-Sacken gelegen ist.

Freilich: Solcherlei öffentlich geäußerte Gedankenabfolgen sind normalerweise eher ein Fall für kleine, äußerst spezifische Nischen innerhalb der politikwissenschaftlichen Extremismusforschung und weniger für einen Beitrag in der *Sezession*. Dem wäre auch tatsächlich so, wenn Osten-Sackens Beiträge auf die üblichen Szene-Periodika wie *Bahamas*, *konkret* oder *Jungle World* beschränkt blieben. Tatsächlich schreibt er aber eben zudem Beiträge in massenmedialen Verstärkern wie der *Bild*, wo er hochtrabend mal als humanitärer Aktivist, mal als »Geschäftsführer der deutsch-irakischen Hilfsorganisation WADI e.V. und Autor«, mal als »Nahost-Experte« vorgestellt oder interviewt wird. In keinem einzigen Fall wird jedoch erwähnt, in welchem illustrem Milieu er verkehrt und ebenfalls publiziert. Das persönliche Netzwerk – auf Facebook und anderswo ohne Scheu preisgegeben – greift, der transatlantische und israel-solidarische Kitt vereinigt einmal mehr Publizisten der äußersten »antideutschen« Linken und relevante Meinungsmultiplikatoren der deutschen Leitmedien.

Diese drei – beliebig erweiterbaren – Beispiele aus der Welt der Beeinflussung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung am Beispiel des Syrienkriegs zeigen, wie gänzlich unterschiedliche Netzwerke aus randständiger Position heraus außenpolitische Berichterstattung beeinflussen können. Die Integration insbesondere antideutsch orientierter Personen in den Konsens des politmedialen Hauptstroms der bundesrepublikanischen Gesellschaft gelingt dabei ohne Störgeräusche. Adopt a Revolution, Thomas von der Osten-Sacken und andere Akteure werden bereitwillig gehört und ihnen Podien geboten. Denn mit diesen transatlantischen, israelaffinen und neoliberalisierten Positionen ist die extreme Linke keine Gefahr mehr fürs liberale und westlerische Establishment, sondern der bereitwillige Dienstleister und zuspitzende Flankengeber für die hegemoniale Meinung der herrschenden Klasse: *Bild* und Co. verwandeln deren paßgenaue Vorlagen allzu gerne. ■

Diese drei – beliebig erweiterbaren – Beispiele aus der Welt der Beeinflussung der öffentlichen und veröffentlichten Meinung am Beispiel des Syrienkriegs zeigen, wie gänzlich unterschiedliche Netzwerke aus randständiger Position heraus außenpolitische Berichterstattung beeinflussen können. Die Integration insbesondere antideutsch orientierter Personen in den Konsens des politmedialen Hauptstroms der bundesrepublikanischen Gesellschaft gelingt dabei ohne Störgeräusche. Adopt a Revolution, Thomas von der Osten-Sacken und andere Akteure werden bereitwillig gehört und ihnen Podien geboten. Denn mit diesen transatlantischen, israelaffinen und neoliberalisierten Positionen ist die extreme Linke keine Gefahr mehr fürs liberale und westlerische Establishment, sondern der bereitwillige Dienstleister und zuspitzende Flankengeber für die hegemoniale Meinung der herrschenden Klasse: *Bild* und Co. verwandeln deren paßgenaue Vorlagen allzu gerne. ■



xxx

»Israel hat die »Revolution« gegen Präsident Baschar Al-Assad mit »adoptiert«, evakuiert verletzte Dschihadisten und pflegt sie in Krankenhäusern für den nächsten Kampfeinsatz gesund. Kaum einer regt sich darüber auf. Im Gegenteil.«

Rüdiger Göbel: »Doppel-moral«, in: *junge Welt* vom 30. Juli 2015

»Die Gedanken der herrschenden Klasse sind in jeder Epoche die herrschenden Gedanken, d.h. die Klasse, welche die herrschende materielle Macht der Gesellschaft ist, ist zugleich ihre herrschende geistige Macht.«

Karl Marx/Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie*, MEW, Bd. 3, S. 46

Schlingen im Widerstandsmilieu

von Götz Kubitschek

Die Zusammenstellung einiger Aufsätze aus den vergangenen fünfzehn Jahren für ein Buch abschließend, dachte ich noch einmal über den Titel dieser Sammlung nach: »Die Spurbreite des schmalen Grats« – zwischenzeitlich schien mir »Auf der anderen Seite des Flusses« besser zu passen, des mitschwingenden Abstands und der inhärenten Passivität wegen. Doch nein: Wir sind Akteure, tragen Verantwortung und sind auf schmalem Grat unterwegs.



Auf der ersten Seite der »Reflexionen über Fleck und Linie« von Botho Strauß, 1992 erschienen unter dem Titel *Beginnlosigkeit*, findet sich eine prekäre Positionsbestimmung, die natürlich nicht ausdrücklich für die Neue Rechte gedacht und notiert wurde. Aber wir können sie so lesen und als Warnung wahrnehmen, und sie ist wahrnehmbar nur, wenn dieses für die ganz andere Sicht auf die Lage so bedeutsame, rechtsintellektuelle publizistische Milieu in seinem Galopp durch die günstige Stunde innehält und horcht: »In der Ferne tuten die kleinen Signalhörner und melden, daß eine Sprengung in der Schlucht bevorsteht.« (*Beginnlosigkeit*, S. 7)

In der Tat: Es steht eine Sprengung bevor. Das Altparteien-Kartell könnte beispielsweise nicht ergänzt, sondern geradezu auseinandergejagt werden, die Selbstsicherheit des Establishments könnte implodieren oder das Lügengebäude, das die Mainstream-Medien errichtet haben und durch das es längst zieht und pfeift, weil es vielleicht doch eher ein Lückengebäude ist. Aber es könnte auch uns selbst erwischen, und deshalb müssen wir nachdenken über eine Sprengung, die uns erledigen könnte, uns und damit das über lange Jahre aufgebaute, nun durch einen politischen Arm komplettierte Widerstandsmilieu aus Zeitungen, Zeitschriften, Verlagen, Initiativen und einer Partei. Gehen wir also davon aus, daß die Signalhörner uns nicht ein Halali blasen, sondern daß sie uns warnen sollen.



Wie ist die Lage? Jedes einzelne Element im Widerstandsmilieu Deutschlands hat in den vergangenen drei bis fünf Jahren Ausdehnungsmöglichkeiten vorgefunden und genutzt (in seltenen Fällen auch nicht), die zuvor nicht denkbar waren. Das Tor geöffnet für diesen Einmarsch konservativer, neuerer, nationaler Projekte in den Wahrnehmungsbereich der Masse hat zweifelsohne Thilo Sarrazin mit seinem unerreichten Bestseller *Deutschland schafft sich ab*, der nur so funktionieren konnte, wie Sarrazin ihn anlegte: wissenschaftlich und trotzdem gut lesbar, konstruktiv und doch schockierend, bei einem großen Publikumsverlag angesiedelt, vorgetragen von einem SPD-Mitglied in parteiunabhängiger Spitzenposition, der habituell nicht gefährlich, sondern penetrant wirkt, uneitel und dabei mutig,

»Wer oft vielen dasselbe mitzuteilen hat, der besitzt seine Einsichten als Wertesachen, als kommunikationsgeprüfte geistige Fertigteile, Standardbemerkungen, eine Handvoll obstinater Ideen, kleine königliche Begierderückstände.«

Botho Strauß:
Beginnlosigkeit, S. 16



DAS MAAS
ist voll!
Vorsicht: entlaufener Politiker unterwegs!

www.enpraxen.de





EINPROZENT.DE Bürgerinitiative für unser Land

Die Bürgerinitiative »Ein Prozent für unser Land« sammelt seit Anfang November des vergangenen Jahres Unterstützer und Aktivisten für ihre vernetzende Arbeit. Zu den Initiatoren gehören der *COMPACT*-Chefredakteur Jürgen Elsässer, der Staatsrechtslehrer Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider, der AfD-Landtagsabgeordnete Hans-Thomas Tillschneider und der Verleger Götz Kubitschek. Verantwortlich für das Tagesgeschäft sind Philip Stein und Helge Hilse. Die drei Forderungen der Initiative: sichere Grenzen, innere Sicherheit und eine Debatte über die Zukunft Deutschlands.

»Ein Prozent« ist als Bindeglied zwischen den örtlichen und Demonstrationsbündnissen konzipiert und unterstützt diese Gruppen materiell, ideell, publizistisch und juristisch. Die Bürgerinitiative kann bundesweit mittlerweile in über 45 Städten Bürger für ihre Arbeit mobilisieren und hat ein eigenes Film-Team.

»Ein Prozent« arbeitet nicht ausschließlich als Vernetzungsknotenpunkt. Die Bürgerinitiative hat in den ersten sechs Monaten ihres Be-

stehens zwei Kampagnen durchgeführt, die Aufmerksamkeit in allen überregionalen Medien fanden. Zum einen trug »Ein Prozent« die Verfassungsbeschwerde, die Professor Schachtschneider beim Bundesverfassungsgericht gegen die gesetzeswidrige Flüchtlingspolitik der Bundesregierung einlegte. Daß die Beschwerde abgelehnt würde, war einkalkuliert, aber es war notwendig, diesen Weg einmal exemplarisch zu beschreiten.

Die »Wahlbeobachterkampagne« war das zweite Großprojekt der Initiative. Für die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt mobilisierte »Ein Prozent« mehrere tausend Freiwillige, die vor allem in städtischen Wahllokalen den ordnungsgemäßen Gang der Wahl und der Auszählung beobachteten. In Sachsen-Anhalt führte dies zu einer Korrektur des Ergebnisses und zu einem zusätzlichen Sitz für die AfD.

Wer »Ein Prozent« unterstützen möchte, wird im Internet fündig unter:
www.einprozent.de



und der seinem Buch als großem Tabubruch durch mehrere skandalisierte Äußerungen eine zuträgliche Erwartungsspannung verschaffte.

Was hat sich seither im publizistischen Bereich getan? Die Wochenzeitung *Junge Freiheit*, sich selbst als Sittenwächter und Maß innerhalb des Milieus begreifend, hat in diesem Zeitraum ihre Leserschaft verdoppelt (Stand derzeit: rund 25 000 Abonnenten) und durch die angegliederte »Bibliothek des Konservatismus« als seriöser Veranstalter gepunktet. Zur *JF*-eigenen Mischung aus Understatement und Zähigkeit paßt, daß sich aus der Riege der Mitarbeiter kaum Köpfe herauschälen, und daß Reibungsflächen vermieden werden. Blattlinie ist der Kurs, den der gescheiterte AfD-Gründer Bernd Lucke vorgab und dessen Ansatz man nun trotz alledem innerhalb und außerhalb der Partei fruchtbar zu machen versucht: Westbindung, gesellschaftspolitische Tendenzwende, Wirtschaftsförderung, Eurokritik, Bürgerlichkeit, Beteiligung am Establishment, korrigierendes Mittun.

Im Gegensatz dazu gehört eine Konzentration auf den Macher zum Konzept eines anderen, in Schwung gekommenen Projekts: Geradezu kompetenthaft ist das Monatsmagazin *COMPACT* zu einem publizistischen Einpeitscher vor großem, neu erschlossenem Publikum geworden (rund 45 000 verkaufte Hefte pro Monat). Es lebt dabei von der schillernden Leitfigur Jürgen Elsässer. Dieser ehemalige Antideutsche hält von der Zaghaftigkeit oder dem organischen Heranwachsen typisch konservativer Projekte nicht viel, sondern signalisiert, daß er bereit ist, das Establishment herauszufordern. Inhalt und Ton sind in wesentlichen Punkten der *Jungen Freiheit* entgegengesetzt: Absage an die Westbindung und die NATO, Freundschaft mit Rußland, Unversöhnlichkeit dem Establishment gegenüber, Forderung nach Abrechnung mit den Verantwortlichen der verheerenden Politik der letzten Jahrzehnte, Förderung revolutionärer Stimmungen.

Bleiben die in Schnellroda angesiedelten oder auf den Geist dieser Schnittstelle ausgerichteten Unternehmungen, also die medial am stärksten bearbeiteten metapolitischen Projekte innerhalb des Widerstandsmilieus. Das Interesse der Medien hat drei Gründe: Da ist erstens die Plastizität der Chiffre Schnellroda als Versammlungs- und Publikationsort, der Bilder bietet, Authentizität, Überraschungen, Ecken und Kanten, unerschrockene Melancholie und den Mut der Vorreiter, und Köpfe, also herausgeschälte, sprachlich und geistig unverwechselbare Schrittmacher und Federn; da ist zweitens der Avantgarde-Konservatismus dieses Ortes, seine Funktion als Stimmungsschmiede mit Verbindungen in alle Richtungen: Lehnert, Institut für Staatspolitik, *Sezession*, Lichtmesz, Kositzka, *Junge Freiheit*, Weißmann, Höcke, AfD, Patriotische Plattform, Tillschneider, Bachmann, PEGIDA, Elsässer, konservativ-subversive aktion, Sellner, Identitäre Bewegung, EinProzent, zwischentag, Menzel, Blaue Narzisse usf.; und da bietet sich drittens die Chance, Schnellroda als weiße Kugel zu verwenden, mit Hilfe derer auf dem grünen Tisch des Denunzianten-Billards die anderen eingelocht werden können.

Es gilt in Schnellroda nämlich die Verhaltensregel, sich von keinem zu distanzieren, der gut über das eigene Land denkt. Denn es trägt nichts aus, über die vielzuvielen Stöckchen zu springen, die einem der ebenso etablierte wie unberufene Medienvertreter oder Politiker hinhält, und über die zu springen nur vermeintlich Luft für das Eigentliche oder eine Schonfrist im geistigen Bürgerkrieg verschafft. Schnellroda ist das Zugeständnis an jeden, sich politisch geirrt haben zu dürfen, also: von der Resozialisierungsfähigkeit im Politischen auszugehen, vor allem, wenn es um Jugendsünden oder -überzeugungen geht, die noch vor zwanzig Jahren einfach irgendwo in Vergessenheit gerieten, heute aber dank der Merkfähigkeit des weltweiten Netzes an den Leuten kleben bleiben wie Napalm. Die Denunziationsmaschine, an der sich nach Vorstellung von hypermoralischer Seite jeder Bürger als Schnüffler beteiligen sollte, kennt keine politische Meinungsbildung und -entwicklung mehr, sondern überträgt die Gleichzeitigkeit des Internets auf das zu denunzierende Leben. Wohin führt das? Im Grunde doch in einen Distanzierungsautomatismus oder sogar in eine Distanzierungspanik bei jenen, die nicht in der Lage sind, den Rechtfertigungsdruck umzulenken auf den, der die Rechtfertigung verlangte. Man muß Gegenfragen stellen, muß die Funktion der in die Enge treibenden Frage zum Thema machen: Mit welchem Recht stellt der potentielle Denunziant seine Fragen? Ist seine Frage überhaupt statthaft, hat sie etwas mit dem Thema zu tun oder soll sie uns gleich ins Hintertreffen bringen?

»Neben einzelnen Akteuren, die sich unverhohlen an die Spitze der Bewegung setzen, gibt es einige, die dem politischen Spektakel interessiert zuschauen, und andere, die lieber die Augen verschließen, um nicht allzu genau sehen zu müssen, woher ihre Gewinne kommen. Aber gibt es die eine Schaltzentrale, bei der alle Fäden zusammenlaufen?

Sollte es diesen Ort geben, er müßte hier sein, am Berliner Hohenzollerndamm, laut Stadtplan noble Wilmsdorfer Lage, in der Realität eine so schnurgeade wie schmucklose Ausfallstraße. Im ersten Stock empfängt Verleger Dieter Stein in der Redaktion der *Jungen Freiheit*.«

Wirtschaftswoche
vom 11. März 2016

»Als sich das Lager derjenigen, die in den 1990er Jahren für eine realistische Kehre eintraten, unter übermächtigem Druck und Verfolgung auflöste und die einen sich anpaßten, die zweiten den Rückzug ins Private oder Berufliche antraten und nur ein Häuflein beschloß, den Weg fortzusetzen, meinte einer der Wortführer, es schied sich nun die Geister einfach an der Frage, ob man Deutschland retten wolle oder nicht.«

Karlheinz Weißmann:
Rubikon, Berlin 2016, S. 10

Es gibt aber noch eine zweite, viel größere Gefahr für uns, wir müssen ein wenig ausholen: Die Erwartung, die Teile des Volkes in unser Widerstandsmilieu setzen, ist riesig. Man muß sich bewußtmachen, daß Millionen Wähler, Hunderttausende Demonstranten, Dutzende Bürgerbewegungen und Widerstandsprojekte Hoffnung in eine Wende setzen und die Arbeit auf diese Wende hin tatkräftig, finanziell und ideell unterstützen. Es wird nun in diesen Strukturen, Städtchen, Wahl- und Demonstrationssituationen nicht penibel unterschieden, wer von ganz rechtsaußen und wer aus der liberalkonservativen Mitte herübergewechselt ist. Verbündeter ist, wer für Deutschland ist, wer Sturm läuft für sein Land oder mindestens das offene Wort pflegt.

Der massenhafte Wendewunsch des Volkes trifft allerdings auf Strukturen, die den Ansturm kaum bewältigen können. Woher für jede Demo vernünftige Redner nehmen, woher für jede Versammlung einen Sprecher, der die ärgsten, aus politischen Sackgassen auftauchenden Schwätzer in ihre Sackgassen zurückschickte? Es sind die AfD und PEGIDA, COMPACT und die JF, Sezession, PI und unsere Verlage, die den Unmut auffangen und den Hunger nach neuen Begriffen und Wirkmöglichkeiten zu einem Heißhunger auf die großen Bissen machen müssen. Wenn wir's nicht tun, kommen die Strukturen der Alten Rechten wieder zum Tragen.

Aus solchen Erwägungen heraus ist – von unserem Milieu getragen – die Bürgerinitiative »Ein Prozent für unser Land« entstanden, deren Banner und Slogans mittlerweile von über 50 Gruppen und Initiativen verwendet werden: Wir wollen nicht, daß es erneut die rückwärtsgewandten Figuren sind, die das Gesicht des Widerstands stellen. Und aus Sorge um das Bindungs-, Mobilisierungspotential und Provokationspotential neonazistischer Gruppierungen ist die Identitäre Bewegung Österreich als unnachahmliches und spektakuläres Aktionsbündnis nach vorn gesprungen und sammelt die mutigen Teile der Jugend ein, die ideologisch eben gerade nicht verlorengelassen sollen.



Wir dürfen nicht scheitern, weder im Kampf gegen die Zerstörer unserer deutschen Zukunft noch in der gründlichen Abwehr gegen Übernahmeveruche der Sackgassenbewohner von rechtsaußen.

Es ist aber die (nicht unberechtigte) Angst davor der Grund, daß sich das publizistische Schwergewicht unseres Milieus samt seiner Vordenker panisch das notwendige und auch zeitlich jetzt und nicht übermorgen gebotene Ausweiten der Denk-, Sprach- und Handlungsräume verbietet. Ginge es nach diesen Bedenkensträgern, wären Bernd Lucke und Hans-Olaf Henkel noch immer das Maß einer parteipolitischen Alternative von rechts mit establishment-geforderter Distanz nach rechts. Aber diesen Cordon sanitaire hat die Parteibasis, organisiert von ein paar grundsätzlich gestimmten Anführern, gottlob zugeschaufelt.

Dieser in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik einmalige Vorgang eines erfolgreichen Aufstands der Basis gegen eine in die falsche Richtung (in die Mitte) steuernde Führung hat die AfD in der Risikozone gehalten, und nichts scheint uns wichtiger zu sein in dieser Zeit: ohne Absicherung vorzustößen und zu sehen, wie grundsätzlich der Wendewunsch der Widerstandsfähigen formuliert und vorgetragen werden kann. Angst ist bei diesem politischen Spähtrupp-Unternehmen der denkbar schlechteste Ratgeber. Combatanden sind eher Typen wie Akif Pirinçci, die der politisch-medialen Klasse mit jenem Mangel an Respekt und Versöhnung gegenüberreten, der angemessen ist und Schockwellen auslöst: Es geht doch nicht alles so reibungslos ...



Es gab im Netz Anfang April einen Grundsatzartikel zu lesen, der die Sorgen des publizistischen Lucke-Lagers für berechtigt und dennoch für falsch hielt. Der Verfasser zog diesen Text nach zwei Tagen wieder zurück, vielleicht, weil er in ihm doch vieles ineinandergemengt hatte und mit dieser Melange zuviel wollte. Wir zitieren ausführlich:

Im Moment befindet sich das neuere, patriotische Lager in einer kritischen Phase. Der Zenit der Mobilisierung ist vorbei. Was noch immer fehlt, sind ein neuer Stil und ein neues Lebensgefühl. Ein paar Blogs und Vlogs reichen nicht: Es gibt in keiner Stadt echte Orte für die Szene.

In Phasen der Stagnation wuchert, wie von selbst, die altrechte Subkultur in das Vakuum. All das wird, da kann man sich sicher sein, mit Wohlwollen vom Verfassungsschutz und von »investigativen« Journalisten beobachtet. Sie warten auf den Moment des Zuschlagens, auf das Signal zur kontrollierten Sprengung.

Gerade wenn man diese gefährlichen Tendenzen erkennt, gerade weil viele der Akteure im neurechten Lager diesen Überblick nicht haben und als politische Neulinge und metapolitische Analphabeten agieren, ist es die Aufgabe der Problembewußten, die Spur zu halten und die Katastrophe zu verhindern. Das Widerstandsmilieu braucht neue Impulse, starke Einheit, klare Positionierungen und innere Festigung.

Noch befinden wir uns in einem historischen »window of opportunity«. Eine Wende ist theoretisch möglich. Wir haben erstmals einen Akteur, also eine starke Neue Rechte, die revolutionäre Ideen mehrheitsfähig macht und Radikalität und Professionalität in sich vereint. Die Lage ist derart drastisch, daß die Katastrophe des Großen Austauschs weit ins Bewußtsein der Bevölkerung eingedrungen ist. Diese Erkenntnis polarisiert und spaltet das ganze Volk in einen Teil, der die Auflösung Deutschlands mittragen, und in einen anderen Teil, der sie verhindern möchte.

Wer für Deutschland ist, muß siegen wollen! Die Politiker, die Meinungsmacher, die Köpfe der antideutschen Ideologie müssen selbst ausgetauscht und aus ihren Ämtern gebracht werden. Das ist die Bedeutung der Reconquista und der Revolte gegen den Großen Austausch. Sie wird von der Neuen Rechten als selbstbewußter Speerspitze der Ausgetauschten organisiert und angeführt. Sie richtet sich gegen die Austauschenden und ist nicht »antidemokratisch«, sondern sichert die Möglichkeitsbedingungen für eine deutsche Demokratie und eine volkskonservative Gegenbewegung.

Sie oder wir – drunter geht es nicht mehr. Das Lager der Revolte wird täglich größer, die Repressionsmittel der Multikultis wirken Woche für Woche schlechter und werden hektisch variiert oder brachial eingesetzt. Ziel ist, das unaufhaltsam wachsende Widerstandsmilieu in seiner derzeitigen Phase der Stagnation zu zerschlagen. Der Keil wird, wenn er nicht immer und immer abrutscht, dort den Spalt erzwingen, wo die Opportunisten in unseren Reihen bereit sind, sich von ihren weltanschaulichen Weggefährten aus taktischen Gründen zu distanzieren. Nur dann würden die PEGIDA-Gänger, die *JF*-Leser und die AfD-Basis zu Recht von vergebener Liebesmühe sprechen können und sich abwenden von unserem Kampf.

Gott sei Dank stehen die Chancen gut, daß die Multikultis bereits zu lange gewartet haben. Die entscheidenden Köpfe des Widerstandsmilieus sind zwar noch nicht intensiv vernetzt, aber sie vertrauen einander, lehnen die Pflichtübung der Distanzierung ab und sind sich dennoch einig in der Nichtbeachtung und Ausgrenzung der altrechten Restbestände. Nur Dieter Stein scheint hier mit seiner *Jungen Freiheit* die wahre Lage nicht erkannt zu haben. Wie in der »Causa Lucke« verkennt er die Stimmung, in der sich das deutsche Volk und die Lage, in der sich die Multikulti-Ideologie befindet.

Wir brauchen keine politischen Romantiker, die Pathos mit Strategie verwechseln. Wir brauchen aber auch keine Räsoneure und Taktiker, die mit ihrem ewig defensiven Abwägen, Anpassen und Abschwächen am Ende in dem aufgehen, zu dessen Bekämpfung sie einmal angetreten sind. Denn im entscheidenden Moment wäre ihre bloß taktisch und durch kein einziges handfestes, weltanschauliches Argument begründete Abgrenzung und Nichtbeachtung der Neuen Rechten fast schon ein Verrat. Es wäre der Verrat der intellektuellen Herolde an jener metapolitischen Wende, die sie selbst herbeigeschrieben haben.



Dem ist nicht viel hinzuzufügen. Er muß gewagt werden, dieser Gang. Die Signalhörner melden, wo Sprengungen erfolgen sollen. Daran vorbei muß sich die Truppe schlängeln. Und sie hätte die Unterstützung auch und gerade jener verdient, denen PEGIDA zu verbrannt, *COMPACT* zu laut, *Sezession* zu unversöhnlich und die mitteldeutsche AfD zu plebejisch ist. ■

»Eskalationsstufen der Offenen Gesellschaft im Umgang mit neuen Bewegungen:

1. Vorsorgliche Abwehr politischer Gegenwürfe durch Beschweigen, Marginalisierung und Isolierung, gebündelt in einer Strategie des Abwartens, die vor allem eine wie auch immer gear-tete Aufwertung des Gegners zu vermeiden sucht. Im Falle eines Mißerfolgs:

2. Verständnis für die neuen Ideen bei gleichzeitiger Aushebelung der Fundamentalkritik mittels symbolpolitischer (also: folgenloser) Übernahme der Kernforderungen durch bereits bestehende politische Akteure. Dabei

3. Herauslösung wichtiger Personen durch parteipolitische und finanzielle Angebote oder durch Zersetzung, Denunziation und sozialen Druck; Einbindung und Fesselung der revolutionären Kraft ins politisch-administrative System, damit also

4. Zerschlagung des Gründungskreises (mithin: Glutkerns) der Bewegung in einen »vernünftigen«, also anpaßbaren und einen »unbelehrbaren«, also für die parlamentarisch-lobbyistische Mitarbeit unbrauchbaren, nämlich nicht korrumpierbaren Teil.«

aus: Götz Kubitschek:
»Der Aufstand der Bürger«,
in: *Sezession*, PEGIDA-Sonderheft, März 2015

Der Clan als Lebens- und Geschäftskonzept

von Thomas Schmidt

Die laufende Welle der Massenzuwanderung nach Deutschland wird das Land dauerhaft verändern. Einen Ausblick auf die Art der anstehenden Veränderungen geben die Auswirkungen der Zuwanderung kurdisch-libanesischer Großfamilien, bei denen viele der problematischen Folgen von Migration aus dem Nahen Osten in konzentrierter Form auftreten. Diese Großfamilien gehören der Volksgruppe der Mhallami (auch Mhallamiye genannt) an, bei denen es sich um arabischsprachige sunnitische Muslime handelt, die vorwiegend im Südosten der Türkei sowie im Libanon ansässig sind. Angehörige dieser Gruppe reisten vorwiegend zwischen 1975 und 1990 nach Deutschland ein und siedelten sich mit Schwerpunkt in Berlin, Bremen und dem Ruhrgebiet an. Ihre zahlenmäßige Stärke wird aktuell auf rund 30 000 Personen geschätzt.

Was die Bewertung der Folgen der Zuwanderung dieser Familien angeht, so ist das Urteil von Experten fast einhellig negativ. Laut Staatsanwaltschaft Berlin etwa sind mafiose Strukturen in diesem Bereich »eindeutig vorhanden«. Die verstorbene Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig warf den auffälligen Familien die »hemmungslose Schädigung der Gesellschaft« vor, während der Sozialwissenschaftler Ralph Ghadban in ihrem Verhalten eine »Bedrohung für den sozialen Frieden« sieht. Roman Reusch, ein ehemaliger Leiter der Intensivtäter-Abteilung der Staatsanwaltschaft Berlin, warnte in diesem Zusammenhang vor künftigen »bürgerkriegsähnlichen Zuständen«. Ein Bericht einer Kommission des Bundeskriminalamts stellte außerdem fest, daß jegliche Integrationsversuche bei dieser Gruppe gescheitert seien und die Unterbindung der von ihr ausgehenden organisierten Kriminalität auch im günstigsten Fall »nur noch in Teilbereichen« möglich sein werde.

Gegenwärtig gehören unter anderem Drogenhandel, Prostitution, Raubüberfälle, Schutzgelderpressung und Menschenhandel zu den Feldern, auf denen die Familien aktiv sind. Der frühere Bezirksbürgermeister von Berlin-Neukölln, Heinz Buschkowsky, sagte dazu, daß sie aufgrund ihrer Gewaltbereitschaft und ihres besonderen ethnisch-familiären Zusammenhalts mittlerweile eine unangefochtene Führungsrolle in diesem Bereich in der Stadt einnehmen würden. Die Großfamilien unterscheiden sich dabei zunächst allgemein wenig von anderen Strukturen der organisierten Kriminalität, die ebenfalls nach dem Abstammungsprinzip organisiert sind. Kulturelle Faktoren tragen jedoch dazu bei, daß Mhallami-Clans in einigen Fällen auf besonders problematische Weise in Erscheinung treten.

Laut Bremer Polizei sind gut integrierte Libanesen in den auffälligen Familien »absolute Ausnahmen«, und laut Ralph Ghadban ist die jüngere Generation hier noch schlechter integriert als die ältere. Bis zu 90 Prozent der Angehörigen dieser Gruppe leben gegenwärtig von Transferleistungen. Die heiratsfähigen Töchter werden im Rahmen arrangierter Ehen oft

»Diese Feindseligkeiten zwischen den unterschiedlichen Großfamilien, die wie kriegerische Auseinandersetzungen wirken, bis hin zu Schießereien auf offener Straße, tauchen immer wieder in den Medien auf und verschrecken die Öffentlichkeit. Tatsächlich handelt es sich bei diesen Konflikten um geschäftliche Auseinandersetzungen, teilweise beruhen sie aber auch auf archaischen Traditionen, die mit verletzter Ehre und Blutrache zu tun haben.«

Anis »Bushido« Ferchichi: *Auch wir sind Deutschland. Ohne uns geht nicht. Ohne euch auch nicht.* München 2013, S. 204f.

an Verwandte oder an Mitglieder befreundeter Familien verheiratet, wobei die Kinderzahlen pro Frau Zahlen im Bereich von einem Dutzend und mehr erreichen können. Die Familien sind hierarchisch und patriarchisch organisiert. Sie werden von Familienoberhäuptern angeführt, denen die anderen männlichen Familienmitglieder in der Regel bedingungslos Gehorsam leisten. In der Hierarchie folgen die Söhne, wobei die älteren über den jüngeren stehen. Der Grad der entsprechenden Unterordnung wird etwa dadurch erkennbar, daß die Familien zum Teil von jüngeren Mitgliedern verlangen, sich vor Gericht zu belasten, um ältere Mitglieder zu schützen.

Es ist allerdings auch Personen außerhalb dieser Verwandtschaftsverhältnisse möglich, wichtige Rollen in den von den Familien geschaffenen Strukturen einzunehmen. Die Integration erfolgt hier auf Grundlage eines Ehrenkodex, der im Austausch für Unterstützung durch die Familie bedingungslose Loyalität einfordert. Auf Verstöße wird mit Repressalien reagiert, weshalb es nur in Ausnahmefällen Aussteiger oder Kooperationsbereitschaft gegenüber Behörden gibt. Ein orientalisches Ehrverständnis, das auf Einschüchterung und Ausübung von Gewalt beruht, ist dabei prägend für die Kultur vieler Familien. Eine Ermahnung in der Schule oder Kritik eines Nachbarn gilt als Angriff auf die kollektive Ehre, auf den man gewaltsam zu reagieren bereit ist. Einzelne Angehörige einer Großfamilie können dabei mit der Unterstützung zahlreicher männlicher Verwandter rechnen.

Ghadban zufolge werden alle außerhalb der eigenen Sippe stehenden Menschen als Feinde betrachtet, auf deren Kosten man den eigenen Wohlstand ohne Rücksichtnahme auf moralische Grenzen mehren kann. Kriminalbeamte berichten in diesem Zusammenhang, daß die Angehörigen der Clans Deutschland als »Beutegesellschaft« und Deutsche als »gebo-rene Opfer und Verlierer« betrachteten. Ein interner Bericht der Berliner Polizei gab zudem an, daß deutsche Jugendliche gezielt angegriffen würden, weil sie wegen ihrer Schwäche besonders verachtet würden.

Laut Roman Reusch findet in einigen der Familien eine »konsequente Erziehung zur professionellen Kriminalitätsausübung« statt. Gewalttätige Kriminelle, etwa die Mitglieder bestimmter Motorradbanden, würden unter den Kindern und Jugendlichen dieser Gruppe allgemein als Vorbilder betrachtet. Männliche Familienmitglieder begännen zum Teil schon im Grundschulalter damit, Straftaten zu verüben, und Haftstrafen würden in manchen der Familien als Initiationsritus verstanden.

Vorliegende Zahlen untermauern dies. Von den rund 2600 Familienmitgliedern etwa in Bremen sind laut Bremer Landeskriminalamt mehr als 1000 als Tatverdächtige registriert. Daraus ergibt sich, daß der Großteil der männlichen Erwachsenen aus dieser Gruppe in Bremen schon einmal strafrechtlich auffällig war. In Berlin werden Jugendliche mit entsprechendem Hintergrund etwa bei schwerem Diebstahl rund 16mal häufiger auffällig, und die Inhaftierungsrate ist rund 14mal höher als im Durchschnitt der gleichaltrigen männlichen Bevölkerung. Viele Straftaten werden aufgrund des gewaltorientierten Auftretens der Familien nicht mehr angezeigt, und auch Behörden scheuen die Konfrontation mit ihnen zunehmend, weil Mitarbeiter bedroht werden. Auch die Berliner Jugendrichterin Kirsten Heisig erklärte kurz vor ihrem Selbstmord, sie sei von einer Großfamilie bedroht worden, nachdem sie einige ihrer Mitglieder zu Freiheitsstrafen verurteilt hatte. Zahlreiche Straftäter aus dieser Gruppe erhalten zudem auffallend milde Strafen, genießen – falls sie zu einer Haftstrafe verurteilt werden – in Gefängnissen Privilegien und können illegale Aktivitäten auch aus der Haft heraus fortsetzen, während Freisprüche wie Siege über den deutschen Staat gefeiert werden.

Untereinander konkurrieren die Familien häufig miteinander, wobei es regelmäßig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen kommt. Gegenüber Dritten, etwa dem deutschen Staat oder anderen ethnischen Kriminalitäts- und Gewaltstrukturen, arbeiten die Familien jedoch zusammen und schlichten ihre Konflikte außerhalb des Justizsystems.

Der Erfolg der Familien stößt auch bei anderen Migranten auf Interesse. Gegenwärtig rekrutieren einige der Familien zudem gezielt Asylanten zur Verübung von Straftaten. Auch bereits länger ansässige, in der Regel muslimische Migranten suchen die Nähe zu den Familien, weil ein entsprechender Ruf bei Straftaten wie Schutzgelderpressung und Drogenhan-

»Die Rechtspflicht des Staates zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit ist in solchen Stadtbezirken langfristig nicht gesichert bzw. akut gefährdet.«

Interner Bericht der Polizei Duisburg, 13. Juli 2015

del Vorteile mit sich bringt. Die Zugehörigkeit zu einer der Familien oder deren Umfeld bringt zudem das Gefühl mit sich, ohne Furcht vor Konsequenzen Straftaten verüben oder gegen andere Menschen übergriffig werden zu können. Behördenmitarbeitern zufolge verhalten sich Angehörige der Großfamilien verbreitet gewalttätig und respektlos gegenüber anderen und reagieren bei Kritik mit Gewalt und Drohungen. Die Kinder aus diesen Familien würden zunehmend erkennen, daß vor allem Deutsche nicht dazu in der Lage seien, ihnen Grenzen zu setzen. Die bloße Erwähnung ihres Familiennamens reiche aus, um die Herausgabe von Eigentum zu erzwingen.

Daß die Polizei etwa in Bremen Opfern von Vergewaltigung durch Mitglieder dieser Gruppe geraten haben soll, zur Vermeidung weiterer Probleme auf Anzeigen zu verzichten, unterstreicht, daß die Wahrnehmung deutscher Schwäche seitens der Großfamilien nicht unbegründet ist.

In der jüngeren Vergangenheit fielen die Familien zudem durch zunehmend erfolgreiche Versuche auf, die Kontrolle von Stadtvierteln zu be-



Überforderung des Migrationsstaats im Film: Szene aus Wut (Westdeutscher Rundfunk 2005)

ansprechen und diese gegen den deutschen Staat zu behaupten. Die Polizei steht bei Einsätzen in den beanspruchten Räumen häufig aggressiven Gruppen von Männern gegenüber, die dort rasch mobilisiert werden können. Selbst Verkehrskontrollen gegen Mitglieder dieser Familien sind aufgrund des zu erwartenden Widerstands mit den vorhandenen Mitteln kaum noch durchsetzbar. In Teilen des Ruhrgebiets ist in diesem Zusammenhang laut Polizeiangaben die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung akut gefährdet.

Flankiert werden gewaltsame Ansätze zur Kontrolle von Räumen durch politische Anstrengungen. In Gelsenkirchen etwa hat das Oberhaupt einer der Großfamilien der Polizei angeboten, in Problemvierteln für Sicherheit zu sorgen, wenn die Polizei im Gegenzug auf die Verfolgung von Straftaten der Familienmitglieder verzichtete. Einige Familien haben zudem Organisationen gegründet, die mit öffentlichen Stellen zusammenarbeiten und sich vorgeblich für Integration einsetzen. Solche Organisationen treten nach Angaben aus Polizeikreisen jedoch auch dadurch in Erscheinung, daß sie im Falle der Festnahme von Familienmitgliedern politischen Druck aufzubauen versuchen und etwa drohten, daß die Polizei »einen Krieg mit den Libanesen nicht gewinnen« werde. Andere Großfamilien gingen zunehmend dazu über, Einnahmen aus kriminellen Geschäften in legale Geschäfte zu investieren, etwa in Immobilien. Wieder andere suchen die demonstrative Nähe zu Politikern (etwa einem Bun-

destagsabgeordneten der CDU) oder treten direkt auf kommunaler Ebene politisch in Erscheinung, etwa bei den Grünen. Es ist davon auszugehen, daß sie entsprechenden Einfluß auch zur Förderung ihrer sonstigen Aktivitäten nutzen. Mittelfristig dürften die entsprechenden Strukturen noch stärker dazu übergehen, ihre Aktivitäten durch eine Mischung aus Einschüchterung und Korruption von Politik und Verwaltung zu flankieren, während der Staat Tendenzen erkennen läßt, sich mit den Strukturen zu arrangieren.

Wo Justiz und Behörden noch versuchen, gegen die Familien vorzugehen, stehen sie meist auf verlorenem Posten. Der ehemalige Berliner Oberstaatsanwalt Roman Reusch etwa wurde auf Weisung der Justizsenatorin versetzt, nachdem er öffentlich ein entschlosseneres Vorgehen gefordert hatte. Sein Nachfolger betonte, er lehne Härte gegenüber den Straftätern ab. Auch die vor allem für öffentlich-rechtliche Medien tätige Journalistin Güner Balcı, die kritisch über die Familien berichtet hatte, verlor ihre Anstellung. Anstatt die von den Familien ausgehende Kriminalität und ihre Ursachen zu bekämpfen, reagieren die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung überwiegend mit Anstrengungen, die darauf setzen, daß positive Rollenvorbilder in den Großfamilien auftauchen. Diese sollen andere Familienmitglieder davon überzeugen, daß man auch auf legalem Wege erfolgreich sein könne. Da sich jedoch auf illegalem Wege stets größere Gewinne realisieren lassen, das Wertesystem der Familien Schaden für Außenstehende häufig als akzeptabel erachtet und vorhandene Sanktionsmöglichkeiten des Staates als wenig abschreckend wahrgenommen werden, werden diese Ansätze erfolglos bleiben.

Auch darüber hinaus kann die aus allen Richtungen unter Druck stehende Polizei kaum mit Unterstützung rechnen. Die Polizeibeamtin Tania Kambouri etwa gab an, daß seitens übergeordneter Stellen Druck aufgebaut werde, bestimmte Probleme nicht anzusprechen. Auch die Sozialbranche und Migrationsaktivisten leugnen entweder die Probleme oder machen die deutsche Gesellschaft für sie verantwortlich und sprechen bei Hinweisen auf die beschriebenen Erscheinungen durch die Polizei von »Kriminalisierung von Minderheiten« und »institutionellem Rassismus«. Eine Berliner Integrationssenatorin rief Jugendliche aus den Problemgruppen sogar dazu auf, sie sollten in »ihren Gangs« für den Eintritt in den Polizeidienst werben. Solche Forderungen stehen im Kontext von Bestrebungen zu mehr ethnischer Vielfalt in der Polizei, wovon man sich eine größere Akzeptanz in den Problemgruppen erhofft. Eine Kommission des Bundeskriminalamts kritisierte zudem die verbreitete Nachsichtigkeit der Justiz gegenüber den Familien und die »Schwachstellen des bundesdeutschen Ausländer- und Asylrechts«, die jene ausnutzten und die nicht geschlossen würden. Für Lösungsansätze, die auf Rückführung beruhen, wäre es davon abgesehen mittlerweile zu spät, da viele der Familienmitglieder zwischenzeitlich die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben.

Tragfähige Lösungsansätze sind vorerst nicht in Sicht. Dabei werden die Maßnahmen, die zur wirksamen Ansprache des Problems erforderlich wären, mit verstreichender Zeit immer aufwendiger. Zudem stellen Großfamilien nur eine – zahlenmäßig vergleichsweise schwache – von vielen Komponenten einer sich herausbildenden ethnischen Konfliktlandschaft in Deutschland dar, die bei ungebrochener Tendenz mittelfristig die Fähigkeiten des Staates zur Bewältigung der damit verbundenen Konsequenzen nicht nur in einzelnen Stadtteilen überfordern wird.

Das staatliche Unvermögen, ein gut abzugrenztes Problem der angesprochenen Art zu lösen, weist dabei über die erwähnten organisatorischen Fragestellungen hinaus auf tiefergehende, geistige Schwächen Deutschlands hin. Das Problem der erwähnten Großfamilien macht deutlich, daß die verbreitete Neigung, eine Unterscheidung zwischen wünschenswerter und nicht wünschenswerter Migration und Präsenz bestimmter Gruppen von Fremden als illegitime Diskriminierung zu betrachten, den Bedingungen einer ethnisch zunehmend heterogenen Gesellschaft nicht gerecht wird. Auch die Annahme, daß alle Kulturen gleichermaßen in europäische Gesellschaften integrierbar seien, trifft angesichts der beschriebenen Zustände offensichtlich nicht zu. Zu den potentiell positiven Folgen der Präsenz bestimmter Problemgruppen in Deutschland könnte eines Tages immerhin die Überwindung dieser Konzepte als Konsequenz ihrer praktischen Widerlegung gehören. ■

»Die Clans sind wie eine Krebserkrankung der Stadt. Sie können ein Kind aus einer solchen Familie nicht vom Umdenken überzeugen oder davon, eine Ausbildung zu machen. Sie haben Geld ohne Ende. Schon Jugendliche von 15 Jahren schwimmen darin. Welchen pädagogischen Einfluß sollte man noch darauf haben?«

Ralph Ghadban im Interview mit *Focus Online*, 27. Januar 2016

Literaturhinweise:

Güner Balcı: *Arabboy. Eine Jugend in Deutschland oder das kurze Leben des Rashid A.*, Frankfurt a.M. 2008;

Heinz Buschkowsky: *Neukölln ist überall*, Berlin 2012;

Ralph Ghadban: *Die Libanon-Flüchtlinge in Berlin. Zur Integration ethnischer Minderheiten*, Berlin 2000;

Kirsten Heisig: *Das Ende der Geduld. Konsequent gegen jugendliche Gewalttäter*, Freiburg 2010;

Tania Kambouri: *Deutschland im Blaulicht. Notruf einer Polizistin*, München 2015;

Joachim Wagner: *Rechter ohne Gesetz. Islamische Paralleljustiz gefährdet unseren Rechtsstaat*, Berlin 2011.

In der Amerikanisierungsfalle

von Michael Wiesberg

Von der einstigen Geschäftsführerin der Atlantik-Brücke, Beate Lindemann, ist die schöne Einlassung »Man kann mehr erreichen, wenn man nicht in der Öffentlichkeit arbeitet« überliefert. Das sagt viel über das Selbstverständnis einer Organisation aus, die als eines der »einflußreichsten Netzwerke dieser Republik« gehandelt wird und gern damit kokettiert, »überparteilich«, da von staatlicher Förderung unabhängig zu sein. Von »Überparteilichkeit« indes kann mit Blick auf diese Organisation nicht die Rede sein; gilt sie doch in Deutschland als einer der wichtigsten Exponenten eines immer enger geknüpften transatlantischen Netzwerks, das sich vor allem eines auf das Panier geschrieben hat: Propaganda für einen möglichst engen Schulterschuß mit den Vereinigten Staaten zu machen.

Vorsitzender ist der einstige CDU-Hoffnungsträger Friedrich Merz, der dem reichhaltigen Portfolio seiner Posten demnächst ein weiteres lukratives Amt hinzufügen darf: Der gelernte Jurist wird Vorsitzender des Aufsichtsrates beim deutschen Ableger des weltgrößten Vermögensverwalters BlackRock. Diese Personalie paßt ganz ins Kalkül des BlackRock-Gründers Larry Fink, der in den letzten Jahrzehnten ein beispielloses globales Netzwerk aufgebaut hat, in dem er als »Super-Hub« (Super-Knotenpunkt), wie es die Finanzexpertin Sandra Navidi nennt, eine zentrale Rolle spielt.

Die Atlantik-Brücke, deren 500 Mitgliedern Merz vorsteht, ist dabei nicht zu trennen von ihrer Schwesterinstitution American Council on Germany (ACG), die 1952 gleichzeitig von John J. McCloy, von 1949 bis 1952 amerikanischer Hoher Kommissar in Deutschland und damit Nachfolger des Militärgouverneurs General Lucius D. Clay, und dem deutsch-jüdisch-amerikanischen Bankier Eric(h) M. Warburg gegründet wurde. Der ACG ist eine Nichtregierungsorganisation (NGO), die enge Bindungen zur Denkfabrik Council on Foreign Relations (CFR) aufweist, dem »unendlich einflußreichen« »Netzwerk der Netzwerke«, wie es der Politologe Hermann Ploppa ausdrückte.

In der Geschichte des CFR gibt es eine bedeutsame Wegmarke, nämlich dessen Ausweitung zur Trilateralen Kommission (TK), die 1973 von David Rockefeller auf einer Bilderberg-Konferenz gegründet wurde. Die Kommission ist eine Gesellschaft mit etwa 400 »Super-Hubs« aus den drei (»Tri«) großen internationalen Wirtschaftsblocken Europa, Nordamerika und Japan sowie einigen ausgesuchten Vertretern außerhalb dieser Wirtschaftszonen. Auffällig ist die starke deutsche Gruppe der TK, in der sich renommierte Politiker, Journalisten, Banker und Industrielle finden.

Ein wesentlicher Aspekt der Gründung der TK war die Einsicht darin, daß in einer Zeit wachsender Bedeutung multinationaler Konzerne die Macht nationaler Regierungen relativiert werde, da die international agierenden Akteure quer über alle Grenzen hinweg arbeiteten. Diese gegenseitige Abhängigkeit unterschiedlichster Akteure rund um die Welt versucht

»Nahezu das gesamte Finanzsystem trägt BlackRocks Fingerabdrücke. Die Firma investiert in und berät ein Billionenvermögen, was das Bruttoinlandsprodukt der meisten Länder übertrifft. Durch seine Serviceleistungen ist BlackRock eng mit den meisten Staats- und Pensionsfonds, Zentralbanken und Stiftungen weltweit verwoben ... Die Tatsache, daß BlackRock solch unvorstellbare Summen an Geld für eine unvorstellbar große Kundenzahl verwaltet, verleiht der Firma einmalige Einblicke in die Verfassung des gesamten weltweiten Finanzsystems.«

Sandra Navidi: *Super-Hubs. Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren*

die »Interdependenztheorie« zu erfassen, die unter anderem von den US-Politologen Robert O. Keohane und Joseph Nye jr., dem aktuellen Vorsitzenden der Trilateralen Kommission in Nordamerika, aufgestellt wurde. Auf Nye geht auch das Konzept der »weichen Macht« (»Soft power«) zurück, das er als Möglichkeit definierte, Menschen und Nationen durch kulturelle und politische Attraktivität an sich zu binden. Nyes Gedanken sind im übrigen mehr oder weniger deutliche Anleihen an das Konzept zur Erringung kultureller Hegemonie, wie es der italienische Kommunist Antonio Gramsci umrissen hat, auf den sich Nye ganz offen bezieht. Aus dieser postulierten gegenseitigen Abhängigkeit leitet die TK die Legitimation ab, ihren Einfluß auch auf die Bereiche Innenpolitik und nationale Wirtschaftsordnung auszuweiten.

Vor dem Hintergrund der Einsicht von Nye, daß die »amerikanische Macht nicht ewig währt«, gehe das Bestreben des CFR nach den Recherchen von Hermann Ploppa dahin, das »US-amerikanische Betriebssystem des Kapitalismus« in einem Netzwerk von Bündnissen und Institutionen in Nordamerika, Europa und Asien zu betonieren. Das ließ unter anderem der Geschäftsführer des CDU-Wirtschaftsrates Thomas Raabe gegenüber dem *Handelsblatt* durchblicken; er erklärte, daß angeblich nur noch »wenig Zeit« bleibe, »gemeinsam mit den USA Standards zu prägen, bevor Wachstumsmärkte wie China und Indien den Takt angeben«. Zbigniew Brzezinski, von 1973 bis 1976 Direktor der TK, umriß diese Strategie in seinem nach wie vor instruktiven Buch *The Grand Chessboard* (1997) wie folgt: »Und weil Amerikas beispiellose Machtfülle dazu verurteilt ist, mit der Zeit dahinzuschwinden, steht an erster Stelle, den Aufstieg anderer Regionalmächte in einer Weise zu bewerkstelligen, die nicht Amerikas Erstrangigkeit bedroht.« »Soft power« spielt hierbei eine wesentliche Rolle; sie wird als genauso wichtig eingestuft wie militärische und wirtschaftliche Stärke. »Soft power« wird also als ein Vehikel zur Erringung kultureller Hegemonie anmoderiert; nach Nye sollten die USA deshalb wie »kluge Eltern« agieren, die ihre »Kinder« mit den »richtigen Überzeugungen und Werten« erzögen. Dann werde ihre Macht über ihre »Kinder« größer und dauere länger, schreibt Nye in seinem Buch *The Paradox of American Power* (2002), in dem er auch darauf hinweist, daß sich diese Art von Führung kostensparend auswirke. Zu dieser Führung im Geist der »soft power« gehören im übrigen auch die Hunderttausenden von ausländischen Studenten in den USA, die dann als Multiplikatoren des »American Way of Life« in ihren Heimatländern aktiv werden.

Ploppa konstatiert, daß sich vor dem Hintergrund der Aktivitäten der oben skizzierten Netzwerke hinter den Kulissen der Politik eine »transatlantische Wende« vollzogen habe, die unübersehbar »Früchte zu tragen beginnt«. Die im Laufe der letzten zwanzig Jahre erfolgte »institutionelle Anknüpfung Europas« an die USA sei nur noch »schwer rückgängig zu machen«. Die US-Politik der »Domestizierung« der »Beziehungen der bedeutenden westlichen Staaten zueinander«, wie es der US-Politologe Gilford J. Ikenberry in einer Studie aus dem Jahr 1995 einmal ausgedrückt hat, die in Europa dazu geführt habe, daß die »Kriegsgefahr vom Tisch« sei, würde durch transatlantische Freihandelsabkommen, wie sie jetzt – Stichworte TTIP, TiSA und CETA – verhandelt werden oder verhandelt worden sind (CETA), quasi gekrönt.

Das amerikanische Interesse an diesen Abkommen hat Brzezinski in seinem bereits angesprochenen Buch *The Grand Chessboard* bereits vor knapp 20 Jahren deutlich gemacht, als er feststellte: Derartige Freihandelsabkommen könnten das »Risiko vermindern, daß es auf wirtschaftlichem Gebiet zu immer stärkeren Rivalitäten zwischen einer geeinteren EU und den Vereinigten Staaten kommt«.

Bereits Mitte der 1990er Jahre stand mit dem Multilateralen Abkommen über Investitionen (MAI) – in dem sich viele Kernpunkte fanden, die heute im Zusammenhang mit TTIP (Transatlantic Trade and Investment Partnership) verhandelt werden – die Implementierung eines derartigen Freihandelsabkommens im Raum, das letztlich aber aufgrund eines immer stärker werdenden Widerstandes scheiterte. Das MAI, das bereits ein Klagerecht vor internationalen Streitschlichtungsgremien vorsah, hätte eine erhebliche Beschneidung nationalstaatlicher Souveränität bedeutet. Welche Konsequenzen ein derartiges Klagerecht haben kann, hat jüngst der Fall Kolumbien, das mit Kanada und den USA ein Freihandelsabkom-

»Ein Land kann in der Weltpolitik die Ziele erreichen, die es will, wenn andere Länder – die dessen Werte bewundern, seinem Beispiel nacheifern und nach seinem Wohlstandsniveau und seiner Offenheit streben – diesem folgen wollen. Wichtig ist es auch, die Themen zu bestimmen und andere Akteure der Weltpolitik anzuziehen, und sie nicht nur mit militärischer Stärke oder ökonomischen Sanktionen zu bedrohen. Diese weiche Macht – also andere dazu zu bringen, das zu wollen, was man selbst will – führt Menschen eher dazu, zu kooperieren, als es bei Zwang der Fall wäre.«

Joseph Nye jr.: *Soft Power: The Means to Success in World Politics* (Übersetzung MW)

»In der Tat droht Europa, wenn es nicht zu einer Einheit kommt, wieder zu zerfallen. Folglich ist es ... lebenswichtig, daß Amerika sowohl mit Deutschland als auch mit Frankreich eng zusammenarbeitet, auf ein politisch lebensfähiges Europa hin, das gleichwohl eng mit den USA verbunden bleibt und den Geltungsbereich des internationalen Systems demokratischer Zusammenarbeit ausdehnt. Ohne Europa wird es kein transatlantisches System geben.«

Zbigniew Brzezinski:
Die einzige Weltmacht

men geschlossen hat, gezeigt. Kolumbien hat einem kanadischen und einem US-Unternehmen untersagt, im Regenwald Gold abzubauen. Diese Unternehmen wollen nun von Kolumbien 16,5 Milliarden US-Dollar (14,5 Milliarden Euro) Schadensersatz für entgangene Einnahmen vor einem Schiedsgericht in den USA einklagen. Dieser Fall ist ein Menetekel für die EU und Deutschland, weil er zeigt, welche Mißbrauchsbrauchsmöglichkeiten ein derartiges Klagerecht eröffnet.

Die Grundthese des MAI, aber auch des TTIP, lautet, daß freier Wettbewerb zum höchstmöglichen gesamtgesellschaftlichen Nutzen führen soll. Letztlich läuft dieses (umstrittene) Postulat aber darauf hinaus, daß eine winzige Gruppe von 0,123 Prozent der Eigentümer, die 80 Prozent des Gesamtwerts von 43000 internationalen Konzernen kontrollieren, wie die Systemtheoretiker Stefania Vitali, James B. Glattfelder und Stefano Battiston von der ETH Zürich recherchiert haben, weiter an Macht zunehmen werden. Es seien im Kern 147 Konzerne, die die Wissenschaftler als »ökonomische ›Super-Entität« bezeichnen. Diese »Super-Entität« dirigiert ein »kompliziertes Netz von Eigentumsbeziehungen«, besitzt aber zugleich »fast volle Kontrolle über sich selbst«. Von diesen 147 Unternehmen sind drei Viertel Bankhäuser. Diese Bankhäuser und Finanzinstitutionen befinden sich fast ausschließlich in den USA und Großbritannien. Eigentum aber bedeutet Kontrolle und damit Macht. Dem Finanzgiganten BlackRock zum Beispiel gelingt es, mit zum Teil geringen Prozentanteilen wichtige Entscheidungen auch deutscher Unternehmen mitzukontrollieren. Auch dies ist eine Folge der Zerschlagung (im Jargon der Politik: »Entflechtung«) der »Deutschland AG«, zielstrebig als »finanzpolitische Deregulierung« betrieben von der rot-grünen Bundesregierung unter Gerhard Schröder und Joschka Fischer, der heute als transatlantischer Netzwerker unterwegs ist. Seitdem sind 80 Prozent der DAX-Werte im Streubesitz und werden auf dem Kapitalmarkt frei gehandelt. Oft genügt es, wenn ein Fonds Anteile im einstelligen Prozentbereich hält, um Einfluß zu nehmen.

Die drei ETH-Autoren nehmen Bezug auf Max Weber, der als erster darlegte, daß Macht durch Beziehungen ausgeübt wird. So stellt Weber in seinem Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* (1921) fest: »Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen.« Macht wandelt sich in Herrschaft um, wenn folgende Konstellation eintritt: »Herrschaft soll heißen die Chance, für einen Befehl bestimmten Inhalts bei angebbaren Personen Gehorsam zu finden.« Dabei spielt das »Netzwerkkapital«, wie es die bereits angesprochene Sandra Navidi nennt, worunter »Status, Reputation und das Transaktionspotenzial des sozialen Kapitals fallen«, eine zentrale Rolle, weil es »direkt mit finanziellem Gewinn und Macht« korreliert. So entstehen im Zuge der Selbstorganisation eines Netzwerkes »Super-Hubs«, die die am »besten vernetzten Knotenpunkte im Zentrum des Finanznetzwerkes« darstellen. Alle anderen Knoten strömten nach Navidi in dem Bedürfnis, anzudocken, auf den »Super-Hub« zu. »Super-Hubs« bewegen mit ihren Entscheidungen täglich Billionen auf den Finanzmärkten und nähmen damit Einfluß auf ganze Industriezweige, Arbeitsplätze oder Wechselkurse. Der Mikrokosmos ihrer Macht oszilliere zwischen dem Weltwirtschaftsforum in Davos, IWF-Treffen, den Bilderberg-Konferenzen, Denkfabriken, Benefizgalas und Glamour-Partys.

Diese Netzwerkdynamik tendiert dazu, daß mächtige Lobby-Gruppen enormen Einfluß auf den Staat ausüben; sie versuchen eine »Herrschaft der informellen Seilschaften«, wie es Hermann Ploppa nennt, in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft durchzusetzen. Womöglich ist das der Grund dafür, warum es Netzwerker wie Friedrich Merz nicht mehr »juckt«, politisch wieder »mitzumischen«. Abgeordneter zu sein, so Merz in einem Interview mit dem Nachrichtensender n-tv, werde »immer schwieriger«, die »Themen immer komplizierter«. Es sind aber wohl nicht vorrangig die Themen, die immer »komplizierter« werden, sondern der Druck informeller Seilschaften und deren Versuche, politische Entscheidungsträger in ihrem Sinne einzukokonnieren, die das Abgeordnetensein immer »schwieriger« machen. Es ist, Merz als künftiger BlackRock-»Berater« wird es wissen, mittlerweile allemal lukrativer, als Lobbyist Netzwerkerarbeit zu betreiben, als sich als Abgeordneter an »komplizierten Themen« abzuarbeiten und dabei womöglich auch noch deutschen Interessen zu folgen. ■

Literaturhinweise

- Zbigniew Brzeziński: *The Grand Chessboard: American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York 1997 (dt. *Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Weinheim und Berlin 1997);
- Heike Buchter: *BlackRock. Eine heimliche Weltmacht greift nach unserem Geld*, Frankfurt a.M. 2015;
- Uwe Krüger: *Meinungsmacht. Der Einfluß von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten – eine kritische Netzwerkanalyse*, Köln 2013;
- Sandra Navidi: *Super-Hubs. Wie die Finanzelite und ihre Netzwerke die Welt regieren*, München 2016;
- Joseph Nye jr.: *The paradox of american power: Why the world's only superpower can't go it alone*, New York 2002;
- Ders.: *Soft Power: The Means to Success in World Politics*, New York 2004;
- Hermann Ploppa: *Die Macher hinter den Kulissen: Wie transatlantische Netzwerke heimlich die Demokratie unterwandern*, Frankfurt a.M. 2015;
- Ulrike Reisach: *Die Amerikanisierungsfälle. Kulturkampf in deutschen Unternehmen*, Berlin 2007;
- Stefania Vitali, James B. Glattfelder, Stefano Battiston: »The Network of Global Corporate Control«, ETH Zürich, im Netz unter: arxiv.org (zuletzt eingesehen am 10. April 2016);
- Max Weber: *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1972.

PIRINÇCIS NEUE FULMINANTE

STREITSCHRIFT: EIN SOLCHES BUCH

IST EIN WIDERSTANDSAKT,

KEIN ZWEIFEL!



AKIF PIRINÇCI

UMVOLLKUNG

WIE DIE DEUTSCHEN STILL UND LEISE
AUSGETAUSCHT WERDEN

160 S., Broschur, 14 €

Unverblümt und provokant äußert sich der türkischstämmige Erfolgsautor Akif Pirinçci zur aktuellen Lage und legt den Finger in die Wunde: Das deutsche Volk wird Schritt für Schritt ausgetauscht, Europa wird von Fremden überrannt, gegen jede Vernunft und jedes Recht.

Umvollkung – Akif Pirinçci ist mit einem fulminanten Text zurück und zeigt, was auf unserem Rücken ausgetragen wird.

»Der Humanismus in der Form weltfremder Willkommenskultur ist die erste Lügenfassade, die eingerissen werden muß, wenn wir uns als Deutsche behaupten wollen.«

VERLAG  ANTAIOS

Rittergut Schnellroda · 06268 Steigra

Tel: (034632) 9 09 41 · Fax: (034632) 9 09 42 · e-Post: vertrieb@antaios.de

www.antaios.de

Transatlantische Netzwerke

zusammengestellt von Benedikt Kaiser (BK) und Nils Wegner (NW)

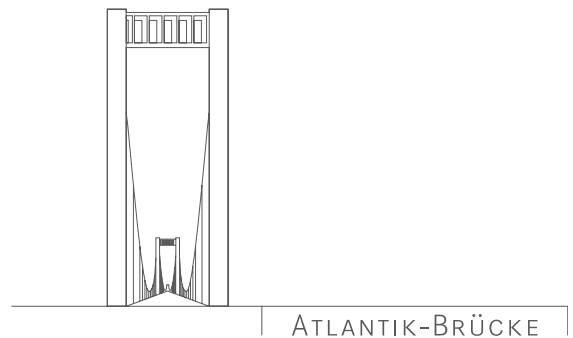
Führende bundesdeutsche Journalisten sind eng verzahnt mit transatlantisch ausgerichteten Politik- und Wirtschaftseliten. Sie zählen gleichermaßen zu den Profiteuren wie zu den Motoren von Netzwerken, die alle gesellschaftlich relevanten Bereiche mit US-affinen Positionen durchdringen möchten. Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat letzte Zweifel in seiner beachtenswerten Abhandlung *Meinungsmacht. Der Einfluss von Eliten auf Leitmedien und Alpha-Journalisten* (Köln 2013), die zur Pflichtlektüre an Universitäten und in der politischen Bildung zählen sollte, abgeräumt. Grenzen von »links« und »rechts« verschwimmen einmal mehr. Es spielt für die Agenda der Transatlantiker keine Rolle, ob ein Journalist oder ein Politiker ein schwarzes, grünes, rotes oder dunkelrotes Parteibuch besitzt. Entscheidend ist letztlich der Ton des Leitartikels, das Abstimmungsverhalten im Bundestag. Mag der Begriff der »Verschwörung« für viele auch einen lächerlichen Klang aufweisen, bedeuten die »Bilderberger« oder die »Atlantik-Brücke« de facto doch verschwörerische Zirkel. Daß man weiß, wer (offiziell) mitmischt, ist hierbei nur das eine. Klandestin agieren diese Kreise dennoch: Es gibt keine Reportagen über die Treffen (aus erster Hand), es werden keine Protokolle veröffentlicht, und nebulös, mithin geheimnisumwittert ist dieser Komplex allemal.

Es sind jedenfalls hervorragend funktionierende Netzwerkstrukturen, denen es tatsächlich gelingt, Wirtschaft, Kultur, Politik und Publizistik zu durchdringen und entsprechende Schlüsselstellungen mit eigenem Personal auszustatten. Einige der relevantesten dieser Netzwerke werden im folgenden kursorisch vorgestellt.

ATLANTIK-BRÜCKE

Die Atlantik-Brücke wurde bereits 1952 als gemeinnütziger Verein von US-amerikanischen Bankiers gegründet. Ziel, so zitiert Uwe Krüger das Vereinsselbstverständnis, war es, »eine Brücke zwischen dem Nachkriegsdeutschland und der Siegermacht USA zu schlagen«. Die Mutterorganisation ist dabei gewissermaßen die US-amerikanische Denkfabrik American Council on Germany. Bis heute veranstaltet die Brücke

Seminare und »Begegnungen im kleinen Kreis« – Anliegen ist weiterhin die »Förderung des gegenseitigen Verständnisses«; anders gesagt: Abgleichung der Standpunkte nach US-affiner Lesart. Heute zählt die Atlantik-Brücke circa 500 Mitglieder, darunter etwa 100 »Meinungsmacher« aus Chefredaktionen (von *Welt* bis *Zeit*) und TV-



Sendern. Die weiteren 400 Mitglieder kommen aus dem wirtschaftlichen, politischen und wissenschaftlichen Leben. Die Lobbygruppe umfaßt daher alle relevanten Bereiche gesellschaftlicher Prägung, wobei – laut Website – die meisten Mitglieder der Wirtschaft und der etablierten Politik entstammen. Vorstand des Vereins war beispielsweise Kai Diekmann (*Bild*), weitere prominente Mitglieder stammen aus Unionskreisen, aber auch aus den Vorstandsetagen einiger Großkonzerne (RWE, Bertelsmann, Bayer Schering Pharma etc.) oder Banken (Goldman Sachs, Deutsche Bank). Diekmann durchlief wie beispielsweise Cem Özdemir (Grüne), Thomas de Maizière (CDU), Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) oder Christian Wulff die Kaderschule des »Young-Leaders«-Programms der Atlantik-Brücke. Die Spannweite der Atlantik-Brücke reicht dabei bis zum Linkspartei-Spitzenpolitiker Stefan Liebich, der für seine Partei im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages sitzt.

1997 fand sich auf der Mitgliederliste auch Angela Merkel (damals frisch Bundesumweltministerin); ob sie heute Mitglied ist, ist nicht bekannt. Immerhin erhielt sie die Atlantik-Brücken-Auszeichnung (»Eric-M.-Wartburg-Preis«) verliehen, für ihren »unermüdlichen Einsatz zur Stärkung der transatlantischen Beziehungen«.

Hervorzuheben ist abschließend eine verblüffende Anzeige in der *Welt* vom 17. April 2002. Die Unterzeichner räumten damals freimütig ein, dem Netzwerk Atlantik-Brücke ihre Stellungen zu verdanken. Dazu zählten Redakteure und Korrespondenten des *Stern* (Katja Gloger), der *FAZ* (Nikolaus Busse), des *Tagespiegel* (Malte Lehming), der *Zeit* (Matthias Naß), der *Süddeutschen Zeitung* (Christian Wernicke), des Bayerischen Rundfunks (Rüdiger Löwe), des WDR (Anke Plättner), des ZDF (Theo Koll) sowie der Privatsender N24/SAT1 (Sabine Ulbrich). (BK)

ATLANTISCHE INITIATIVE

Auch die Atlantische Initiative gilt als gemeinnütziger Verein, wurde allerdings erst 2004 in Berlin als Partner der amerikanischen Atlantic Initiative U.S. gegründet. Ziel ist das Streiten für »eine starke Partnerschaft zwischen Amerika und Europa«, um »unsere gemeinsamen Interessen und Werte zu verteidigen« (Website, zit. n. Krüger). Es wird auch hier ein breites politisches Feld abgesteckt, um US-affine Positionen weitläufig zu streuen. Beiratsmitglieder der Lobbygruppe waren bis dato u.a. Klaus-Dieter Frankenberger (Ressortleiter Außenpolitik der *FAZ*), Ruprecht Polenz (Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestages, 2005–2013), Cem Özdemir (Grüne) sowie Alexander Graf Lambsdorff (FDP) und Avi Primor (Botschafter a.D. Israels in Berlin). Ebenfalls partizipieren Wirtschaftskreise, so sandten etwa die Daimler AG und die Metro AG Vertreter. Die Atlantische Initiative wirkt als Vernetzungsplattform und als Dienstleister: Umfragen werden etwa für die NATO erhoben, mit der *Bild* führte man eine Feldpost-Aktion für Bundeswehrsoldaten in deren Auslandseinsätzen durch. (BK)

OPEN SOCIETY FOUNDATIONS

Kurz OSF; seit 1993 globale Dachorganisation verschiedener Stiftungen des US-Milliardärs George Soros, die zivilgesellschaftliche, meist oppositionelle Gruppen und Nichtregierungsorganisationen finanzieren. Der Name leitet sich von der theoretischen »Offenen Gesellschaft« des liberalen Philosophen Karl Popper ab, bei dem Soros in London studierte. Darin wird etwa der Nationalstaat als vorübergehendes, zu überwindendes Übel angesehen und eine egalitäre Gesellschaftsstruktur propagiert. Die autonomen, weltweit vernetzten Stiftungen sind in über 50 Ländern gezielt in unmittelbarer Nähe zu staatlichen Einrichtungen und unter ähnlichen Namen eingerichtet, um so einen Vorsprung bei der Erkennung gesellschaftlicher Tendenzen zu erhalten sowie möglichst unmittelbaren Einfluß auf nationale Medien und Akademiker auszuüben. Aus dem OSF-Netzwerk erhielt insbesondere die »International Renaissance Foundation« im Zusammenhang mit den gewalttätigen Bürgerprotesten in der Ukraine 2013/14 internationale Aufmerksamkeit. Ungarns Premierminister Orbán bezichtigte Soros 2015, über die Finanzierung von Flüchtlingsinitiativen die eu-

ropäische Flüchtlingskrise maßgeblich vorangetrieben zu haben. (NW)

ASPEN INSTITUTE

Das deutsche Aspen Institute, gegründet 1974, ist einer von vielen globalen Ablegern des Washingtoner Aspen Institute. Es bezeichnet sich als »internationale, überparteiliche und gemeinnützige Institution, die sich der Förderung moralischer Entscheidungsgrundlagen in der Außen- und Sicherheitspolitik verpflichtet hat« (Website, zit. n. Krüger). Das Institut organisiert Treffen von Entscheidungsträgern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Moralisierende Bericht-



erstattung in bezug auf westliche Interventionskriege kennt man aus dem bundesdeutschen Öffentlich-Rechtlichen; es verwundert daher kaum, daß Claus Kleber – Redaktionsleiter im *heute-journal*, ZDF – Mitglied im Kuratorium des Aspen-Instituts Deutschland war. Er traf dort auf Vertreter der Siemens AG und Thyssen-Krupp AG, aber auch auf Klaus Wowereit (SPD), Karsten Voigt (CDU) oder Reinhard Bütikofer (Grüne). Auch hier geht es um die Ausrichtung bundesdeutscher Entscheider in Richtung eines normativen, interventionistischen Außenpolitikverständnisses. Die Netzseite des Instituts weist entsprechend auf diverse Programme hin, die als *regime-change*-Initiativen bezeichnet werden können. Darunter befinden sich das Aspen-Programm für den Dialog mit der Zivilgesellschaft des Iran sowie das Aspen-Programm für den Dialog mit der Zivilgesellschaft Syriens. (BK)

AMERICAN ISRAEL PUBLIC AFFAIRS COMMITTEE

Kurz AIPAC; 1953 als »American Zionist Committee for Public Affairs« gegründet und mit über 100000 Mitgliedern eine der mächtigsten US-Lobbyorganisationen. AIPAC betreibt insbesondere die Vernetzung zwischen den amerikanischen Republikanern und der rechtskonservativen Likud in Israel, wobei eine konkrete politische Neigung abgestritten wird. Gleichwohl fühlen sich liberale Juden vielfach übergangen und



haben 2008 die Gegenlobby »J Street« gegründet. AIPAC nimmt keine offene Finanzierung politischer Vorhaben vor, »berät« seine Mitglieder jedoch bei der Förderung aussichtsreicher Politiker und kontrollierte damit in den 80er und 90er Jahren bis zu 15 Prozent der durchschnittlichen Kampagnenbudgets. Zu den erklärten Zielen der Organisation gehört die Druckausübung

auf die Palästinensische Autonomiebehörde zur Durchsetzung der Zweistaatenlösung. Mitglieder müssen nicht zwangsläufig Juden sein; so gehörten etliche Mitglieder des Kabinetts von George Bush jun. (etwa Vizepräsident Cheney und Nationale Sicherheitsberaterin/Außenministerin Rice) wie auch der Präsident selbst AIPAC an. 2005 gestand ein Pentagon-Bediensteter, US-Staatsgeheimnisse an die Organisation weitergeben zu haben. Prominenter Bundesbürger mit AIPAC-Verbindung ist Alan Posener, »Korrespondent für Politik und Gesellschaft« der *Welt*. (NW)

DEUTSCHE GESELLSCHAFT FÜR AUSWÄRTIGE POLITIK (DGAP)

Die DGAP ist eine der ältesten privaten Denkfabriken in der BRD. Sie verknüpft, so Uwe Krüger, im außenpolitischen Bereich Elitenvernetzung mit Forschung; ihr Vorbild ist dabei der Council on Foreign Relations (New York). Ziel des eingetragenen Vereins ist die Förderung außenpolitischer Meinungsbildung in Deutschland. Ihre Mitgliederzahl beträgt circa 2300, darunter – wiederum – Führungskräfte aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur. Köpfe der DGAP sind – u.a. – Arend Oetker (Oetker Holding GmbH, Vizepräsident des Bundesverbandes der deutschen Industrie, BDI), Hans-Ulrich Klose (SPD), Antje Vollmer (Grüne), Wolfgang Schäuble (CDU), ferner die Meinungsmacher Günther Nonnenmacher (*FAZ*) und Theo Sommer (*Zeit*).

Die DGAP gibt die transatlantisch ausgerichtete Zweimonatsschrift *Internationale Politik* heraus, die sich selbst als »führende außenpolitische Zeitschrift« der BRD betrachtet und zur Einstiegs Pflichtlektüre herangehender Politikwissenschaftler an deutschen Universitäten zählt. Dort agiert zudem die »Junge DGAP«, ein Zusammenschluß außenpolitisch Interessierter bis 35 Jahre, die am »Mentorenprogramm« der DGAP teilnehmen dürfen und für Karrieren im außenpolitischen Bereich – ob Publizistik oder Politik – vorbereitet werden. (BK)

WELTWIRTSCHAFTSFORUM & DAVOS

Das 1971 gegründete Weltwirtschaftsforum bzw. World Economic Forum (WEF) ist in der Nähe von Genf ansässig. Schöpfer des WEF war der deutsche Wirtschaftswissenschaftler Klaus Schwab. Da man davon ausgeht, daß in Zeiten der Globalisierung nicht länger Staaten und deren Regierungen alleine handeln können, will das WEF »leading global communities« in allen Bereichen schaffen und vernetzen, Ziel ist nicht weniger als »den Zustand der Welt verbessern«. Finanziert wird dieses gigantische Projekt, so Uwe Krüger, von seinen eintausend Mitgliedsunternehmen, die in der Regel aus dem Kreis der Global Player stammen, d.h. über einen Jahresumsatz von mindestens fünf Milliarden Dollar verfügen. Das bedeutendste WEF-Ereignis ist das jährliche Treffen in Davos. Im schweizerischen Wintersport-Dorf tagt man für fünf Tage. »Man«, das umfaßt Führungspersonen aus

Wirtschaft, Publizistik, Religionsgemeinschaften und Politikbetrieb. Bis zu 3000 Menschen aus allen Kontinenten kommen zusammen. Wer hier Zugang hat, verfügt über ein globales Netzwerk, das seinesgleichen sucht. Aus Deutschland nehmen regelmäßig Spitzenpolitiker und Mei-



nungsmacher der etablierten Medienlandschaft teil, darunter nicht nur die üblichen Verdächtigen wie Axel-Springer-Journalisten, sondern u.a. auch Jürgen Trittin (Grüne). Das WEF-nahe »Forum of Young Global Leaders« versucht sich an der Schaffung eines weltweiten Netzwerkes von globalisierungsfreundlichen Eliten; ein 30köpfiges Auswahlkomitee sucht sich die jungen Nachwuchskräfte aus. Zu diesem Komitee zählten die Deutschen Giovanni Di Lorenzo (*Die Zeit*), Springer-Chef Mathias Döpfner sowie Verleger Hubert Burda.

Das Weltwirtschaftsforum ist in seiner Gesamtheit keine ausschließlich transatlantische Einrichtung, es ist vielmehr das Jahrestreffen der einflußreichsten Globalisierungsbefürworter der Welt. Kritiker von links und rechts sehen im Zusammenkommen von Davos gar die Jahrestagung der »Neuen Weltordnung« (NWO). (BK)

DEUTSCHE ATLANTISCHE GESELLSCHAFT

1956 von Bundestagsabgeordneten gegründet, ist die Deutsche Atlantische Gesellschaft heute ein eingetragener Verein mit Sitz in Berlin, der Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit für die NATO betreibt. Ziel ist dabei laut Satzung die »Gestaltung einer umfassenden, gerechten und dauerhaften Friedensordnung (...) unter enger partnerschaftlicher Mitwirkung der beiden nordamerikanischen Demokratien«. Die Gesellschaft ist deutscher Zweig der »Atlantic Treaty Association«, des von 2008 bis 2014 deutsch geführten Dachverbands Nationaler Atlantischer Gesellschaften, und verfügt seit 2006 mit »YATA Germany« über einen Jugendausschuß, dessen Mitglieder Zugang zu NATO-Sicherheitskonferenzen erhalten. In leitenden Funktionen finden sich zahlreiche Bundestagsmitglieder; derzeitiger Präsident ist der umtriebige Landwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU), zum Zeitpunkt seiner Ernennung Parlamentarischer Staatssekretär beim Verteidigungsminister. Vizepräsidenten sind u.a. der ehemalige Wehrbeauftragte Reinhold Robbe, Inspekteur der Luftwaffe Karl Müllner und Birgitta Wolff, Präsidentin der Goethe-Universität Frankfurt; der FDP-Vorsitzende Christian Lindner ist Beisitzer des Vorstandes. (NW)

BILDERBERG-KONFERENZEN

Über wenige Veranstaltungen der internationalen Politik wird so viel geraunt und spekuliert wie über die 1954 eingeführten Bilderberg-Konferenzen. Dabei ist die Suche nach einem möglichst verschwörerisch klingenden Superlativ überflüssig: Die Fakten sprechen auch ohne Übertreibungen für sich.

Die Konferenzen sind ein europäisch-amerikanisches Elitenforum, das jährlich für drei Tage an wechselnden Orten stattfindet. Etabliert wurde und wird ein dichtes zwischenmenschliches Netzwerk, forciert eine globale transatlantische politische Kultur im Rahmen der Ordnung des Kapitalismus, anvisiert die Bewußtseinsförderung bei europäischen und amerikanischen Eliten zugunsten der Notwendigkeit »westlicher Einheit« und entsprechendem globalem Auftreten. Die rund 120 Teilnehmer setzen sich aus Regierungen, Industrie, Finanzsektor, Militär, Wissenschaft und Medien zusammen. Ein 35 Personen umfassender Ausschuß (»steering committee«) gibt die Richtung vor und sucht die weiteren Teilnehmer aus. Mitglied dieses Ausschusses waren Theo Sommer, gefolgt von Christoph Bertram und Matthias Naß (alle *Die Zeit*). Aus Deutschland waren bis dato des weiteren geladen: Josef Joffe, derzeitiger Herausgeber der *Zeit*, sowie Mathias Döpfner, Vorstandsvorsitzender der Axel Springer SE. Weitere deutsche Teilnehmer waren Bankiers sowie prominente Vertreter der Bundespolitik: Joschka Fischer und Jürgen Trittin (beide Grüne), Peer Steinbrück und Gerhard Schröder (beide SPD), aber auch Wolfgang Schäuble und Angela Merkel (beide CDU). (BK)

TRILATERALE KOMMISSION

Ein Nebenprodukt der Bilderberg-Konferenzen: Auf der Konferenz in Saltsjöbaden 1973 verabredeten die Teilnehmer auf Initiative des Bankiers und Milliardärs David Rockefeller – bis heute Ehrenvorsitzender – die Eröffnung einer »Diskussionsrunde« zur Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den drei großen wirtschaftlichen Blöcken: Nordamerika, (West-)Europa und Japan. Die Kommission nimmt »politikberatende« Aufgaben wahr und finanziert sich offiziell über Spenden, Unternehmen sowie Stiftungen ihrer rund 400 Mitglieder, deren politische und wirtschaftliche Funktionen den Einfluß der Trilateralen Kommission begründen. Prominentes Beispiel ist der Politologe und Gründungsdirektor der Kommission Zbigniew Brzezinski (*Die einzige Weltmacht*, 1997), der von 1977 bis 1981 als Nationaler Sicherheitsberater im Kabinett Carter – wie George Bush sen. und dessen Nachfolger Clinton ebenfalls Mitglied – diente und im Anschluß seine Arbeit für die Kommission wiederaufnahm. Zu den derzeitigen deutschen Mitgliedern zählen etwa Friedrich Merz (CDU), gleichzeitig Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke, Klaus-Dieter Frankenberger (*FAZ*) sowie Edelgard Bulmahn (SPD-Bundesministerin a.D. und Bundestagsvizepräsidentin). (NW)

MÜNCHNER SICHERHEITSKONFERENZ

Die Sicherheitskonferenz (Motto: »Frieden durch Dialog«) entstand 1963 als »Münchener Wehrkundetagung« auf Initiative des ehemaligen Widerstandskämpfers Ewald von Kleist-Schmenzin. Seit 2009 liegt die Leitung bei Wolfgang Ischinger, der Geschäftsführer der dazugehörigen Stiftung sowie Mitglied u.a. von Atlantik-Brücke und Trilateraler Kommission ist. Die privat organisierte Konferenz versammelt jährlich hochrangige Politiker und Militärs vor-

Munich Security
Conference **msc**
Münchener Sicherheitskonferenz

rangig aus NATO- und EU-Mitgliedstaaten zur Diskussion aktueller sicherheitspolitischer Themen, wozu auch diskrete Gespräche im kleinen Kreis gehören; der »innere Kreis« veranstaltet zusätzlich jedes Jahr ein »Core Group Meeting«. Dem seit 2009 bestehenden Beirat gehören Vorstandsmitglieder diverser Rüstungskonzerne und Banken/Versicherungen, der ehemalige bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber sowie der US-Milliardär George Soros (Open Society Foundations) an. Zusammen mit der Körber-Stiftung wird zeitgleich zur Sicherheitskonferenz ein »Young Leaders Round Table« zur Bindung kommender Entscheidungsträger veranstaltet, der sich an Journalisten sowie internationale Außen- und Sicherheitspolitiker aus der »zweiten Reihe« wendet. (NW)

BUNDESAKADEMIE FÜR SICHERHEITSPOLITIK

Kurz BAKS; als autonome Dienststelle im Geschäftsbereich des Verteidigungsministeriums 1992 unter dem Präsidenten Admiral a.D. Dieter Wellershoff (zuvor Generalinspekteur der Bundeswehr) gegründet; der Präsident wird seit-



Bundesakademie
für Sicherheitspolitik

her abwechselnd von Verteidigungsministerium und Auswärtigem Amt bestellt. Die BAKS ist nach US- und britischem Vorbild die nationale Fortbildungsstätte der BRD für sicherheitspolitische Themen und publiziert jährliche »Rahmenkonzepte« sowie »Handlungsempfehlungen«. Ihr Lehrangebot richtet sich an Mitarbeiter der Bundesministerien sowie ausgewähltes Leitungspersonal aus Wirtschaft und Gesellschaft; hinzu treten diverse, auch internationale Veranstaltungen zur Vernetzung und zum vertraulichen Austausch unter Fachleuten. Im vertraulich tagenden Beirat sitzen u.a. Eberhard Sandschneider (DGAP), Stefan Kornelius (*Süd-deutsche*), Wolfgang Ischinger (Münchener Sicherheitskonferenz), Marion von Haaren (ARD), Kirchen- und Wirtschaftsvertreter sowie MdBs. Ehemalige Beiratsmitglieder sind etwa Klaus-Dieter Frankenberger (*FAZ*) und Prof. Herfried Münkler (Humboldt-Universität Berlin). (NW)

Der Mythos von Putins fünfter Kolonne

von Thomas Fasbender

Die Frage bewirkt einen Riß quer durch alle bürgerlichen Lager: Ist das, was wir gewohnt sind, Westen zu nennen, für den Verbündeten USA vielleicht nur noch ein Instrument zur Durchsetzung seiner eurasischen Geopolitik? Ist die transatlantische Sonderbeziehung, wie sie (in Westdeutschland) im Widerstehen gegen den gemeinsamen kommunistischen Feind entstand, obsolet, seit es diesen Feind nicht mehr gibt? Die einen sind felsenfest überzeugt, der Begriff »Freie Welt« sei so legitim wie zu Zeiten des Kalten Kriegs. Für sie sind und bleiben die USA der Fixpunkt, der Garant »unserer Freiheit und Demokratie«. Andere treibt der Zweifel um. Eine Generation nach dem Fall der Berliner Mauer haben die Rahmenbedingungen sich gewandelt. Was noch vor kurzem Dritte Welt hieß, brütet neue Bedrohungen aus. Neue Herausforderer betreten den Ring. Birgt die NATO-Einbindung also auch künftig Schutz und Segen, oder gebiert sie neue Gefahren in den Rivalenkämpfen des 21. Jahrhunderts, in den nicht mehr allzu fernen Kriegen der USA gegen China oder Rußland? Die NATO-Beistandspflicht nach Artikel 5 greift immerhin auch im Pazifik.

Rußland spielt da eine Schlüsselrolle, nicht erst seit Ausbruch der Ukrainekrise. Als einziges Land in Europa verweigert es sich konsequent und bis tief in die russische Gesellschaft hinein der westlichen Hegemonie. Das ist unverschämt, eine Provokation und gleichzeitig ein Gottesgeschenk. Schließlich ist »der Russe« der Archetypus des Furchterregenden aus den Urgründen der Geschichte. »Schwarze« und »Wilde« sind der politischen Korrektheit anheimgefallen – womit soll man den Kindern noch einen Schreck einjagen? Zum Glück gibt es die weißen Barbaren jenseits der Wälder. Einen Angstgegner, der die Herde eng um den Hirten rücken läßt. Die Furcht vor dem Wolf ersetzt den Schäferhund.

Feindbild Rußland. Geschichte einer Dämonisierung (Wien 2016, 304 S., 19,90 €) heißt die Studie, die der Wiener Historiker Hannes Hofbauer jetzt vorgelegt hat. Darin trägt er zusammen, was seit dem 15. Jahrhundert, seit dem Aufstieg des Moskauer Stadtfürstentums, das Rußlandbild im Westen prägt. Russophobie ist alt und in ihren Wurzeln konfessionell geprägt. Schon 1500 beschrieb Jan Sakran, Rektor der

Krakauer Jagiellonen-Universität, die orthodoxen Russen als »Ketzervolk mit Verbindungen zu den Türken«. Islam und Ostkirche galten dem katholischen Europa als gleichermaßen verdammenswert. »Der Moskowier (...) ist für ödes Heidentum und fluchwürdiges Schisma berüchtigt«, schimpfte ein polnischer Bischof jener Zeit. Hannes Hofbauer: »Das Bild vom barbarischen und unchristlichen Russen hat sich im 16. Jahrhundert weit über das Heilige Römische Reich hinaus bis nach England festgesetzt und kreierte dort sogar eine Theatermode unter dem Titel »Moscovite monsters«. Noch 1908 hieß es im Geographielehrbuch *Seydlitz*, Standard an den Schulen im deutschen Kaiserreich: »Die russischen Stämme sind Halbasiaten. Ihr Geist ist unselbständig, Wahrheitssinn wird durch blinden Glauben ersetzt, Forschungstrieb mangelt ihnen. Kriecherei, Bestechlichkeit, Unreinlichkeit sind echt asiatische Eigenschaften.«

Das Feindbild ist jedoch nur eine Seite der Medaille, gewissermaßen die ästhetisch-moralische. Im 17. Jahrhundert wurde Rußland auch politisch relevant, drängte in Richtung Ostsee und Schwarzes Meer und traf auf die Interessen anderer Mächte: Türken, die polnisch-litauische Rzeczpospolita, Schweden im Nordwesten, später Persien im Kaukasus, England in Zentralasien, im Westen Preußen und Österreich. Unter den sowjetischen Zaren schließlich die mächtigen USA, dann China. Dem neuen Rußland wird es nicht anders ergehen, nicht in Sibirien, nicht in Europa, nicht in Zentralasien und nicht im Kaukasus.

Stets waren die diplomatischen und militärischen Verwicklungen durchwoben mit Schmähungen, Verleumdungen und Haß. Der Informationskrieg ist uralte. Vor den Augen des Lesers entflieht Hofbauer die Entwicklungslinien des russophoben Feindbilds und der interessenbedingten Rivalitäten. Daß er von links her argumentiert, Ökonomie und Klassendialektik ins Zentrum stellt, tut der Analyse keinen Abbruch. Im Gegenteil. Seine Kritik der weltweiten US-Missionsarbeit, des Exports westlicher Demokratie und Menschenrechte, fußt nicht auf anti-amerikanischen Ressentiments, sondern auf einer fundierten Kritik des Banken- und Konzernkapitalismus. Kurzum, man muß kein Mar-

xist sein, um seine Gedanken als bereichernd zu empfinden.

Die Rußlandpolitik der USA erläutert er von den Wurzeln her. Das sind die bekannten Konzepte aus den Kindertagen der Geopolitik: Halford Mackinders († 1947) *Heartland*-Theorie (»Wer Osteuropa regiert, beherrscht



Hannes Hofbauer: Feindbild Russland. Geschichte einer Dämonisierung, Wien: Promedia. 304 S., 19,90 €
Lieferbar über antaios.de

das Herzland; wer das Herzland regiert, beherrscht die Weltinsel [Eurasien]; wer die Weltinsel regiert, kontrolliert die Welt«) und John Spykmans († 1943) daraus hervorgegangene *Rimland*-Theorie. Spykman gilt auch als »Pate der Eindämmungspolitik«. Seit dem Ende des Kommunismus wird diese Politik des *Cordon sanitaire*, den man vorsorglich um das mit dem Aggressionsvirus infizierte Rußland legt, ergänzt durch einen hochmütigen Neokonservatismus, der mit der Arroganz des allwissenden Politdoktors weltweit Austerität, westliche Demokratie und Menschenrechte verschreibt.

Damit die Medizin wirkt, wird sie intramuskulär verabreicht. Tief im Innern. Ganze Netzwerke sogenannter Nichtregierungsorganisationen (NGO), verharmlosend Zivilgesellschaft genannt, applizieren ihre Präparate in den Hauptstädten der ehemaligen Ostblockstaaten. Viele davon dürften sich gar nicht NGO nennen – schließlich sind es Regierungsgelder, die sie da verbraten. Allerdings keine Regierungsgelder der Gastländer, sondern der USA, Großbritanniens, Deutschlands und anderer Demokratie-Exporteure. Die Knoten im Netz der Spinne, die für den Westen Proselyten macht, sind seit langem bekannt: das National Endowment for Democracy NED, USAID, Freedom House, NDI, IRE, CIPE, ACILS ... Die Liste läßt sich erweitern. Private Initiativen wie die Stiftungen des Spekulanten George Soros fügen sich ein. Auch deutsche politische Stiftungen, haushaltsfinanziert, sind mit von der Partie. Fünf Milliarden (!) Dollar habe man investiert, um die Ukraine auf Westkurs zu bringen, brüstete sich 2013 die US-

Europabeauftragte Victoria Nuland. Ohne den entsprechenden logistischen Unterbau wäre es gar nicht möglich gewesen, so viel Geld auszugeben.

In dieser Lage, nach Farb- und Blumenrevolutionen von Serbien bis zum Kaukasus, sind die Kremloberen entschlossen, dem Westen im postmodernen Konfessionskrieg zu widerstehen. Die große Mehrheit der russischen Bevölkerung unterstützt sie dabei. Dazu gehört, den NGO das Wasser abzugraben, dazu gehört der Informationskrieg. Ein Netzwerk eigener Organisationen im Ausland kann Rußland sich nicht leisten, dafür Medien wie Sputnik oder Russia Today. Die brauchen über mangelndes Publikum nicht zu klagen; es gibt genügend Menschen, die sich in den westlichen Medien nicht mehr wiederfinden. Die Behauptung notorischer Putinfresser, der Kreml unterhalte fünfte Kolonnen, die auf einen Pfiff aus Moskau hin losstürzten, um die Bundeskanzlerin abzusetzen, ist natürlich böswilliger Unsinn. Putins Anhänger hierzulande werden weder gesteuert noch bezahlt. Sie arbeiten ehrenamtlich; je mehr der russische Präsident in den Medien runtergemacht wird, desto mehr bewundern sie, wie er den USA widersteht, für eine multipolare Welt kämpft und die Interessen seines eigenen Landes vertritt.

Der EU-Destabilisierungsplan, der dem Kreml gern angedichtet wird, gehört zu den Mythen, wie sie allen großen Konflikten eigen sind. In Wahrheit prägt schierer Opportunismus die russische EU-Politik. An die Möglich-



»Frieden mit Rußland« – Transparent auf einer PEGIDA-Demonstration in Dresden

keit eines wirklich vereinigten Europas hat man dort nie geglaubt. Mit ebenso sicherem Gespür weiß man: Um den Kontinent zu destabilisieren, reicht es, seine Eliten so weitermachen zu lassen wie bisher. Das wird auch durch die Kontakte zu westlichen Rechtsparteien nicht widerlegt. Für die meisten Russen sind deren Standpunkte nichts Besonderes, warum sollte man also nicht mit denen reden? Und andere Politiker aus Europa klopfen nicht an die Tür. ■

Schwarzers Silvester

von Ellen Kositzka

Wir mögen die Ereignisse der Kölner Silvesternacht ein Fanal nennen – Allgemeingut ist das nicht. Vier Beispiele verdeutlichen, daß man die »Sachlage« anders interpretieren kann. Womöglich (Denn: Ist die Debatte nicht rasch beendet worden? Durch einen »Abgas-Skandal«, durch Rechtspopulistenalarm?) sind diese Sichtweisen sogar die durchschlagenden – zumindest bis zur gerade erst beginnenden Freibadsaison.

Folgende Einlassungen stammen nicht von randständigen Einzelpersonen, sondern von Multiplikatoren. Aiman Mazyek, Vorsitzender des Zentralrats der Muslime, sprach Ende Januar abfällig von einer »Hysterie um die Silvesternacht in Köln«. Das neofeministische Neue-Medien-Sternchen Anne Wizorek (#aufschrei) schrieb: »Das Fatale an der Situation ist, daß wir nur auf sexualisierte Übergriffe von Männern mit Migrationshintergrund gucken. (...) Wenn wir nur [...] sie als alleinige Täter identifizieren, ist das eine rassistische Annahme.« *Spiegel*-Kolumnistin Margarete Stokowski ätzte: »Überall werden nun aus besorgten Bürgern edle Ritter, die ›unsere‹ – also ›ihre‹ – Frauen beschützen wollen. Die eigenen Frauen will der gute Deutsche immer noch selbst belästigen dürfen. Und er ist fleißig dabei.« Und Topjournalist und Verleger Jakob Augstein fand: »Der Fremde und seine bedrohliche Sexualität – das ist das älteste Vorurteil des Rassismus.« Spöttisch hatte Augstein beizeiten getwittert: »Ein paar grapschende Ausländer und schon reißt bei uns [sic] Firnis der Zivilisation.«

Man kann also nicht behaupten, daß in Köln offenkundig und für jeden zutage getreten sei, was unsereins schon immer sagte: daß die Wertvorstellungen des Islam unvereinbar seien mit der kerneuropäischen Zivilisation, und daß hierbei die eingewanderten Männer das Problem seien. Jeder sieht, was er sehen will – bei manchem Zeitgenossen scheint die Augenbinde besonders fest gewickelt zu sein. Selbst die Ur-feministin Alice Schwarzer, die seit Jahrzehnten vor der Gefahr des Islamismus warnt, hatte im Sinne der ungeschriebenen Täterschleierungsgesetze (teils auch der geschriebenen, siehe Pressekodex, der die ethnische Herkunft der Täter nicht genannt sehen will) tagelang in dauernd aktualisierten Kommentaren »zu Köln« taktisch laviert. Sie war zunächst (man darf es

»treudeutsch« nennen) davon ausgegangen, daß nur, wenn überhaupt, eine kleine Minderheit der Täter Flüchtlinge gewesen seien. »Ich konnte mir einfach nicht vorstellen, daß jemand so dumm sein kann, auf Gastfreundschaft und Asyl zu hoffen – und sich dann so benimmt.« Sagt eine gerade nicht mainstreamförmige Journalistin mit 73jähriger Lebenserfahrung, sozialisiert in westeuropäischen Großstädten; eine, die in ihrer eigenen Zeitschrift (*Emma*) seit Jahrzehnten den frauenverachtenden Islam geißelt und unerbittliche Islamkritiker zu Wort kommen läßt! Aber eben auch eine, die die Hälfte ihres Lebens den schwerwiegenden Vorwurf abwehren muß, »Rassistin« zu sein. Die Fakten, schreibt Schwarzer nun in ihrem Sammelbändchen *Der Schock. Die Silvesternacht von Köln* (Köln 2016, 144 S., 7,99 €) hätten sie eines Besseren belehrt: Sämtliche der achtzig Tatverdächtigen (derer man habhaft werden konnte) seien Asylbewerber oder Illegale.

Es fällt schwer, an einen »Schock« zu glauben. Einerseits! Mit einem umgangssprachlichen »Schock« verbinden wir doch dies: Der Geschockte reißt die Augen auf, schlägt die Hände vor dem Mund zusammen; hervorgepreßter Leitspruch: »Das hätte ich von dem nie erwartet!« Schockiert sind wir über Ereignisse, die uns mit jähem Wucht überraschen. Unsereins wurde entsprechend von »Köln« nicht schockiert, nahm auch keinen Schockfaktor wahr.

Andererseits: Erstens mag es eine erkleckliche Zahl an Leuten geben (mit dem gewiß un-schönen Neologismus »Gutmenschen« recht treffend charakterisiert), die »sowas« tatsächlich nicht für möglich hielten, und zwar aufgrund der soften Gefangenschaft in ihrem sozialen Milieu. In jenen urbanen gesellschaftlichen Subsystemen ist der Migrant ein aufstiegs- und anpassungswilliger Geflüchteter, dessen hergebrachte Sitten und Bräuche nur bereichernd auf die Aufnahmegesellschaft wirken können. Alice Schwarzer dürfte entgegen ihrer eigenen Aussage aber nicht zu jenem wohlstandsverdorbenen *juste milieu* gehören. Bei ihr und zahlreichen anderen Kommentatoren dürfte zweitens zutreffen, was als Reaktion auf den Schock die Schockdefinition (»akute Belastungssituation«) von Wikipedia beschreibt: »In der Akutphase ist eine Betäubung der betroffenen Person auffällig.

Sie scheint wichtige Aspekte der Situation nicht zu bemerken oder führt Handlungen durch, die unangebracht oder völlig sinnlos erscheinen (Wahrnehmungsstörung). (...) Ausgeprägte Trauer kann sich mit Wut oder Aggression oder scheinbarer Teilnahmslosigkeit abwechseln.«

Also, nehmen wir ihnen die Schockiertheit ab und freuen uns über jene, die seither nicht in Teilnahmslosigkeit verfallen sind – die »Köln« nicht ad acta gelegt haben. In ihrem neuen Buch zitiert Schwarzer die pensionierte Dombaumeisterin Barbara Schock-Werner, die schon in den frühen Abendstunden zu Silvester bemerkt hatte, daß die Situation außer Kontrolle war. Und die sich sicher ist, daß mit den Böllern und Raketen der Dom als Symbol des christlichen Abendlandes gemeint war. Schwarzer zitiert einen Polizisten, dem von den Delinquenten eine Respektlosigkeit entgegenschlug, wie er sie »in 29 Dienstjahren nicht erlebt« hatte. Sie erwähnt Haßtiraden gegen jene Frauen, die in Facebook-Gruppen ihre Erlebnisse auf dem Domplatz schilderten. Ihnen wurde vorgeworfen, mit ihrem »Gedjammer« (»Bist ja nicht mal vergewaltigt worden!«) rassistische Vorurteile zu schüren.

Der Rassismusvorwurf erscheint auch in diesem Sammelband als erstaunliches Multifunktionsding: Man kann ihn als Keule zum Draufhämmern nutzen oder als stöckchenförmigen Vorwurf, Motto: »Spring drüber! Brav!« Artig wird von Schwarzer und den meisten Autoren zwischen Islam und Islamismus unterschieden. Allein Rita Breuer und Necla Kelek verzichten darauf. Breuer sagt gewohnt deutlich, daß es hierbei keine Trennschärfe gebe und »Islamismus« ohnehin niemals als Selbstbezeichnung fungiere. Kelek antwortet scharf auf den »Kulturalisierungs«-Vorwurf der linken Köln-Versteher: Er sei eine modische Variante des Rassismus-Verdachts und komme deshalb immer häufiger zusammen zur Anwendung, weil Rassismus, also Abwertung einer Ethnie, im öffentlichen Raum seit Jahrzehnten nicht existiert. Man dürfe »Köln nicht kulturalisieren? Das Gegenteil ist richtig: Die Moscheevereine und ihre Gefolgschaften sind es, die das Zusammenleben von Männern und Frauen islamisieren wollen«. Kelek erinnert daran, daß Erdoğan wiederholt seinen »Deutschtürken« einschärfte, daß »Assimilation ein Verbrechen« sei.

Nun, Türken waren damals in Köln nicht in nennenswerter Zahl vertreten. Aber: Algerier. Auch der Algerier Kamel Daoud schreibt in Schwarzers Band. Für seinen Text wurde er von einer Riege französischer und arabischer Wissenschaftler der »Islamophobie« bezichtigt; eine Fatwa wurde bereits 2014 gegen ihn verhängt. Daouds Text ist ein Musterbeispiel dafür, daß die Stöckchenspringerei und die Keulenausweichversuche nicht weit führen. Zahnlos grenzt er sich gegen die »Phantasmen« und »Hirngespinnste« der Rechten ab, einziger Grund: »Die haben die Fakten gar nicht erst abgewartet.« Und: »Ist der Flüchtling also etwa ein »Wilder«? Nein. Er ist nur anders.« Es reicht nicht, das Stöckchen zu überspringen, wenn man es gleich darauf

mit Verve reißt. Das tut Daoud. Er spricht von »Gutmenschentum«, von einer »Überdosis Nativität« des Westens, die »im Flüchtling nur seinen Status, nicht aber seine Kultur« erkenne. »Der andere kommt aus dieser schmerzlichen und schrecklichen Welt, mit all ihrer sexuellen Not in der arabisch-muslimischen Welt, mit diesem kranken Verhältnis zur Frau, zum Körper und zur Lust. Ihn aufzunehmen bedeutet nicht, ihn zu heilen.« Bassam Tibi ergänzt das Verhältnis des unintegrierten Moslems zur Frau um dasjenige zum deutschen Mann. In Köln sei zugleich ein Racheakt an deutschen Männern vollzogen worden: durch die Schandtaten an den Frauen sei absichtlich die Ehre der Männer beschmutzt worden. Schwarzer: »Ist die öffentliche Gewalt



Köln, Silvesternacht 2015/16

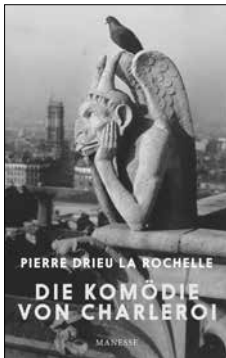
gegen Frauen jetzt aus Nordafrika und Nahost auf Europa übergeschwappt? War die Silvesternacht in Köln also ein politisches Signal? Und warum sagt das in Deutschland niemand?«

Naja. Es wurde durchaus gesagt, lange schon. Warum wollte es keiner hören? Weil jene, die es sagten, als rechts gelten. Warum gelten sie als rechts? Weil sie vor genau jener Gewalt warnten. Das ist paradox. Es ist zum Schwindeligwerden. Was man aber nie tun sollte: schwindeln. Auch nicht vor sich selbst. Auch nicht in bester Absicht! Die Schwarzer vermutet übrigens die deutsche Vergangenheit als Grund dafür, daß »Köln« verharmlost wird. In zweierlei Hinsicht. Einmal, weil wir aufgrund der nationalsozialistischen Erfahrungen heute mit den Fremden alles »unbedingt ganz richtig machen wollen«. Dann: Ob die traumatischen Erfahrungen der deutschen Mütter und Großmütter nach dem Krieg und das damalige Schweigegebot etwas mit dem jetzigen Vertuschen und Liebernicht-darüber-Reden zu tun haben? Schwarzer, Frühjahr 2016: »Eine gute Frage. Über die Antwort muß ich noch nachdenken.« ■

Schöne Literatur

Pierre Drieu la Rochelle: *Die Komödie von Charleroi. Erzählungen*, Zürich: Manesse 2016. 288 S., 24,95 €

Der französische Schriftsteller und 2012 in die renommierte Bibliothèque de la Pléiade aufgenommene Pierre Drieu la Rochelle (1893–1945) überfordert bis heute viele schablonenorientierte Kritiker. Bourgeois und Antibourgeois, Nationalist und Internationalist, Antiklerikal und Katholik, schließlich: Faschist und kurz vor seinem Suizid Stalin-Apologet. Drieu war derweil kein Verwirrter, und auch die Sprunghaftigkeit, die Thomas Laux in seinem leider etwas allzu zeitgeistigen Nachwort zum vorliegenden Band von Weltkriegserzählungen konstatiert, gilt nur auf den ersten Blick. Drieu versuchte, Gegensätze zu vereinen, weltanschauliche Widersprüche dialektisch aufzuheben, politische Theorie fern der alten Pfade zu formulieren. In seiner politischen Hochphase zwischen 1934 und 1945 gibt es jenseits krisenbedingter Schwankungen Kontinuitätslinien, die auch im besagten Nachwort hätten extrahiert werden können. Es ist die Trias aus Europa, Sozialismus und Autoritarismus, die den roten Faden darstellt. Europa: als eine zu schaffende Eidgenossenschaft und als Gegenbild zum chauvinistischen Nationalismus jener Tage; Sozialismus: als Synthese aus einem nichtimperialistischen Faschismus und einem nichtmarxistischen Sozialismus (»Socialisme fasciste«); Autoritarismus: als die Bewunderung für den starken Staat, konkret für Mussolini, aber zumindest zeitweilig auch für Hitler und Stalin. Grundlage dieser drei Pfeiler des Drieuschen Weltbil-



des war ein ganz und gar anti-bürgerlicher Esprit, der die Feindschaft zur Bourgeoisie als Ausbeuter- und Müßiggänger-Klasse (der er gewissermaßen selbst angehörte) ebenso beinhaltet wie ein feines Sensorium für soziale Antagonismen innerhalb der französischen Nation als Ganzem, aber auch innerhalb einzelner Milieus, etwa in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs. Hier setzt die 1934 publizierte Textsammlung *Komödie von Charleroi* an, die nun erstmals in deutscher Sprache vorliegt und fürwahr exzellent von Andrea Spingler und Eva Moldenhauer übersetzt wurde. Die titelgebende und an Umfang reichste Erzählung ist eine Verarbeitung des Fronterlebnisses eigener Art. Hier Kriegsbegeisterung und Frontromantik, wie etwa Martin van Creveld meinte, herauslesen zu können, fällt schwer. Auch eine Antikriegsagitation im Stile linker Pazifisten ist Drieus Sache nicht. Mit der ihm eigenen, durchaus zynischen und nonchalanten Art zu schreiben nähert sich der Autor seinem Gegenstand, dem Schlachtfeld von Charleroi. Dort, im wallonischen Teil Belgiens, hatte sein Alter ego den Stellungskrieg gegen die Deutschen mitgemacht. Nun, Jahre später, besucht er als Sekretarius einer großbürgerlichen Pariser Dame die Frontverläufe und Soldatengräber. Hier liegt der Sohn der Pariserin begraben, der gemeinsam mit ihm an diesem Frontabschnitt kämpfte, und der in ihren Augen als Held für die Grande Nation gefallen ist. Drieu gelingt es nicht nur in dieser Erzählung, das Absurde des Ersten Weltkriegs und seiner Nachgeschichte im Frankreich der Zwischenkriegszeit zu erfassen. Einerseits, weil er in Rückblenden die ganz und gar

unspektakuläre Realität des Alltags im industriellen Krieg wiedergibt: objektiv sinnlose Befehle, zahlreiche Tote und Verletzte ohne Frontverschiebung, Unklarheit ob Kriegsziel und Kriegssinn, Aufschneider und Gernegroße sowie schließlich: soziale Hierarchien, die es Soldaten aus gutem Hause erlauben, sich von der Front »freizukaufen«, während einfache Poilus von den Salven der feindlichen MGs niedergemäht werden. Andererseits gibt Drieu Einblicke in die Nachkriegsepoche. Er zeigt beispielsweise, wie die Bürger von Charleroi ehrfurchtsvoll vor der hochgemuten Pariser Aristokratin, die ihren Sohn für die Verteidigung Belgiens gab, in die Knie gehen; er präsentiert, wie verständnislos und tölpisch sie sich vor den Toten beider Seiten verhält, weil ihr jedes Einfühlungsvermögen in die prosaische Wirklichkeit des Krieges als solchem abgeht. Diesen machte Drieu im übrigen selbst mit; er wurde mehrfach von den Kugeln deutscher Soldaten verwundet, hegte aber zu keinem Zeitpunkt Groll auf die Kriegsfeinde. Im Gegenteil: Schon sein dichterisches Debüt *Interrogation* (1917) widmete er explizit den Kämpfern auf der anderen Seite der Front, und auch die vorliegende Sammlung von Erzählungen atmet keinerlei nationalchauvinistischen Geist. Zu sehr war Drieu als idealistischer Europäer seiner Zeit voraus, und zu sehr stellte er das Gemeinsame über das Trennende, als daß er in die Denkbahnen der Action Française, seiner temporären geistigen Lehrer Charles Maurras und Maurice Barrès oder anderer reaktionärer Nationalisten zurückfallen hätte können. Als Autor, dessen Begehren es war, »linke Politik mit rechten Menschen« zu gestalten, steht er indes auch in der belletristischen Verarbeitung des Ersten Weltkriegs zwischen den Stühlen.

Benedikt Kaiser

Faustdick

Juli Zeh: *Unterleuten. Roman*, München: Luchterhand 2016. 640 S., 24,99 €

Ach ja, Juli Zeh. Die einundvierzigjährige Autorin gilt seit langem als »engagiert«, äußert sich gern politisch (im Grunde sozialdemokratisch, fallweise pro »Piraten«, zuletzt zugunsten der merkelschen Flüchtlingspolitik) und ist promovierte Juristin. Ein Portfolio, das nicht eben typisch ist für eine deutsche Erfolgsschriftstellerin. Dies ist ein Profil elitären Mittelmaßes, mit gerundeten Kanten: gegen Ausspähpraxis, für »humane Werte«, so in etwa. Wie schlägt sich das literarisch nieder? Erwartbar? Nein: gar nicht. Juli Zehs Anspruch, mit *Unterleuten* einen »großen Gesellschaftsroman« vorzulegen – er dürfte eingelöst worden sein. So können literarisches und »gesellschaftliches« Ich einander fremdgehen! *Unterleuten* (graphisch auf dem Buchumschlag: *Unter Leuten*) ist ein Kaff im Brandenburgischen. Alte DDR-Opfer leben hier Zaun an Zaun mit damaligen Nutznießern, hinzu kommen ein paar zugezogene Städter. Auch die Bonnerin Zeh ist in der brandenburgischen Provinz heimisch geworden. Große Publikumsverlage verlaublichen seit langem, daß ein Großteil der »unverlangt eingesandten Manuskripte« dem Romanmuster »Landei gerät in den Großstadtdschungel« folgen. Könnte sein, daß die umgekehrte Migrationsrichtung ein höheres, weil abgeklärteres Reflexionsniveau beinhaltet. Hier jedenfalls trifft die Vermutung zu. Zeh kennt ihre Pappenheimer, durchschaut nicht bloß Landlust und -frust, sondern hebt die (neo-)ländliche Szenerie auf die Stufe eines fein ziselierten, hervorragend beobachteten gesamtgesellschaftlichen Panoptikums. Das heißt, nein, etwas fehlt: Es gibt in *Unterleuten* keine Migranten. Eine andere Art Ansiedlung steht bedrohlich (wir schreiben

2010) ins Haus: Ein gigantischer Windpark soll entstehen, Befehl von oben, Regierung, EU. Im Kern ist die Parallele zur oktroyierten Menschenmassenansiedlung, wenn auch sicher nicht intendiert, so doch bestechend: Fast keiner will sie, es gibt reichlich Gründe, sie abzulehnen. Aber weil klar ist, daß sie kommen, möchte doch der eine oder andere seinen Profit schlagen aus dem Unabwendbaren. Juli Zeh liefert mit ihren messerscharf profilierten Prototypen keine Klischeebilder, sondern ausdifferenzierte Individualporträts. Etwa von Gerhard Fließ, dem nervösen Vogelwart, der zugunsten seiner viel jüngeren Frau die Unikarriere an den Nagel gehängt hat und nun in *Unterleuten* als gutmenschlicher Besserwisser durchstartet, im fatalen Irrtum, mit eloquenten schriftlichen Eingaben gäbe es ein Durchkommen vor Ort. Pantoffelhelden höchst unterschiedlicher Couleur sind reichlich gesät in diesem Roman, doch scheint Zeh hier keiner feministischen Agenda, sondern erworbener Lebensklugheit zu folgen. Vor allem den Jargon ihrer eigenen Leute kennt und beherrscht sie vorzüglich; den der stillenden Sorgenmutter, des abgehalfterten Intellektuellen, der selbstgemachten, sich daueroptimierenden Powerfrau, des effizienten Karrieristen und der lässigen Start-up-Leute. Wolfi, mäßig erfolgreicher Theaterschriftsteller, hängt am Finantropf seiner Frau Kathrin, einer Medizinerin; der ungeliebte dörfliche Hauptarbeitgeber Gombrowski mit seiner Hundsvisege versorgt gleich zwei Frauen; Erzkommunist Kron und das Prolo-Tier Schaller hängen abgöttisch an ihren Töchtern; und dann wäre da noch Frederik, der elastisch-urbane Nichtsnutz und Computerentwickler, der seiner

pferdenärrischen Linda aufs Land gefolgt ist. Linda Franzen nun ist eine besonders interessante Figur. Sie hat es besonders faustdick hinter den Ohren, sie folgt den Weisungen des Persönlichkeitstrainers Manfred Gortz (toller



Trick von Zeh, unbedingt googlen!). Linda, als Jungunternehmerin und erfolgreiche Pferdeflüsterin, hat verstanden, was es heißt, die eigene Persönlichkeit fortlaufend zu optimieren – ganz ohne Rücksicht auf Verluste. Sie ist der weibliche Phänotyp

der Stunde. Juli Zeh hat eine feine psychologische Ader und ein sicheres Gefühl für die Zeitläufte. Zum Smartie Pilz, dem angereisten Windkraft-Lobbyisten, schreibt Zeh: »Einem wie Pilz ging es nicht mehr ums gute Leben, es ging nicht einmal um Geld. Was diese Generation antrieb, war der unbedingte Wunsch alles richtig zu machen. Keine Fehler zu begehen und dadurch unangreifbar zu werden. Das kapitalistische System pflanzte einen Angstkern in die Seelen seiner Kinder, die sich im Laufe ihres Lebens mit immer neuen Schichten aus Leistungsbereitschaft panzerten. Heraus kamen Arbeitszombies, die keine Angst davor hatten, von einem Dorfmob aufgemischt zu werden.« Denn fast alle Dorfbewohner sind natürlich gegen Landschaftsverschandelung, kreisende Rotorblätter und Vogelsterben. Aber die Front der Gegner bröckelt, alte Rechnungen werden hervorgezerrt. Heraus kommt in sechs Teilen, je vielfach untergliedert in Sichtweisen (»Fließ«, »Gombrowski«) ein so multiperspektivisches Psychogramm, ein solch lebenskluges Gesellschaftsbild, daß man sich am Ende ziemlich betrübt fragt: Woher die mediokren Aussagen einer Juli Zeh in Talkshows und ähnlichen Formaten? Sie wird es schon wissen.

Ellen Kositzka

Asien beginnt in den Vororten von Wien

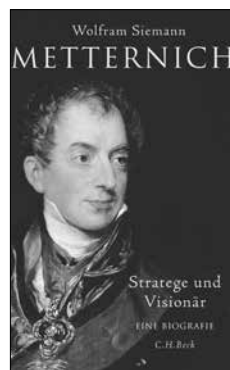
Wolfram Siemann: *Metternich. Strategie und Visionär. Eine Biographie*, München: C.H. Beck 2016. 983 S., 73 Abb., 34,95 €

Wolfram Siemanns Metternich-Biographie ist nicht nur ein Opus magnum von magistralen Ausmaßen, sie kann auch auf detaillierte Archivstudien, unter anderem in Prag und Wien, zurückgreifen und hat Aspekten Beachtung geschenkt, die bisher weitgehend übersehen wurden. Metternichs konzeptionelles Denken, sein Grand Design wird dabei besonders herausgearbeitet. Siemann schreibt allerdings ständig, und mitunter geradezu verbissen, gegen die noch immer einflußreiche Darstellung von Heinrich Srbik an. Dies kommt der Souveränität seines Werkes nur bedingt zugute. Srbik sah die Schwäche Metternichs vor allem in der Verkennung der Nationalitätenfrage. Demgegenüber betont Siemann, daß Metternich in übernationalen, imperialen Kategorien gedacht habe. Nationen hätten in dieser Konzeption, sowohl beim Wiener Kongreß als auch in der späteren Sicherheitspolitik, durchaus eine Rolle gespielt, jedoch nicht als Sprach- und Abstammungseinheiten, sondern primär als Rechtsgemeinschaften. Eindrucksvoll arbeitet Siemann die rationale Prägung Metternichs heraus. Sein am frühneuzeitlichen Gleichgewichtskonzept orientiertes Denken gewann demnach bereits früh und dank seiner Mainzer und Straßburger Studienzeit Konturen. Bemerkenswert ist auch, daß der junge Metternich zum Antritt seiner jeweiligen Gesandtschaftsposten in Dresden bzw. Berlin umfangreiche Denkschriften vorlegte, die sowohl die geostrategischen als auch die historischen Prägungen eindrucksvoll analysieren. Stark ist Siemann dort, wo er die Affinität Metternichs zum britischen Konzept Europas und insbesondere die große

Übereinstimmung mit Castle-reagh würdigt. Er macht zudem deutlich, daß Metternich aus einer bedeutenden Familie stammte, die allmählich in die Beletage des Adels aufstieg. Lange interagierte der Fürst, der als erster die Spitze der Rangpyramide erreichte, eng mit seinem Vater Franz Xaver. Strukturgeschichtliche Querschnittkapitel über Metternichs Verhältnis zu Krieg und Frieden mit eindrucklichen Äußerungen zu den Schrecken des Krieges, das enge Netzwerk mit verschiedenen Mätressen und Freundinnen, denen er sich in seinen Briefen erstaunlich öffnete, aber auch über Metternich als privaten Unternehmer erweitern das Spektrum. Gerade hier erliegt Siemann bei aller prosopographischen Detailkenntnis aber immer wieder falschen Aktualisierungen und macht sich teilweise unkritisch und schablonenhaft Genderperspektiven zu eigen. Die glanzvolle Sprache der Metternich-Briefe, das Wissen um die Unwägbarkeit des Daseins und die Zuflucht zu einer nur vernünftigen Religion kontrastieren eher hölzerne Kommentare des Historikers. Merkwürdig blaß bleibt Bonaparte als großer Gegenspieler: Er erscheint als wankelmütiger Charakter, zwischen Taktlosigkeit, Beleidigung und Schmeichelei schwankend. Zwischen Metternich und ihm zeichnete sich indes eine Verbindung ab, die das alte Diktum vom Feind, der die eigene Frage als Gestalt ist, rechtfertigt. Nüchterner operiert Siemann in der politischen Analyse. Er macht sich das Diktum zu eigen, daß die napoleonischen Kriege faktisch Weltkriegscharakter gehabt hätten. Er zeigt das taktische Geschick Metternichs, die Quadrupelallianz zusammenzuhalten. Zugleich rekonstruiert er eindrucksvoll die Umrisse der Wiener Ordnung und der Reorganisation

der Gesamtmonarchie bereits in der frühen Botschafterzeit. Durch sieben Epochen reichte nach Siemanns Darstellung das Leben Metternichs. Bis zuletzt war er, entgegen manchen Vorurteilen, fähig, auf veränderte Situationen zu reagieren. Siemann betont entgegen der berühmten Sottise vom »tanzenden Kongreß« die hohe Effizienz der Verhandlungen und den Ernst der Sache: die Generationenerfahrung von Krieg, Not und den daraus hervorgehenden vulkanischen Tendenzen. Entschieden zuwenig Verständnis bringt der Biograph für die nationale Frage auf. Es ist sein gutes Recht, den Fanatismus und Gesinnungsterrorismus des Kotzebue-Attentäters Sand kritisch zu glossieren. Doch kontrapunktisch sollte man auch die Grenzen des dynastischen Prinzips und nicht zuletzt die Grenzen von Metternich selbst in den Blick nehmen. So korrigiert diese Biographie manche Fehltritte der Vergangenheit, kommt aber selbst nicht ohne Fehltritte oder zumindest Einseitigkeiten aus. Wie bei vielen Großen wurde auch Metternichs Tod von den Zeitgenossen als »Fortziehen der alten Zeit« verstanden. Dies relativiert doch die teilweise fast hagiographischen Züge dieser Biographie und ihre Vereinnahmung Metternichs als des »Postmodernen aus der Vormoderne«. Mit solchen Epitheta bleibt Siemann unter seinem Niveau. Diese erste umfassende Metternich-Biographie nach neunzig Jahren besticht gleichwohl durch ihren global geopolitischen Blick und ihre hervorragende Quellen- und Literaturkenntnis. Große Geschichtsschreibung ist sie schon stilistisch nicht, und ihre Zeitbedingtheit aus antinationalem Affekt wird vermutlich von einem Späteren genauso korrigiert werden, wie Siemann Srbik korrigierte.

Harald Seubert



Das Weberschiffchen des Apostels

Emmanuel Carrère: *Das Reich Gottes*, Berlin: Matthes & Seitz Berlin 2016. 524 S., 24,90 €

Die Sujets des 1957 geborenen Emmanuel Carrère weisen eine erstaunliche Bandbreite auf: Auf sein Konto gehen unter anderem Biographien von Philip K. Dick und Eduard Limonow, eine Studie über »Alternativweltgeschichten«, der »True Crime«-Roman *Amok* sowie die philosophisch angehauchte Gruselserie *Les Revenants* (Die Wieder-gänger). Letztere handelt von der unerklärlichen Wiederkehr Verstorbener in einer französischen Kleinstadt: Die Toten sind weder Zombies noch Geister, sondern die Menschen geblieben, die sie waren. Im »Prolog« zu *Das Reich Gottes* zieht Carrère eine direkte Verbindung von der Serie zu einem Kerndogma des Christentums, der leiblichen Auferstehung Christi, die Paulus zum Fundament des Glaubens erklärt hat: »Ist aber Christus nicht auferstanden, so ist unsere Predigt vergeblich, so ist auch euer Glaube vergeblich.« Die Behauptung, ein Mensch könne realiter von den Toten auferstehen, ist auch nach 2000 Jahren »ein Ärgernis und eine Torheit«, die dennoch von Millionen geglaubt wird.

Auch Carrère selbst hat diesen Glauben eine Zeitlang geteilt. Im Jahre 1990, am Ausgang einer schweren Lebenskrise »von der Gnade berührt«, stürzte sich der Schriftsteller über einen Zeitraum von drei Jahren leidenschaftlich in den katholischen Glauben: »Während dieser Zeit ließ ich mich kirchlich trauen, ließ meine beiden Söhne taufen und ging regelmäßig in die Messe – und »regelmäßig« hieß nicht jede Woche, sondern jeden Tag.« Über zwei Jahrzehnte später nähert er sich seinem früheren Selbst und dessen bekenntnishaften Aufzeichnungen wie einem fremd gewordenen Menschen, wobei ihm insbesondere seine täglichen

Kommentare zum Johannes-Evangelium peinlich geworden sind. Sein Eifer erscheint ihm im Rückblick als eine Art von Selbsthypnose, deren inneres Gefüge er rekonstruieren muß. Kann er durch die Analyse seiner eigenen Erfahrung den Schlüssel zum Glauben der allerersten Christen finden? Erneut schlägt er das Neue Testament auf und gerät ein weiteres Mal in seinen Bann, diesmal allerdings aus gänzlich anderen Gründen. Was ihn diesmal fesselt, ist vor allem das Geheimnis seiner Autorschaft und der Motive seiner Verfasser. Dabei dient ihm der Evangelist Lukas als eine Art Alter ego, als Schriftstellerkollege, der eine Recherche unter den Zeitzeugen des Wirkens Christi durchführt und beginnt, seine literarische Vorlage, das rohe Evangelium des Markus, zu erweitern, zu verbessern, zu korrigieren und zu übermalen. Carrère scheint fasziniert von der Idee, man könne den Ursprung dieser Schriften, die zwei Jahrtausende prägen sollten – den Augenblick selbst, in dem der Griffel das Pergament berührt – zumindest in der Vorstellungskraft ergreifen: »Mit dem Brettchen auf den Knien setzt sich Timotheus im Schneidersitz zu Paulus' Füßen, und wenn es ein Bild von Caravaggio ist, sind diese Füße dreckig. Der Apostel läßt sein Weberschiffchen ruhen. Er hebt den Blick zum Himmel und beginnt zu diktieren. An dieser Stelle beginnt das Neue Testament.« Paulus, ein weiterer Schriftstellerkollege, wird neben Lukas und Carrère selbst zur dritten emphatisch betrachteten Hauptfigur von *Das Reich Gottes*, einem eigenwilligen Hybrid zwischen Autobiographie, Romanskizze und Einführung in die Fragen der »historisch-kritischen« Methode. Es führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, daß das Neue Testament voller Wi-

dersprüche, Lücken und zum Teil merkwürdig anmutenden Stellen ist, wobei Abschreib-, Übersetzungs- oder Überlieferungsfehler eine Rolle gespielt haben mögen; gleichzeitig kann sich auch Carrère dem Eindruck nicht entziehen, daß in den Worten Jesu eine einzigartige, authentische Stimme erklingt.

Er konzentriert sich in seiner Darstellung jedoch auf die Paulus-Briefe und die Apostelgeschichte, die ebenfalls von Lukas verfaßt worden sein soll. Der »historische« Christus bleibt eher in einem undurchsichtigen Hintergrund, ebenso ent-rückt, wie er es wohl bereits für Lukas war. Der Agnostiker Carrère kommt wie



viele Autoren zu dem Schluß: »Etwas« ist passiert nach dem Tod Jesu, aber was, bleibt ewig Gegenstand der Spekulation oder des Glaubens. Die Imagination des Drehbuchautors wird dabei zu einer Art Brücke zwischen beiden. Phantasievoll haucht Carrère seinem Paulus, Lukas und den zahllosen Nebenfiguren plastisches Leben ein, bis hin zu dem verführerischen, aber trügerischen Eindruck der schlüssigen Rekonstruktion: So könnte es gewesen sein. Entwaffnend ist dabei die exhibitionistische Offenheit, mit der Carrère noch die feinsten Verästelungen des Fühlens und Denkens seines dritten »Helden«, sich selbst, darstellt, wobei er sich mitunter ein wenig im Ton vergreift oder dem Leser allzu intime Dinge mitteilt. Dieses Hinabtauchen ist allerdings notwendig, um die komplizierten Wege zu zeigen, auf denen der Glaube und die Szenen, Bilder, Sätze des Neuen Testaments in der Seele eines Menschen zu wirken beginnen. Auch nach 500 Seiten hat Emmanuel Carrère sein Thema nicht erschöpft, und er lädt den Leser zu weiteren Umkreisungen auf eigene Faust und eigene Gefahr ein.

Martin Lichtmesz

Noch einmal: 1815

Jan Ganschow/Olaf Haselhorst: *1815 – Die Befreiungskriege und das Ende des Napoleonischen Zeitalters. Vorgeschichte – Verlauf – Folgen*, Graz: Ares 2015. 488 S., 29,90 €

Gewissermaßen als Schlußwort zur Bücherflut anlässlich der Jubiläumsjahre 2013–2015 hat der erfahrene Militärhistoriker Olaf Haselhorst zusammen mit dem Experten für Kriegsvölkerrecht Jan Ganschow ein beachtliches, dickleibiges Kompendium vorgelegt. Für die Bewältigung des Buches braucht der Leser einen langen Atem, beginnt der Gedankengang doch bereits tief im 17. Jahrhundert mit einer Geschichte des Absolutismus in Frankreich und einer kurzen Sozial- und Geistesgeschichte des 18. Jahrhunderts. Der Untertitel »Vorgeschichte – Verlauf – Folgen« ist ganz ernst zu nehmen. Um in der Beschreibung über die Aufstände von 1808/1809 als Wetterleuchten der Befreiungskriege bis zur Konvention von Taugoggen (1812) zu gelangen, benötigen die Autoren bereits 150 Seiten. Daß die eigentlichen Kriegshandlungen der Jahre 1813–1815 dann nur knappe, aber für den einigermaßen orientierten Leser ausreichende 50 Seiten in Anspruch nehmen, zeigt, daß Ganschow und Haselhorst in großen Räumen denken und keine reine Militärgeschichte schreiben wollten. Eigene Kapitel zu den Themen »Waffe, Waffengebrauch und Taktik«, »Der Kunstraub Napoleons«, »Wiener Kongreß und Heilige Allianz« sowie »Die Befreiungskriege in der Erinnerungskultur« bieten gebündelt alles, was die anderen zum Jubiläum erschienenen Bücher nur verstreut boten – wenn nicht noch mehr. Für Experten hilfreich, für die meisten Leser aber wohl zu lang geraten ist ein Kapitel über »Kriegsbrauch und Kriegsgreuel«, das



auf mehr als 120 Seiten nicht mit zeitgenössischen Schilderungen der Kriegsschrecken spart und ausführlich das Kriegs(völker)recht jener Zeit vorstellt. Überhaupt überrascht – positiv – der Mut der Verfasser, in derartiger Ausführlichkeit die Quellen sprechen zu lassen, freilich ohne sich hinter ihnen zu verstecken oder sich im eigenen Gedankengang zu verirren. Vor letzterem bewahrt sie schon die jederzeit nachvollziehbare und übersichtliche Gliederung des Werks. Biographische Notizen machen das Buch sogar als Nachschlagewerk interessant, sie stehen in Fußnoten je dort, wo die Person das erste Mal auftaucht (was etwas unübersichtlich ist, sie wären in einem Anhang besser aufgehoben gewesen). Auch an griffigen Formulierungen herrscht wahrlich kein Mangel (so im Vorwort von Lothar Höbelt das Wort vom inflationsgefährdeten Papiergeld als der »allgemeinen Wehrpflicht auf dem finanziellen Sektor«). Insgesamt ein fabelhaftes Buch, an dem im wesentlichen nur eines kritisiert werden kann: daß es mindestens zwei Jahre zu spät erschienen ist. Wer Haselhorst und Ganschow liest, kann auf die übrigen Gesamtdarstellungen getrost verzichten.

Konrad Gill

Wie fühlt sich das für dich an?

Heinz Bude: *Das Gefühl der Welt. Über die Macht von Stimmungen*, München: Hanser 2016. 144 S., 18,90 €

Gegenwartsanalyse ist ein undankbares Geschäft. Gerät sie zu konkret, kann man sehr danebenliegen. Daher bleiben viele Autoren im Ungefähren, um nicht festgenagelt werden zu können. Es kommt darauf an, die Analyse mit einem guten Schlagwort zu garnieren. Zu denjenigen, die diese Kunst

beherrschen, gehört zweifellos Heinz Bude, Jahrgang 1954. Der Professor für Makrosoziologie (Kassel) hat jetzt, nach geschickt vermarkteten Büchern zur »Berliner Republik«, dem Ende vom »Traum der Generationengerechtigkeit« und zur »Gesellschaft der Angst«, ein Buch über die »Macht der Stimmungen« vorgelegt.

Da in den letzten Jahren oft genug festgestellt wurde, daß die »Stimmung kippt«, liegt eine solche Untersuchung nahe. Der Titel läßt einen zu diesem Buch greifen – und ratlos zurück. Bude weiß nämlich selbst nicht genau, was eine Stimmung ist. Seine Definitionsversuche kreisen um den Begriff »Gefühl«. Wenn darin zahlreiche Menschen übereinstimmen, entsteht eine Stimmung. Eine Stimmung, das erwähnt Bude mehrfach, kann aber auch den Einzelnen befallen, ohne daß sie irgendetwas mit der übergreifenden Stimmung, z. B. im Lande, zu tun haben muß. Grundsätzlich gibt es nichts, was für die »Stimmung« keine Rolle spielen würde, was sie zu einem schwierigen Gegenstand macht. Bude nennt einige historische Beispiele für Denker, die sich mit der »Stimmung« beschäftigt hätten (etwa Heidegger, dessen »Gestimmtheit« Bude einfach synonym gebraucht). Seine eigentlichen Ausführungen legt Bude so an, daß er aus einem Gegensatzpaar die Auswirkungen auf die Stimmung ableitet: der »heimatlose Antikapitalist« und der »entspannte Systemfatalist« bilden den Auftakt, um dann den Wirkungen des Konsums (Enttäuschung und Engagement) sowie dem Verhältnis der Generationen, der Geschlechter und dem von Etablierten und Außenseitern nachzugehen. Je nachdem, was da dominiert, wird sich die Stimmung gestalten, durch Massenmedien entsprechend verstärkt. Diese Einsicht ist banal (ebenso, daß sich Menschen nicht nur von rationalen Argumenten leiten lassen), und es ist zumindest merkwürdig, daß solcherlei als neue Erkenntnis angepriesen wird. Immerhin

stammt der Klassiker zu diesen Fragen aus dem Jahr 1895: Gustave Le Bons *Psychologie der Massen*, den Bude nicht einmal erwähnt. Was er ebenfalls nicht erwähnt, sind die essentiellen Überlegungen Hans Freyers zum »objektiven Geist« (1923) und damit zum Zeitgeist, zu dem die Stimmungen in irgendeinem Verhältnis stehen müssen.

Letztlich ist Bude aber selbst Opfer (oder Mittäter, hier sind die Grenzen fließend) eines Phänomens geworden, das der Journalist Carl Christian Bry bereits Mitte der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts beschrieb: der Ablösung der Argumente durch die Stimmungen, die vor den Wissenschaften nicht haltmacht. Indem man alles mit allem in Beziehung setzt, entsteht eine Stimmung, keine Argumentation. Bude beschreibt nicht nur die Stimmung, er erzeugt selbst eine, wenn er aus den Stimmungen den fatalistischen Pragmatiker als Ideal der Zukunft präsentiert und damit jede Tat als gestrig abqualifiziert.

Erik Lehnert

Zur Stunde der Finsternis

Michael Fiedrowicz (Hrsg.): *Kardinal Pie von Poitiers – Nachfolger des hl. Hilarius. Ausgewählte Texte*, Fohren-Linden: Carthusianus 2014. 304 S., 26.90 €

Um zu erkennen, daß am Liberalismus die Völker zugrunde gehen, mußte ein weitblickender Denker nicht erst das 21. Jahrhundert abwarten. Schon zu seiner Zeit konnte er deutlich ermessen, welche Früchte auf dem Acker eines schweren Irrtums zu erwarten sind. Ein solcher Mann war der Bischof von Poitiers, Louis Kardinal Pie (1815–1880), der seinem selbstherrlichen 19. Jahrhundert die üblen Nebenwirkungen des Fortschritts

nicht bloß bei Gelegenheit von banalen Sonntagsreden vor Augen hielt, sondern der dessen auf einem illusionären Weltbild beruhende Trugschlüsse lückenlos aufdeckte. In einer präzisen wie schlichten Sprache legte Pie ausführlich dar, daß die ontologische »Bescheidenheit« des modernen Menschen, alles Planen und Handeln einzig an den Notwendigkeiten



des Diesseits auszurichten, eine völlige Verkennung der wirklichen Seinsordnung ist und letztlich zum Untergang der liberalen Gesellschaft selbst führt. Das Heil kann nach Pie nicht im kompromißlerischen Paktieren mit den grundfalschen Prinzipien des Liberalismus liegen, sondern vielmehr in der entschiedenen Abkehr von ihnen und in der Hinwendung zu dem, »durch den alles erschaffen ist«.

Da nun das Unheil, das Pie und andere wache Zeitgenossen längst vorausgesehen haben, über die Völker des liberalen Westens mit voller Wucht hereinbricht, ist es erfreulich, daß die Hauptschriften des Kardinals nun auch auf Deutsch vorliegen. So kann sich auch der deutsche Leser von Pies Gedankengängen einen umfassenden Eindruck verschaffen. Die Sorgfalt, die Michael Fiedrowicz bei dieser Ausgabe repräsentativer Schriften Pies walten ließ, erleichtert die Lektüre erheblich. Den Texten ist eine sehr detaillierte Einführung in Pies Leben, sein Denken und Wirken vorangestellt, die Schriften selbst sind nach Themengruppen geordnet. Beide Abschnitte sind mit reichlichen Anmerkungen versehen, im Anhang finden sich außer einem Abkürzungsverzeichnis eine Bibliographie und ein Personen- und Sachregister. Als »höherer Realist« (im Sinne Dostojewskijs) unterlag Kardinal Pie keinerlei Illusionen über die Erfolgsaussichten seiner Sache in einer gefallenen Welt, vielmehr war ihm bewußt, daß der verblendeten Menschheit ihre schwärzesten Stun-

den noch bevorstehen. Kurz vor seinem Tode hinterließ er für die »Stunde der Finsternis« eine Maxime, die zu beherzigen für jedermann heilsam sein dürfte: »Ihr alle, meine Brüder, wenn ihr dazu verurteilt seid, den Triumph des Bösen zu sehen, spendet ihm niemals Beifall, sagt niemals zum Bösen: du bist das Gute; zur Dekadenz: du bist der Fortschritt; zur Nacht: du bist das Licht; zum Tod: du bist das Leben.«

Sophia Gatzmaga

Was man heute wild nennt

Geoffroy de Lagasnerie: *Die Kunst der Revolte. Snowden, Assange, Manning*, Berlin: Suhrkamp 2016. 158 S., 19.95 €

Geoffroy de Lagasnerie gilt als »junger Wilder der französischen Philosophie« (*Der Spiegel*). Dabei ist der Aktivist gegen Homophobie und Fremdenhaß, eifertige Denunziant konservativer Kollegen und Warner vor dem »Rechtsruck« in Frankreich alles andere als rebellisch.

De Lagasnerie, 1981 geboren, studierter Soziologe und Philosoph, lehrt an der École Nationale Supérieure d'Arts in Cergy. Schlagzeilen machte er erstmals 2014, als er in der Zeitung *Liberation* einen »mutigen« Aufruf gegen die Teilnahme des als konservativ geltenden Historikers Marcel Gauchets am »Rendez-vous de l'Histoire de Blois« veröffentlichte. Als Konservativer, so der Duktus des Pamphlets, stünde es ihm nicht zu, über das damalige Thema der Konferenz, die »Rebellion«, zu sprechen.

Ähnlich konformistisch wie diese Episode liest sich das Buch *Die Kunst der Revolte*, das nun im Suhrkamp-Verlag erschienen ist (und damit de Lagasnerie den letzten Nimbus einer Tour gegen das Establishment raubt). In diesem Essay nimmt er auf Edward Snowden, Julien Assange und Bradley/Chelsea Manning Bezug, anhand derer er eine neue Theorie des Politischen ent-

wickeln will. Er sieht in diesen drei *Whistleblowern* die Vorboten eines neuen politischen Subjekts, das gleichzeitig Träger und Knder eines neuen Nomos sein soll.

Dabei geht es de Lagasnerie weniger um das Wesen des Infokriegs, also den »Leak« zentraler und wichtiger Daten, als um die Art und Weise, wie er vonstatten geht. Er hält drei für ihn wesentliche Aspekte fest (die, typisch für die kontemporäre französische Philosophie, unter einem Wust an »detours« vergraben sind). Die neuen politischen Subjekte treten nicht als konkret lokalisierbare, nationale Gruppe, sondern als globales Phänomen wie das Kollektiv Anonymous auf.

Ihre Aktivisten wollen sich in der Regel nicht der Öffentlichkeit stellen und »zu ihren Taten stehen«. Ebenso versuchen sie sich mit der »Praxis der Flucht« der nationalen Gerichtsbarkeit zu entziehen. Der Autor sieht darin eine Antithese zum klassischen zivilen Ungehorsam der Bürgerrechtsbewegungen. An ihnen und an Theoretikern wie Rawls, Butler und anderen kritisiert er eine grundsätzliche Akzeptanz der »ursprünglichen Entscheidung«, der »Eingeschlossenheit« in einer präexistente Gemeinschaft. Deziert meint er damit sowohl den Staat als auch die Familie, und überhaupt jede »kontingente Situation«, in die man abhängig und »verwurzelt« hineingebohren wird. Dies sei, so de Lagasnerie, höchst »undemokratisch«, da man nie danach gefragt wurde.

Gegen diesen »Zwang« soll nun mithilfe des Internets mit Snowden und Co. als Avantgarde eine »Entnationalisierung der Geister« stattfinden. De Lagasnerie entlarvt sich als altbackener universalistischer Ideologe, der in marxistischer Manier auf eine Überwindung anthropologischer Konstanten durch die »Elektrifizierung« hofft. Was de Lagasnerie mit

»Demokratie« und »Freiheit« meint, ist nichts anderes als das völlige bindungslose hypertrophe Subjekt der Aufklärung, das eigentlich seit Nietzsche und Heidegger zu Ende kritisiert ist. Hier wünscht man sich, der Autor hätte den von ihm vielzitierten Foucault etwas gründlicher gelesen. Insgesamt ist das ganze Buch fast eine intellektuelle Beleidigung für jeden, der sich tiefer mit politischer Philosophie und Ideengeschichte auseinandergesetzt hat. Es wäre nur ein mitleidiges Lächeln wert, wenn das, was de Lagasnerie sich links-utopisch herbeisehnt, nicht schon neoliberal-pragmatisch umgesetzt würde. In den Think-Tanks von Silicon Valley arbeitet man tagtäglich am Abbau nationaler Bezugssysteme, an der »Enfesselung« des Menschen von jeder Kontingenz, an einem transhumanistischen »freien Geist«. Daß diese Entwicklung aber keine »Freiheit«, sondern eine Verfallenheit an das Gestell, keinen »neuen Menschen«, sondern einen Cyborg, und kein liquides Wunderland des herrschaftsfreien Diskurses, sondern ein postdemokratisches *Gangland* globaler Trusts und Datenkraken einläutet, ist offensichtlich. Es ist all jenen klar, die dem politischen Universalismus erwachsen sind, den dieses biedere Buch wiederkut.

Martin Sellner

Endlich kompetent!

Christoph Türcke: *Lehrerdmmerung. Was die neue Lernkultur in den Schulen anrichtet*, München: C.H. Beck 2016. 159 S., 14,95 €

Ein ulkiger Titel, eine eklatant irreführende Covergestaltung! Wer demgem hier ein fallbeispielbestcktes Kompendium samt Zehn-Punkte-Plan, »wie es besser laufen könnte«, erwartet: Nicht mit diesem Buch! Trost: Es ist viel

besser. Christoph Türcke, der seit Jahrzehnten als »Umstrittener« gilt, erweist sich in diesem klug untergliederten (etwa: »Einheitsdruck«, »Ausgrenzung«, »Abitursinflation«) Langessay als hochgebildeter, ebenso scharfsinniger wie -zngiger Autor. Bis 2014 war Türcke, Jahrgang 1948, Philosophieprofessor an der Hochschule für Gestaltung und Buchkunst in Leipzig. Hier räumt er in schönster Sprache (heißt: gedanken- und bilderreich, eloquent, dabei nie verquast und keinen Ideologemen verpflichtet) mit den zwei Grundirrwegen der neuen Pädagogik auf, die kaum öffentlich aufs Tapet kamen: dem Inklusions- und dem Kompetenzwahn. Türcke bezieht sich dabei selten auf die konkreten Bildungspläne (wohl aber polemisch auf die pädagogischen Knabenblutentrume eines Richard David Precht), er schöpft aus 2500 Jahren Geistesgeschichte und hält deren Erkenntnisse jenem Megatrend entgegen, den er als »neoliberalistisch« auffaßt. Das schmale Bchlein ist dabei so dicht, daß man nach der Lektüre gemessen am Erkenntnisgewinn das Gefühl hat, mindestens ein Vierfaches absolviert zu haben. Der megaflexible Neoliberalismus, so Trckes Grundthese, hat in den letzten Jahren nichts weniger als eine pädagogische Revolution geschafft: indem er *Homo sapiens* in einen *Homo competens* umdefinierte. Wer mag, schaue sich einmal die tönernen »Lehrpläne« seines jeweiligen Bundeslandes an: Es werden »Schlüsselkompetenzen« definiert, es geht (immer höchst abstrakt) um »kompetenzorientierte Unterrichtsgestaltung«, um »kompetenzorientierte Leistungsbewertung« – die ollen »Wissenbestnde« zählen unter ferner liefen. »Hohe soziale Kompetenz« (Precht) ist das gummiartige Maß aller Dinge, während alle Sach- und Fachkompetenzen nur so weit zählen, wie sie dem Paradigma des gemonitorten Schlercoachings zuträglich sind. Als Zugabe wurde dem »kompetenten«

Schüler, pardon: Individuum (das über einige *Soft skills* verfügt, Wissen im Internet nachschlagen kann, sich vor allem modischen Erfordernissen geschmeidig und haltungslos anpassen kann) ein weiteres Zauberswort »von ganz oben« oktroyiert: die Inklusion. Sprich: Alle Schüler »mit ihrer Vielfalt an Kompetenzen und Niveaus« werden in einer Lerngruppe willkommen geheißen. Türcke: »Als entstünden die Defizite und Beschädigungen der Schwachen erst dadurch, daß man sie als solche wahrnimmt und bezeichnet.« Messerscharf wendet sich Türcke gegen den so modischen wie wohlfeilen Ausgrenzungsdiskurs, den via »Behindertenkonvention« eine Aura umwehe, »als sei er die vom Geist des neuen Weltcredo inspirierte heilige Schrift«. Stemen läßt sich solch ideologischer Irrsinn nicht durch

den alten Typus des Lehrers, der gemäß Türckes Hinführung wesentlich ein »Zeiger« sein sollte, sondern durch mobile Lernteams und -labore, die punktuell als Reparaturbetrieb fungieren – und dies notwendig mehr schlecht als recht tun. Türcke warnt eindringlich davor, den von ihm



geschätzten Unterricht durch einen im besten Fall charismatischen und zugeneigten Lehrer mit stupidem Auswendiglernbetrieb und »Gleichschritt« zu verwechseln. Dies seien ungerechte und ungerechtfertigte Zuweisungen, genau wie die demagogische Gegenüberstellung von »trägem Wissen« versus »lebendiger Unterrichtskultur«, im Rahmen derer Zehnjährige dann als »verantwortungsbewußte Rechtsschreibstrategen« fungieren. Türcke preist das (handschriftliche) Schreiben als »Geste der Hingabe«, das Reproduktive als Einübung des Produktiven. Wer seinen Kindern einrede, jedes Auswendiglernen sei per se stumpf, betrüge sie um ein »Medium der mentalen Entfal-

tung«. Sei es nicht aberwitzig, Bach einen Kreativitätsmangel vorzuwerfen, weil er sich Vorgaben (Kantatenform, Fugenschema) unterworfen habe, statt seine Musikalität frei hervorquellen zu lassen? Eltern, Lehrer, Lehramtsstudenten, Referendare: Türcke lesen!

Ellen Kositzka

Vom Ende der alten Ethik

Konrad Ott: *Zuwanderung und Moral*, Stuttgart: Reclam 2016. 94 S., 6 €

Anlaß für seinen Essay *Zuwanderung und Moral* war laut Konrad Ott die »geschichtlich gesehen beispiellose Situation« der massenhaften unregelmäßigten Zuwanderung von Fremden nach Deutschland ab Herbst 2015.

Die Frage, wie mit einem solchen Zustrom von Flüchtlingen und Migranten umzugehen sei, hat zu erbitterten politischen Auseinandersetzungen geführt. Rechtlichen Regelungen der Zuwanderung (etwa Asylrecht) sind unterschiedliche Moralvorstellungen vorgelagert, die in der Deutungsmacht der politischen Öffentlichkeit konkurrieren. Hier will der Professor für Philosophie und Ethik Orientierung anbieten. Er bezieht sich in seinen Überlegungen ausschließlich auf Max Webers idealtypische Unterscheidung zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik. Sehr genau und facettenreich beschäftigt sich Ott mit der Gesinnungsethik. Als deren ethisches Fundament diene der normative Individualismus in Verbindung mit der Menschenrechtsmoral und der Vorrangigkeit (*overridingness*) moralischer vor anderen Gründen. In Verbindung mit einer von Gesinnungsethikern eingeforderten politischen Korrektheit erscheint diese Ethik im Diskurs nahezu unangreifbar. Man kann die Gesinnungs-

ethik als die Moral der Gutmenschen bezeichnen. Kennzeichnend für diese Moral ist: Alle Einwandernden werden zu Flüchtlingen, denen zu helfen ist, ohne zwischen Wandlungsmotiven zu differenzieren. Es besteht die moralische Pflicht, unbegrenzt viele Menschen »in Not« aufzunehmen. Belange von Kollektiven (Völker, Staaten) sind nachrangig. Zu Ende gedacht, mündet die Gesinnungsethik in eine Politik der offenen Grenzen, verbunden mit der Hoffnung auf einen Endzustand der Welt, in dem alle Menschen zu gleichen Teilen an den Gütern dieser Erde teilhaben. Das erinnert stark an das von Marx propagierte kommunistische Verteilungsprinzip – weshalb die massenhafte Zuwanderung auf linke Intellektuelle eine so große Faszination ausübt. Darüber handelt ein eigenes Kapitel (Gesinnungsethik, Politik und die Neue Linke).

Im Unterschied zur Gesinnungsethik denkt die Verantwortungsethik stärker pragmatisch, abwägend und folgenorientiert und steht entsprechend stärker in den Traditionen der politischen Philosophie und des Staatsrechts. Verantwortungsethiker unterscheiden zwischen Migration und Asylgewährung. Sie betrachten das Asylrecht als temporäres Teilhaberecht. Armut wird nicht als Fluchtgrund anerkannt. Das *Open-Border*-Argument steht auf dem Prüfstand, da durch unregelmäßige Massenzuwanderung Souveränität und Rechtsstaatlichkeit gefährdet sind.

Konrad Ott vermeidet, mitunter bemüht, eine Festlegung auf die eine oder andere Moral. Er weist auf die theoretische Aporie hin, wonach sich die Gesinnungsethik aus verantwortungsethischer Sicht politisch nicht durchhalten läßt, wohingegen die Verantwortungsethik aus gesinnungsethischer Perspektive moralisch nicht trägt.

Das bedeutet, daß man sich in der Praxis zu einer politischen Positionierung durchringen muß. Zwischen unreflektierter Hypermoral und einem

verantwortlichen Umgang mit den exorbitanten Wanderungsbewegungen wird sich zukünftige Politik abspielen. Herkömmliche Ethiken kommen an ihre Grenzen.

Das detailreiche Reclam-Bändchen bietet eine gute Gesprächsgrundlage, hilft bei der eigenen Positionierung, inspiriert die politische Diskussion und wäre bestens für den Ethik-Oberstufenunterricht an Schulen geeignet.

Monika Leiser

Freiheit in Bindung

Larry Siedentop: *Die Erfindung des Individuums. Der Liberalismus und die westliche Welt*, Stuttgart: Klett-Cotta 2015. 495 S., 29.95 €.

Angesichts aufsteigender Mächte in Asien und vor dem Hintergrund zunehmender islamischer Kontingente in den ehemals »Abendland« genannten Regionen kann die drängende Frage nach dem Eigenen Europas nicht erstaunen: Was begründet unser Wertesystem? Was steht im Zentrum unserer Überlieferung? Zu denjenigen, die neue Zugänge zu diesem Thema suchen, zählt der Oxford-Politiktheoretiker Larry Siedentop. Bereits vor einiger Zeit erregte er Aufsehen mit seiner These von der engen Verbindung von Christentum und moderner Demokratie. Nunmehr geht er den älteren Wurzeln des Liberalismus nach, die weit vor der Epoche der Aufklärung Konturen annehmen.

Siedentop zeigt, wie die junge Kirche im Laufe von Jahrhunderten den antiken Geisteskosmos und die Alltagswelt umformte. Paulus gilt ihm als maßgeblicher Katalysator von Individuationsprozessen. Seine Vorstellung von der Gleichheit vor Gott griff zwar erst spät auf rechtliche, politische und soziale Strukturen über, war aber eine grundlegende Voraussetzung für weitreichende Umwälzungen. Ursprünglich stand das Christentum, bei Siedentop materialreich untermauert, sogar für Frauen-

emanzipation. Von dieser Perspektive aus ist ein Bogen zu schlagen, der von Augustinus und von der Erziehungsfunktion des mittelalterlichen Mönchtums über das Naturrecht, die Reformation und den Humanismus bis zu bestimmten Ansätzen des aufgeklärten Denkens reicht. Der Säkularismus ist der Moderne liebstes Kind. Siedentop untersteht sich, ihm das Gütesiegel auf legitime Verweltlichung streitig zu machen. Er definiert Menschsein in einem famosen Schlußkapitel als freie, verantwortliche Entscheidungsfähigkeit. Hier kommt eine tief moralische Dimension des Verständnisses von Säkularismus ins Spiel. Dieses christliche Erbe verhindert Entstellungen des Liberalismus, wie sie sich im Marktradikalismus und im asozialen Individualismus zeigen. Siedentop ist die erste Adresse unter den europäischen Ideenhistorikern, wenn es darum geht, genealogische Fehlinterpretationen aufzudecken. Man darf seinen Gedanken weite Verbreitung wünschen, wenn gleich bei genauerem Hinsehen deutlich wird, daß die Linien komplizierter sind, als Siedentop sie oft darstellt.

Felix Dirsch

Dennoch die Sichel halten

Mario Keßler: *Grenzgänger des Kommunismus. Zwölf Porträts aus dem Jahrhundert der Katastrophen*, Berlin: Karl Dietz 2016. 285 S., 19.90 €

Das »kurze 20. Jahrhundert« (Iván T. Berend) war das Zeitalter der radikalen weltanschaulichen Entwürfe. Zahlreiche Intellektuelle bewegten sich im Umfeld autoritärer und totalitärer Bewegungen: Sie wollten prägen und beeinflussen, lenken und korrigieren. Joachim Fest beschrieb den mitunter schmerzhaften Entwicklungsprozeß solcher Intellektueller als eine »Ge-

schichte der Täuschungen und Enttäuschungen«; ein Verlauf, der in dieser Dialektik aus Hoffnung und Verzweiflung am eigenen ideologischen Milieu bei Kommunisten wie auch bei Faschisten oder Nationalsozialisten zu diagnostizieren ist. Dabei gilt für alle Seiten: Die Grenzgänger eines Spektrums sind spannender als die Stromlinienförmigen. So, wie im Faschismus

die Lebenswerke dissidenter Träumer vom Typus eines Pierre Drieu la Rochelle oder eines Berto Ricci mehr Reiz aufweisen als die der strikt Parteigläubigen, so, wie im Nationalsozialismus nichts Gehaltvolles innerhalb der Führungsclique, sehr wohl aber an den be-

wegungsoppositionellen Rändern um die »Schwarze Front« erdacht wurde, so ist auch im Kommunismus des vergangenen Jahrhunderts die Gestalt des Grenzgängers heute noch aufschlußreicher und anziehender als die des Dogmengeleiteten.

Mit Mario Keßler hat nun ein Historiker mit bereits in zahlreichen Studien erwiesenem Wissensfundus über linke Intellektuelle eine Textsammlung vorgelegt, die zwölf Porträts kommunistischer Grenzgänger beinhaltet. *Grenzgänger* ist vor allem eine Abgrenzung: einerseits zum »Renegaten«, dem eifernden Ex-Kommunisten, und andererseits zum »Ketzer«, der zwar anderer Meinung als die Führung der jeweiligen kommunistischen Partei ist, sich ihr aber am Ende unterordnet. Der kommunistische Grenzgänger hingegen kann sich ein Leben ohne Partei vorstellen – seine Treue gilt der Idee, keiner Institution oder Person. Insbesondere die Unterscheidung Renegat/Ketzer geht auf den Geschichtsschreiber der Russischen Revolution und ihrer Köpfe Isaac Deutscher zurück, der selbst zu den Porträtierten zählt. Es ist dies die – nach Ansicht des Re-



zensenten – interessanteste Einzelstudie im vorliegenden Band. Deutscher wird gezeichnet als ein akribisch arbeitender Historiker, der für seine Stalin-Biographie geradezu von Stalinisten als Troztkist, von Troztkisten als Stalinist bezeichnet wurde (dasselbe Spiel unter umgekehrten Vorzeichen gilt für seine mehrbändige Trozki-Biographie) und »zwischen den Stühlen« ein intellektuell redliches Forscherleben führte.

Aus rechter Sicht sind sicherlich besonders Alfred Kantorowicz und Ruth Fischer von Interesse. Kantorowicz war vor seinem Beitritt zur KPD im Umfeld der Konservativen Revolution aktiv, publizierte in Hans Zehrer's *Tat* und verlor die »deutsche Frage« weder vor noch nach seinem erzwungenen Exil – er war wie das Gros der Porträtierten jüdischstämmig – aus dem Auge.

Ruth Fischer hingegen sprach 1923 während der Ruhrbesetzung vor Kommunisten wie Nationalisten und wollte letzteren die Notwendigkeit eines fundierten Antikapitalismus injizieren, der mehr sein müsse als bloßes Ressentiment gegenüber jüdischen Unternehmern bei Duldung der »eigenen« Kapitalistenklasse. In mehreren Reichstagsreden appellierte sie indes an die nationalen Gefühle der Arbeiterklasse. Nach Weimar blieb sie eine zeitlebens Suchende zwischen den Polen Kommunismus und Antikommunismus; sie durchlebte mehrere weltanschauliche Wenden.

Diese zeitweiligen Grenzgänger nach rechts sind jedoch die Ausnahme: Überwiegend sind die Porträtierten undogmatische Sozialisten und Kommunisten, die aufgrund eigenständiger weltanschaulicher Wege in Konflikt mit der jeweiligen KP-Führung gerieten. Ob Karl Korsch, Arthur Rosenberg, Arkadi Maslow, Ossip Flechtheim, Susanne Leonhard, Walter Grab oder Stefan Heym – sie alle suchten nach Alternativen im Kommunismus. »Es gibt kein richtiges Leben im falschen«, möchte man den idealistischen Mate-

rialisten hinterherrufen, ihnen, die selbst nach erlittener Verfolgung und Folter fest an der kommunistischen Idee festhielten. Mario Keßler stellt zwar unter Beweis, daß seine publizistische Vorliebe für vom Kommunismus verfemte Kommunisten weiterhin ertragreich ist, muß sich selbst aber die Frage gefallen lassen, ob ihm tatsächlich an der Freiheit des (gedruckten) Wortes gelegen ist – oder nur dann, wenn diese innerhalb des eigenen linken Solidar-Milieus in Gefahr ist. Denn Keßler zählte zu jenem tobenden Personenkreis, der die Publikation der deutschsprachigen Edition der Trozki-Biographie von Robert Service (Berlin 2012) aus ideologischen Gründen verhindern wollte.

Benedikt Kaiser

Zu viele zu gleich

Hans-Hermann Hoppe: *Eine kurze Geschichte der Menschheit. Fortschritt und Niedergang*, aus dem Englischen übersetzt von Robert Grözinger, Grevenbroich: Lichtschlag 2015. 132 S., 16,90 €

Hans-Hermann Hoppe, einer der weltweit profiliertesten Libertären, wurde hierzulande mit seinem Buch *Demokratie – Der Gott, der keiner ist* bekannt. Mit seinem anarcho-kapitalistischen Ansatz steht er in der Tradition der ökonomischen Schulen von Ludwig von Mises und Murray N. Rothbard. In seinem neuesten Buch arbeitet er Wende marken der Weltgeschichte knapp und prägnant heraus. Eine nachhaltige Zäsur ist für ihn die sogenannte neolithische Revolution vor ungefähr 11000 Jahren, die über einen langen Zeitraum aus Jägern und Sammlern sesshafte machte. Obwohl die heutige Forschung zumeist die tiefen Ambivalenzen der kolossalen Wandlungsprozesse betont, hebt Hoppe die wegweisenden

Veränderungen hervor. Langsam konnten weitreichendere Formen von Privateigentum entstehen, darüber hinaus verbreitete sich die Monogamie. Als Grund für diese so wirkmächtige Zäsur nennt der Verfasser den Versuch, die Malthussche Falle zu überwinden. Sie beschreibt das Dilemma der zwangsläufigen Verminderung von Nahrungsmitteln beim Anwachsen der Bevölkerung, das erst infolge der neuen Möglichkeiten, die die technischen Produktionsmöglichkeiten als Folge der industriellen Revolution boten, vollständig überwunden werden konnte. Erst um 1800 begann die Produktivität schneller zuzunehmen, als die Bevölkerungszahl stieg.

Hoppe findet eine andere Erklärung als seine Lehrer: Er konstatiert eine Steigerung humaner Intelligenz, bedingt durch genetische Mechanismen, was sich allerdings über Jahrtausende hinzog. Zu diesem Zeitpunkt gelang es, einfache in produktive Ersparnisse zu investieren. Fällt der »positive« eugenische Effekt der Malthusschen Falle weg, so breiten sich mehr und mehr Unterschichten aus, die ohne Sozialstaat nicht überleben können. Dieser wurde zum Leidwesen des Libertären weiter ausgebaut durch die Transformation etlicher Monarchien in demokratische Systeme im 20. Jahrhundert. De-

ren Eliten können das »Stimmvieh«, das sich gern die Stimmabgabe vergolden läßt, nicht ignorieren – Staatsverschuldung und Zerrüttung der Staatsfinanzen hin oder her. Hoppe stellt am Ende seiner in toto zustimmungsfähigen Abhandlung fest,

daß das Ende der Malthusschen Falle (mit allen negativen Konsequenzen) nicht irreversibel sei.

Ein wenig mehr über etwaige, sicherlich problematische Lösungsmöglichkeiten hätte der Leser gerne noch erfahren.

Felix Dirsch



Café Schnellroda

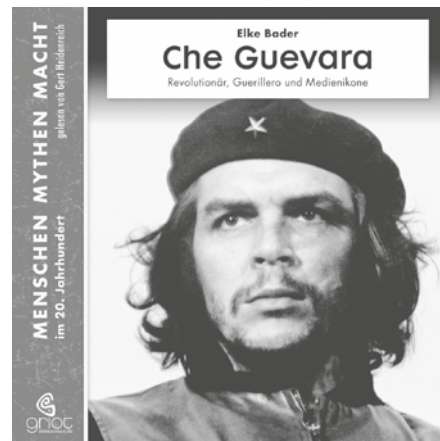
Es verirren sich oder kommen gezielt immer wieder Leser und Neugierige aufs Rittergut nach Schnellroda. Das freut uns sehr – doch meist müssen die Mitarbeiter von *Sezession* und Verlag Antaios den unangemeldeten Gast enttäuschen, weil ein Büroalltag eben eine dichte Arbeitsatmosphäre hat, in der die Abläufe nicht unterbrochen werden können. Wir haben deshalb entschieden, ungefähr einmal im Monat an einem Samstagnachmittag das »Café Schnellroda« zu öffnen: Am 23. Mai war Premiere. Kaffee und Kuchen, später Präsentation einiger aktueller Bücher zum Thema »Meinungsfreiheit und moderne Zensur«, danach bis in den Abend Brote, Bier und Wein. Über den halben Tag verteilt kamen rund sechzig Besucher. Keine Schnitte, kein Kuchenstück ist übriggeblieben, allein anderthalb Kästen Bier. Die wurden vier Wochen später geleert. Da war der Ansturm aufs Café überwältigend, las doch abends Akif Pirinçci im Schnellrodaer »Schäffchen«. Der Termin für das Juni-Café wird mit dem Staatspolitischen Kongreß (18./19.) zusammenfallen. Über den Julitermin werden wir auf sezession.de informieren.

Che auf CD

Ein sehr empfehlenswertes Hörbuch über den Revoluzzer-Popstar Ernesto Che Guevara ist im Griot-Hörbuchverlag erschienen. Dieser Verlag bietet in seiner Reihe *Menschen, Mythen, Macht* mittlerweile rund zwei Dutzend Porträts historischer Größen an. Elke Bader, die Redakteurin der Reihe, ist zugleich Verfasserin des Hörbuchs über Guevara, das ohne Längen drei CDs füllt (samt sehr hilfreichem Booklet 14,90 €). Es ist von vornherein ein Signal, daß Bader sich stark an den Deutungen des Halbnegaten Gerd Koenen orientiert, der als Teilnehmer der Szene gründlich mit seinen 68er-Genossen abgerechnet hat.

Che's Leben wird vom ersten Atemzug bis zur letzten Kugel nacherzählt, und zwar mit einem hauchfein ironischen Unterton: Che wird nicht als der Heroe gefeiert, der er als WG-Zimmer-Plakat-Ikone für linke Gefühle samt veruchtem Hintergrund war. An etlichen Stellen seines Lebenswegs hätte es nämlich auch ganz anders weitergehen können – Marx und Coca-Cola konkurrierten ernsthaft um diesen selbstverliebten Egomane. Marx gewann, und das wird stimmig erzählt: Wie die Unentschiedenheit aus Che Guevaras Leben wich, als er sich eingeordnet und gebraucht sah als Teil der kubanischen Befreiungsbewegung und bald als eine ihrer treibenden Kräfte. Der Einbruch der Relevanz in das Leben, so könnte die Überschrift zu dieser Lebensphase lauten. Es ist ein Verdienst des Hörbuchs, daß es auch das individuell grau-

same Vorgehen Che Guevaras gegen die tatsächlichen und vermeintlichen Feinde der Revolution ausführlich thematisiert: die eigenhändigen Folterungen und Hinrichtungen, außerdem das politische Versagen Ches als Präsident der kubanischen Nationalbank und als Handelsminister Kubas. Che hatte an Fakten, an sachkun-



digen Entscheidungen und an verantwortungsbewußter Kärnerarbeit für das revolutionierte Volk kein Interesse. Der Ton des Hörbuchs paßt ausgezeichnet zu Che Guevaras ständiger Flucht nach vorn in eine permanente Revolutionierung seiner Umgebung. Weiteres Plus: Für die Enteroisierung dieser Ikone konnte Griot mit Johannes Steck und Gert Heidenreich zwei professionelle Sprecher gewinnen. Natürlich werden kaum diejenigen, denen es vor allem guttäte, die drei CDs hören. Aber die Bekämpfung des Halbwissens, gepaart mit Ausnüchterungspassagen, ist nie falsch in Zeiten völlig unangemessener linker Mythenbildung.

Bestellungen: griot-verlag.de

Netzwerkwerke

Nicht jeder, der Einfluß zu nehmen sucht, ist gleich ein Lobbyist; nicht jeder, der es vereint mit anderen tut, ein Netzwerker. Die Rede von Lobbyisten und Netzwerken ist inflationär; gesprochen wird von Mülltrennungslobby, Massentierhaltungs-, Tierrechts-, Christen-, Antikirchenlobby, von Schwulennetzwerken, AKW- und Anti-AKW-Netzwerken; einerlei, ob ein paar Dutzend oder vieltausend Köpfe hinter den Interessen und Bewegungen stehen. Einige grundlegende und grosso modo seriös einzuordnende Bücher zum Thema seien hier vorgestellt.

Fikret Aslan, Kemal Bozay (Hrsg.): *Graue Wölfe heulen wieder. Türkische Faschisten und ihre Vernetzung in Deutschland*, Münster 2012, 18 €. Bereits in dritter Auflage erschienen, beschreibt (aus linker Sicht) Gruppen, Aktivitäten und Ziele türkischer Nationalistenkreise in Deutschland.

Hans-Martin Tillack: *Die Lobby-Republik. Wer in Deutschland die Strippen zieht*, München 2015, 24,90 €. Über 5000 Lobbyisten arbeiten nach Recherchen des *Stern*-Reporters Tillack in der Hauptstadt. Da sie bewußt unter der Schwelle öffentlicher Wahrnehmung arbeiten, ist ihre Kontrolle schwierig.

Udo Ulfkotte: *Die Asylnindustrie. Wie Politiker, Journalisten und Sozialverbände von der Flüchtlingswelle profitieren*, Rottenburg 2016, 16,95 €. Zur skrupellos abkassierenden Asyllobby rechnet Ulfkotte nicht nur subalterne Profiteure wie Betreuer, Dolmetscher und Schlepper, sondern auch das Big Business: Pharmakonzerne, Sozialverbände.

Thomas Leif, Rudolf Speth (Hrsg): *Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland*, Wiesbaden 2006, 37,99 €. Die Autoren dieses Standardwerkes bezeichnen viele Formen des Lobbyismus als »Schattenpolitik«. Gezeigt wird, wie Energie-, Agro- und Pharmaindustrie, Gewerkschaften oder Umweltverbände versuchen, den Gesetzgebungsprozeß zu beeinflussen. Und: Wie Ex-Politiker ihr Insiderwissen als Netzwerker versilbern.

William Engdahl: *Die Denkfabriken: Wie eine unsichtbare Macht Politik und Mainstream-Medien manipuliert*, Rottenburg 2015, 16,95 €. Eine wichtige Rolle bei der Manipulation der öffentlichen Meinung spielen die sogenannten Denkfabriken. Dahinter stehen auch in Europa oft führende Vertreter der US-Finanz- und Wirtschaftsoligarchie. Engdahl zeichnet das Webmuster dieses »unsichtbaren Netzes« aus Think Tanks, Geheimdiensten und Medienkonzernen nach.

Was soll das sein: NS?

Süß am aktuellen *Merkur* (*Deutsche Zeitschrift für europäisches Denken*) ist die Entschuldigung, daß unter den Autoren nicht eine einzige Frau vertreten sei. Und das trotz Akquisebemühungen! Lesenswert ist in der Mai-Ausgabe der zwischen süffigem Plauderton und haarfeinen Überlegungen gehaltene Aufsatz des Historikers und Schriftstellers Per Leo »Über Nationalsozialismus sprechen. Ein Verkomplizierungsversuch«. Leo (als, Zitat, »Nazihistoriker«) berichtet über eine universitäre Konferenz zu Heideggers *Schwarzen Heften*. Er fand, daß es den meisten Tagungsteilnehmern (überwiegend den Philosophen) allein darum ging, Heideggers posthum veröffentlichte Schriften »auf den Symptomwert der »problematischen« Stellen hin zu lesen, um Heidegger als Person und Philosophen endgültig seines nationalsozialistischen Charakters zu überführen. (...) Als ob es nicht genügte, einfach das Wort »Nationalsozialismus« auszusprechen und damit all die Assoziationen zu wecken, die sich unvermeidlich einstellen«. Leo schüttelt eindringlich den Kopf und verweist darauf, daß sprachliche Äußerungen »einen Ort, einen Zeitpunkt sowie eine Vielzahl von Kontexten« haben. Leo bezieht sich zustimmend auf einen Vortrag, den sein Kollege Christian Geu-

len auf jener Tagung hielt. Geulen nämlich riet davon ab, die inkriminierten Texte auf ihren »Signalwert hin zu rastern und damit ihr Verständnis im schon mitgebrachten Vorverständnis aufgehen zu lassen.« Mit Geulen fragt sich Leo, woher die Philosophen ihre Gewißheit nehmen, was das eigentlich sei: »Nationalsozialismus« oder »NS-Weltanschauung«? Eine Matrix? Ein Markenkern? Überhaupt ein Spezifikum?



Der *Merkur* erscheint monatlich, das Jahresabo kostet 120 €, das Online-Abo für akademischen Nachwuchs 48 €; www.merkur-zeitschrift.de.

Die wollen nur buddeln

Ausgabe Nr. 186 des vierteljährlich erscheinenden *Kursbuch* trägt den Titel »Rechts. Ausgrabungen«. Die Aufsätze spannen einen Bogen, der von Dieter Stein und Birgit Kelle über die amerikanische Rechte hin zu NSU und Hoyerswerda (»Nichts Neues, 24 Jahre später«) reicht: Für jeden etwas dabei! *Taz*-Autor Daniel Bax (»die bevorzugte Zielscheibe der Rechtspopulisten ist das Kopftuch«) hat eine Kompilation über »rechte Abendlandretter« verfaßt; Barbara Vinken schreibt eloquent, wenn auch kaum auf dem neuesten Stand über »rechtsradikale Mode« (»zeichnet sich dadurch aus, daß sie vor allen Dingen einen fähigen, einsatzbereiten Körper zeigt«); Mitherausgeber Peter Felixberger über rechte und linke Sozialstaatsdiskurse; Liane Bednarz (»auf Deutschland können harte Zeiten zukommen«) äußert sich überraschenderweise über den »langen Arm der Neuen Rechten« und Herausgeber Armin Nassehi (dessen Aufsatz darüber, »warum die Moderne so anstrengend ist«, die Lektüre lohnt) konstatiert in seinem Editorial: »Überall kommen beleidigte Akteure vor, denen (...) bescheinigt wird, sich der Komplexität dieser Welt nicht zu stellen.« Er meint damit allerdings nicht seine eigene Crew.

Das Einzelheft kostet 19 €, Jahresabonnement 60 €, Studentenabo 48 €.

Kontakt: www.murmann-verlag.de

Wie giftig, wie listig, wie
schlecht macht jeder lange Krieg,
der sich nicht mit offener
Gewalt führen läßt!

Nietzsche: *Jenseits von Gut und Böse*